

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Westgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18688. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 8.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Der Reichstag tritt am 11. Januar zusammen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung stellt ein Prämiensystem zur Werbung farbiger Truppen in Aussicht.

Gegen den Staatssekretär Dernburg sind telegraphisch neue Anklagen aus Südwestafrika erhoben worden.

Englische Peers wurden in Wahlversammlungen stürmisch ausgepfiffen.

Das ungarische Ministerpräsidium Lucacs steht vor dem Sturze.

Sachsen im Jahre 1909.

II. Leipzig, 10. Januar.

In der liberalen Presse hatten die Reden der Minister Bithum und Rüger bei der Statberatung einen gewaltigen Entrüstungsturm ausgelöst. Da wurde in einem Blatte bedauert, daß der Finanzminister Dr. Rüger die nötige Achtung vor den konstitutionellen Grundlagen der Verfassung und den konstitutionellen Einrichtungen des Landes habe vernachlässigt. Ein anderes liberales Blatt bezeichnete die Erklärung, die der Abg. Langhammer, dessen Tragik auch am Schlusse des Jahres noch im dunkeln liegt, im Namen der nationalliberalen Fraktion abgab, als äußerst matt und sprach die Erwartung aus, daß der Minister Bithum, der nur die Konservativen als Hüter der Staatsautorität anerkennt, seine den Liberalismus beleidigenden Äußerungen widerriefe oder sein Abschiedsgesuch einreichte. Noch derbere Töne schlug die linksliberale Presse an. Das Zittauer Freisinnblatt schrieb, was die Minister Bithum und Rüger in der Etatsdebatte zum besten gegeben hätten, habe dem Fasse einfach den Boden ausgeschlagen. Und ein anderes, freisinnig schillerndes Blatt, das Zwickauer Tageblatt, rief den Nationalliberalen zu, sie möchten es dem Minister Bithum danken, daß durch dessen Rede die Grenzen ihres linken Flügels gegen den Freisinn verzwängt und der Freisinn wiederum die Grenzen gegen die Sozialdemokratie zollfrei gemacht habe. Die Minister haben sich dadurch natürlich nicht betrunken lassen, denn sie kennen ihre Pappenhelme. Bei dem parlamentarischen Bankett, das der nationalliberale Präsident Dr. Bogel gab, fiel dem freisinnigen Vizepräsidenten Bär, da der erste Vizepräsident Opiß dem Bankett ostentativ ferngeblieben war, die Aufgabe zu, die anwesenden Minister anzuknipsen. Der freisinnige Präsident war, bei seinem Trinkspruch

etwas von der Meinung in der Presse angefeindet. Er meinte, es sei die Aufgabe der Regierung, der Zusammensetzung des Landtags Rechnung zu tragen. Dr. Rüger aber antwortete schroff abweisend, daß sich eine Regierung ganz und gar nicht an vorübergehende Stimmungen zu lehren habe, und daß sie nicht mit den täglichen Schwankungen von Parteistimmungen rechnen könne. Für die Regierung ist eben und bleibt die konservative Partei allein der starke Fels, auf den sich die Staatsautorität stützen kann. Und schließlich kann sich Dr. Rüger auch auf den Führer des freisinnigen Fährleins im Landtage, auf den Abg. Günther, berufen, der ihm in seiner Eitredede das Kompliment eines Finanzgenies machte und ausdrücklich unterstrich, was der Finanzminister selbst schon wiederholt gesagt hatte, nämlich daß ein Finanzminister nicht populär sein dürfe. Freilich bezieht sich dies nur auf die Tätigkeit des Finanzministers. Dr. Rüger ist jedoch die Seele des reaktionären Ministeriums, und die will auch gegenüber den „Volksstimmungen“ unpopulär sein. Logik und Entschiedenheit kann man der reaktionären Regierung und ihrem konservativen Anhang in der Zweiten Kammer jedenfalls nicht abprechen. Ihnen gegenüber bleiben die liberalen Parteien wegen ihrer schwankenden Haltung in der Tat unberechenbare Faktoren.

Charakteristisch für die liberalen Parteien ist auch die Zustimmung, die sie dem Sage in der Thronrede, daß die Religion dem Volke erhalten bleiben müsse, zollten. Als der freisinnige Herr Günther seine unentwegte Ueberzeugung dahin aussprach, daß die Liberalen trotz ihres Bekenntnisses zu dem Sage der Thronrede an ihrer Förderung der Reform des Religionsunterrichts festhielten, mußte er und seine Gefinnungsgenossen sich allerdings von dem frommen Kultusminister Dr. Beck eine Abfuhr gefallen lassen. In der Tat, wenn dem Volke die Religion erhalten werden soll, dann muß auch der Religionsunterricht als Hauptlehrgegenstand in der Volksschule an der ersten Stelle stehen.

Im Laufe des Jahres sind auch einige alte Reaktionen aus der Verwaltung ausgeschieden. Am 1. September trat der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Geheimrat Metz, in den Ruhestand. Er war die rechte Hand des Ministers v. Meißner und der Verfasser des Dreiklassenwahlgesetzes. Am 30. September trat auch der Geh. Rat Dr. Münzner, der Rat für landwirtschaftliche Angelegenheiten im Ministerium des Innern, zurück. Beim Schluß der diesjährigen Tagung des Landeskulturrats berief sich Graf Bithum auf die Anerkennung, die der Landeskulturrat dem Geh. Rat Münzner bei seinem Scheiden gezollt, zum Beweise für die guten Beziehungen zwischen der Regierung und der Landwirtschaft. Am 1. November ist der Abteilungsdirektor im Kultusministerium, Dr. Wäntig, aus dem Amte geschieden. Er hat mehrere Herren als Verweser des Kultusministeriums gesehen. Als nach dem Tode des Kultusministers v. Schlieben der Oberbürgermeister Dr.

Beck in Chemnitz zu dessen Nachfolger ernannt wurde, stand es für die Öffentlichkeit fest, daß er seinen Abschied nehmen werde. Wenn er aber auch nicht Kultusminister war, so war er doch der eigentliche Leiter des Kultusministeriums, wo er als der ärgste Reaktionär schaltete und waltete. Am 30. September ist auch der stellvertretende Bevollmächtigte zum Bundesrat, Dr. Fischer, in den Ruhestand getreten. Das Wirken Dr. Fischers, der im Reichstage für alle reaktionären sächsischen Laten ein passendes Mäntelchen hatte, ist seinerzeit von uns eingehend „gewürdigt“ worden.

Die unter dem neuen Wahlgesetze gewählte Zweite Kammer, die den so jämmerlich verendeten Dreiklassenlandtag ablöste, trat am 9. November zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Es ist noch in frischer Erinnerung, wie schmählich die bürgerlichen Parteien, eingerechnet die Freisinnigen, das Vertrauen der Sozialdemokraten, die geschlossen für den Nationalliberalen Dr. Bogel zum Präsidenten und den Reaktionär Opiß zum Vizepräsidenten stimmten, belohnten, indem sie unter Aufzählung einer widerlichen monarchischen Heuchelei die Wahl eines Sozialdemokraten zum zweiten Vizepräsidenten ablehnten und ein Mitglied der acht Männer starken Freisinngruppe auf den Posten des zweiten Vizepräsidenten beriefen. Seit dem Zusammentritt des Landtags ist in der Presse die Frage viel diskutiert worden, ob die Nationalliberalen ihre herrschende Stellung in Anlehnung an die Konservativen oder an den linken Flügel zu erhalten suchen werden. Bis zu der Vertagung des Landtags am 17. Dezember hat sich außer ihrer Haltung bei der Präsidentswahl keine Gelegenheit gefunden, die zur Beurteilung dieser Frage dienen könnte. Um so reichlicher wird dazu Gelegenheit sein im neuen Jahre bei Beratung der Wahlrechtsanträge und der sozialpolitischen Anträge der Sozialdemokraten. Schon heute aber kann man es als sicher bezeichnen, daß die Nationalliberalen die reaktionäre Grundtendenz ihres Parteicharakters niemals ändern und deshalb in allen einschneidenden Fragen des politischen Fortschritts mit den Konservativen gemeinsame Sache machen werden.

Wie bei den verschiedenen Erswahlen zum Reichstage und den Landtagswahlen in den verschiedenen Vaterländern, so hat die Sozialdemokratie auch bei den Kommunalwahlen überall gut abgeschnitten. In Sachsen ist sie in viele Gemeindeparlamente eingedrungen, in denen sie bisher noch unvertreten war; in anderen sitzen eine stattliche Anzahl von Vertretern und in einigen haben unsere Genossen sogar die Mehrheit. Dies hat die Kommunalpatrioten in verschiedenen Städten veranlaßt, vor Jahreschluß auch noch einen Wahlrechtsumsturz vorzunehmen, um den Bürgerlichen wenigstens in Zukunft die Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium zu sichern. Typisch für diese Art Kommunalpolitik ist das Vorgehen des konservativen Bürgermeisters Dr. Schanz und seines Anhanges in Delitzsch i. B. Nicht nur die Bürgerchaft,

Seuilleton.

Des Reiches Kommen.

Novelle von Eimm Kröger.

Viertes Kapitel.

Der Ruhmstempel des Gartenhauses kam nicht mehr aus dem Lehnstuhl heraus, er war ein bedauernswerter Mann, seine sich mehr und mehr steigenden Atemnöte waren fürchterlicher Art. Die Umgebung wußte, daß seine Tage gezählt seien, und auch Peter Schmidt selbst wollte sich nicht mehr darüber täuschen.

Er war vom Leben satt. Er bereitete sich auf die große Reise vor und klammerte sich an die Tröstungen der Religion. Ein einfacher, christlicher Mann, war ihm der fromme Glaube an das Jenseits der letzte Stütze und Stab. Früher hatte Peter Schmidt es mit der Religion nicht so ernst genommen, aber je mehr er sich der Küste der Ewigkeit näherte, desto leuchtender erhob sich vor ihm die ewige Stadt des himmlischen Jerusalems. Denn für ihn ging die Sonne unter, die Schatten des Abends mischten ihre Aschenwölken in den lichten Tag, und der helle Geigenstrich der Freude schwamm nur noch windverweht im Aether. In den wachen Träumen seiner schlaflosen Nächte war ein für und für gehörter, von den Zinnen des neuen Jerusalems herüberfliegender Psalmenruf das Tröstlichste.

Auch in seinem Leben hatte es an Tönen, die den Eitelkeiten und Nichtigkeiten der Welt angehörten, nicht gefehlt. Wohin waren sie? Sie waren verstummt, dafür trat nun manches hervor, das von ihnen überschrien gewesen war. Klarer und schwerer aber auch die Sorge, ob er nicht unter der Last seines Tuns und Lassens vor den Toren der ewigen Stadt und angepfiffen ihrer Herr-

schaft im Feuerpfehl der Hölle versinken müsse, ob er nicht, wenn es zum Gericht ging, vor dem Buch erblaffen müsse, in dem seine Taten und seine Worte und seine Gedanken niedergeschrieben standen.

Hinnerk ahnte zwar den Seelenzustand seines ihm weissenverwandten Bruders, sprach aber in dumpfer, stumpfer Schweigsamkeit nicht davon. Und dumpf und stumpf war auch die Liebe, die er für Peter fühlte. Gott hatte sie gewissermaßen als zwei Hälften eines Ganzen in die Welt gesetzt, da war es nicht nötig, mit den Lippen von den Gefühlen zu sprechen, die beide im Herzen trugen und beide im Herzen des andern wußten. — Es ist so peinlich, Mißrhythmus zu sagen, zumal etwas zu sagen, was wie Erklärung einer Zuneigung klingt.

Daß Peter in seinem Lehnstuhl oft an die Ewigkeit denke, erschien Hinnerk Schmidt natürlich. Er tat es nach reichlichem christlichem Hausgebrauch auch. Und je näher es zum Sterben kommt, um so mehr wird er es tun. Das ist mit Krankheit und Sterben verknüpft. Aber daß die Sterbgedanken besser seien als die in gefunden Tagen gedachten, folgte für ihn nicht daraus. Ohne auf seine Kraft zu trogen, hielt er die in einem gesunden Leibe wohnenden Gedanken für gesunder als die eines Kranken.

Der Propst besuchte Peter, wenn der Weg ihn vorbeiführte. Er war ein angenehmer und vornehmer Mann und wurde sonst auch von Hinnerk gern gesehen, aber den seelsorgerischen Zuspruch an Peter überwahte dieser mit Sorge. Er fand den Kranken naher immer in einer gesteigerten Gewissensnot, in einer nervösen Angst, irgend jemand wegsetzen zu haben.

Und nun ging Hinnerk mit Abel durch den Gartensteig nach Peter Schmidts Rate. „Ist da was Besonderes?“ fragte er. — Der Propst sei dagewesen, lautete die Antwort, und Hinnerk Schmidt hatte, als er das hörte, ein unangenehmes Gefühl.

Zawohl, der Propst war dagewesen und hatte dem Notar auf seine Weise die Wege bereitet, hatte versucht, die Kuppelglanzstimmung des Kranken, seine Gewissens-

weichheit zum Friedenmachen mit dem Bruder in Amerika auszunutzen.

„Se vollständiger,“ hatte er gesagt, „wir Frieden mit der Welt machen, um so eher gelangen wir zum Frieden mit Gott.“ — Das die Einleitung, das der Grundton. — „Aber wie? Kann ich Frieden machen mit jemand, der nicht da ist? Ich sage: Du kannst es! Wie, fragst du, reicht meine Hand über den großen Ozean? — Ja, antwortete ich, so weit reicht eine Hand, die sich in Liebe streckt. Vor Gott sind tausend Meilen wie die paar Zoll, die deine Finger umspannen.“

Zwei Brüder gingen im Jorn voneinander und beschieden ihren Jorn. Und als der Weggegangene nach langer Trennung zurückkehrte, machte Esau sich auf, ihn mit Waffen und Wehr zu empfangen. Aber Gott rührte sein Herz, und Jakob und Esau hingen einander weinend am Hals.

„Nicht aber genügt das äußere Zeichen der Liebe. Nicht daran hat Gott Wohlgefallen. Ruß und Umarmung gelten ihm nichts, wenn nicht die Liebe im Herzen wohnt. Gott sieht aufs Herz. — Und deshalb, o Menschenkind, kannst du auch Frieden machen mit einem, der weit entfernt ist und nichts davon weiß. Du kannst es, wenn Liebe in deinem Herzen wohnt.“

Aber es muß eine tätige Liebe sein, eine, die gutmacht, was noch gutgemacht werden kann. Bloß gedachte Liebe ist nicht mehr wert, als müßige Lippenliebe. Allein ist sie nichts, stumme Gedankenliebe ist eine taube Ruh. Sie muß die Probe der Tat vertragen. Und wohl dem, der auf Erden Gelegenheit hat, die Echtheit seiner Liebe im Feuer der Tat zu erhitzen.“

So hatte der Propst gepredigt. Zum Schluß war er ganz deutlich geworden.

„Schmidt,“ hatte er gesagt, „Sie haben einen Bruder in Amerika. — Wenn Sie Ihr Haus bestellen, dann denken Sie an ihn! Und wenn Sie nur deshalb Ihrer letzten Willen aufsehen wollen, damit Sie ihm nichts als Ihr Mißfallen hinterlassen, dann ändern Sie lieber Ihren

auch die Stadtverordneten wurden wenige Tage vor Weihnachten mit dem Wahlrechtsakt überführt und einen Tag nach Weihnachten bereits hatte die Regierung das neue Vierklassenwahlrecht befristet. Beim Zertrümmern von Volksrechten hat die Reaktion immer mit Automobilschwindigkeit zu arbeiten verstanden.

In Leipzig wurde Anfang August unter monarchischem Pomp und akademischem Trubel die 500jährige Jubelfeier der Universität begangen. Bei einem studentischen Kommerz brachte Friedrich August einen Trinkspruch aus, worin er sagte, ein Student, der immer nur Himbeerlimonade trinke, sei überhaupt kein Student. Gegen diese Ansicht wandte sich der bekannte schweizerische Professor Joret in einer schweizerischen Zeitschrift mit einer Kundgebung, in der es am Schlusse heißt: „Man könne leicht auf Grund besagter Aeußerung des Königs glauben, daß nach seiner Meinung das Alkoholtrinken das Wesentlichste beim Studenten sei. Das hat der König sicher im Ernst nicht gemeint, aber so denken es Tausende, die davon hören, und das hat böse Nachwirkungen. Ein früherer Hochschullehrer hat wohl die Pflicht, seine Stimme zu erheben und gegen derartige Machtprüche sowohl im Namen der Wissenschaft als im Namen der Moral und der Humanität zu protestieren.“

Erwähnt sei schließlich noch des großen Verlustes, den die Partei in diesem Jahre durch den Tod unseres Genossen Goldstein erlitten hat. Hermann Goldstein, der im Reichstage den 19. sächsischen Wahlkreis, und im Landtage den 37. ländlichen Wahlkreis vertrat, hat sich große Verdienste um das gesamte sächsische Proletariat durch seine Tätigkeit als einziger Vertreter im Landtag, namentlich während der Wahlrechtsdebatten erworben. Vor Weihnachten 1908 wurde Goldstein, als der Wahlrechtskampf seine höchsten Wogen schlug, durch einen Hirnschlag aufs Krankenbett geworfen, von dem er erst am 14. Juni durch den Tod erlöst wurde.

Das Jahr 1909 war nicht nur ein rechtes Kampfsjahr, sondern es war auch überreich an Erfolgen. Wir haben uns niemals vergißt, daß diese Erfolge in der Hauptsache der Politik unserer Gegner zu danken waren. Unsere Gegner werden auch für die Zukunft sorgen, daß es uns nicht an Kampf und an Erfolgen fehlt.

Soziale Rundschau.

Die Frage der Wohnungsenquieten durch Krankentassen vor dem preussischen Obergericht.

Selt Jahren veranstaltet die Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute in Berlin Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der erkrankten Mitglieder. Die Ergebnisse werden in jährlichen Berichten, die der Geschäftsführer Albert Kohn im Auftrage des Vorstandes bearbeitet, auf Kosten der Kasse gedruckt und herausgegeben. Durch die Feststellung der Wohnungsverhältnisse, die durch Kontrollen vorgenommen wurde, sollte Material beschafft werden für die etwa notwendig werdende Aenderung des Heilverfahrens, wie Unterbringung eines Kranken in einem Krankenhaus oder in einer Heilstätte. In verschiedenen Berichten wurde die Notwendigkeit von Wohnungsenquieten betont. Zum Beispiel wurde ausgeführt, daß die Krankentassen der Ausbreitung der Volksseuchen am zweckmäßigsten durch Feststellung und Beseitigung der Wohnungsverhältnisse begünstigt werden könnten. Die Krankentassen hätten die Pflicht, tatkräftig mitzuwirken an einer Wohnungsreform. Ein Bericht polemisiert gegen die Gegenbestrebungen der Hausbesitzer und bezeichnet als Waffe dagegen die Ausbedingung aller Mängel, welchen man in den Wohnungen der erkrankten Mitglieder begegne. Auch im Bericht pro 1908 wird das hervorgehoben und gesagt, die Sorge für gesunde Wohnungen sei eine logische Konsequenz der Arbeiterversicherung. Die Tendenz, die die Kasse mit ihren Arbeiten verfolge, sei einzig darauf gerichtet, dem Wohle der Mitglieder zu dienen. Es müsse auf die Schädigungen hingewiesen werden, die sich im Laufe der Jahre nicht nur für das Proletariat, sondern für die gesamte Bevölkerung Berlins herausgebildet haben.

Die Aufsichtsbehörde hatte nie etwas eingewendet, obwohl die Berichte ihr zugingen. Den Hausbesitzern waren sie aber ein Dorn im Auge. Der preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer richtete ein Gesuch an die Aufsichtsbehörde, der Kasse die Verwendung von Kassennitteln zum Zwecke derartiger Enquieten zu untersagen. Der Berliner Magistrat lehnte im Bescheide vom 24. August 1907 den Antrag ab. Auch der Oberpräsident ließ die Hausbesitzer abfallen. Der Handelsminister ordnete jedoch unter dem 20. August 1908 die Untersagung der Verwendung von Kassennitteln für die Zwecke der Wohnungsenquieten an, worauf der nun erfolgenden Anweisung

des Oberpräsidenten gemäß der Magistrat eine Verfügung erließ, durch die die einzelnen Mitglieder des Kassenvorstandes unter Androhung einer Ordnungsstrafe aufgefordert wurden, die Verwendung von Kassennitteln für die Zwecke von Wohnungsenquieten in Zukunft zu unterlassen. Der Magistrat nahm lediglich Bezug auf die ministerielle Ausführungen, die dahin gingen, daß die Aufnahme von Wohnungsenquieten nicht zu den Ausgaben der Krankenversicherung gehörten und somit die Aufwendungen für diese Zwecke nicht Verwaltungskosten im Sinne des § 20 des Krankenversicherungsgesetzes seien.

Die Vorstandsmitglieder klagten und erzielten, daß der Bezirksausschuß die angefochtene Verfügung außer Kraft setzte. Die getroffene Anordnung sei rechtlich nicht begründet und die Vorstandsmitglieder würden durch sie in ihren Rechten verletzt. Der Bezirksausschuß habe nicht die Überzeugung zu erlangen vermocht, daß die hier in Rede stehenden Aufwendungen der Kasse zu einem Zweck gemacht seien, der über den Rahmen der rechtmäßigen Befugnisse der Kasse hinausgehe. Vielmehr sei anzuerkennen, daß die Veranstaltung sowohl, wie die Berücksichtigung der Enquieten mit den geschäftlichen Zwecken der Kasse in engstem Zusammenhange stehe, so daß die dadurch erwachsenden, im Verhältnis zu den notorisch sehr erheblichen Einkünften der Kasse nur geringfügigen Kosten eine ungesegnete oder auch nur nutzbringende Verwendung des Kassenvermögens nicht darstellten.

Der Magistrat legte Revision ein. In der Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht am 8. Januar waren die Vorstandsmitglieder durch Rechtsanwalt Dr. Oskar Kohn vertreten. In längeren Rechtsausführungen machte er geltend, daß die Kasse sich durchaus im Rahmen ihrer Aufgaben gehalten habe. Die Kasse mache jene Aufnahmen über die Wohnungsverhältnisse zur Bekämpfung der Krankheiten ihrer Mitglieder. Da sich die gleichen Verhältnisse in zahlreichen Fällen wiederholten, so würden die Mitglieder durch die Herausgabe der Berichte in den Stand gesetzt, sich davon Kenntnis zu verschaffen. In erster Linie seien es die Mitglieder der Kasse (beziehungsweise ihre Delegierten zur Generalversammlung), die die Berichte zur Nachsicht in die Hand bekämen. Ferner seien Hauptdokumenten der Berichte die Kassendokumente. Jeder von ihnen erhalte den Bericht zugestellt und jeder von ihnen werde veranlaßt, auf die Wohnungsverhältnisse zu achten, um die große Frage nach der Anwendung der Kassennittel zu entscheiden: „Wohnt man den Kranken in der Wohnung oder schickt man ihn in ein Krankenhaus oder in eine Heilstätte?“ Es komme hinzu, daß bei den Kranken, die nicht krankheitsbedingt seien und selbst den Arzt aussuchen könnten, der Arzt nicht die Wohnungsverhältnisse ansehen könne. Bei beginnender Tuberkulose z. B. sei es aber äußerst wichtig, zu wissen, wie die Wohnungsverhältnisse seien. Es sei auch eine ganz außerordentliche Erleichterung des ärztlichen Dienstes der Kasse, also eine Ersparnis für sie, wenn durch Ueberlieferung der Publikation, die jetzt auch photographische Aufnahmen enthalte, der Arzt in zahlreichen Fällen besonderer Mühen überhoben werde. Dadurch, daß der Vorstand die Berichte den Mitgliedern und Ärzten in die Hand gebe, übe er eine Verwaltungstätigkeit aus, ja verbürge er diese. Der Anwalt verwies im Laufe seiner Ausführungen noch darauf, daß das Verfahren der Kasse von der höchsten Behörde eines Bundesstaates den vorliegenden Kassen als nachahmungswert empfohlen sei. Und der vormalige Präsident Pfarrius vom Reichsversicherungsamt habe dankend den Empfang eines Berichts mit den Worten quittiert, daß sich die Kasse in hohem Grade verdient gemacht habe durch die Anordnung der Wohnungsverhältnisse.

Der 3. Senat des Obergerichts bestätigte am 8. Januar das Urteil des Bezirksausschusses mit folgender Begründung: Sicherlich sei die Feststellung der Wohnungsverhältnisse der erkrankten Kassennmitglieder, um die Einwirkung der Wohnung auf den Kranken festzustellen, eine zulässige Tätigkeit der Kassenzentrale. Ferner sei anzuerkennen, daß die Mitteilung der Ergebnisse der Untersuchung an die einzelnen Kassennmitglieder auch in den Zielen enthalten sein könne, die den Krankentassen obliegen, denn durch diese Mitteilung werde die Belohnung und bessere Behandlung der bestehenden Krankheitsfälle ermöglicht. Und auch alle die Kosten, die aufgewendet würden, um diese Mittel zur Erreichung der Kassenzwecke zu beschaffen, wären zulässig. Es wäre nichts dagegen zu erinnern, wenn die Feststellungen bezüglich der einzelnen Krankheitsfälle zusammengefaßt würden und bei der großen Zahl der Delegierten durch Druck veröffentlicht und bei den Generalversammlungen verteilt würden. Das würden dann sicher Teile der Verwaltungskosten sein, was aufgewendet werde. Als darüber hinausgehend aber müßte es der Gerichtshof ansehen, wenn diese Feststellungen benutzt würden, um eine allgemeine wissenschaftliche Arbeit über jene Fragen daraus zu machen und sie zu benutzen, um auch noch ganz andere Zwecke zu erreichen. Es sei nicht Aufgabe der Krankentassen, in dieser Weise allgemeine Kampfschriften zu veröffentlichen und zu veröffentlichen, die über die dargelegten Ziele hinausgingen. Es sei nicht Aufgabe der Krankentassen, das, was sie in ihrer Praxis feststellten, zu anderen als den gekennzeichneten Zwecken zu benutzen. Zweifelloser sei das in einigen der vor-

liegenden Schriften geschehen. Die Anordnung der Behörde sei aber mit Recht aufgehoben worden, weil sie allgemein die Aufwendungen „für Zwecke von Wohnungsenquieten“ verbiete, was nach dem Dargelegten nicht zulässig sei. Sie gehe hinaus über das, was hätte verboten werden können.

Arbeiterwohlfahrtschwindel im Rechenzettel.

Neben mancherlei sogenannten Wohlfahrtsanstellungen innerhalb des Betriebes preisen große Betriebe und Werke ihre für die Arbeiter erbauten Wohnungen als Vollkommenheit sozialer Arbeiterfürsorge. Der Arbeiter soll in dieser vom Unternehmer errichteten Arbeiterkolonie für billiges Geld eine saubere und gesunde Wohnung erhalten. Wie es mit den hygienischen Zuständen dieser Wohnungen steht, ist schon oft öffentlich dargelegt worden, selbst in erst durch den Kabbodprozess. Doch die wirtschaftspolitische Bedeutung dieser Art Wohlfahrtsanstellung ist noch weit größer. Als Mieter einer solchen Wohnung muß sich der Arbeiter einem Mietvertrag unterwerfen, der den freien Arbeitsvertrag fast völlig aufhebt. Von der sonst für den Industriearbeiter allgemein üblichen Lösung des Arbeitsvertrags nach vorausgegangener 14tägiger Kündigung kann nicht mehr die Rede sein, da nach den Bestimmungen dieser Mietverträge mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses am gleichen Tage auch die Wohnung geräumt sein muß. Der Arbeiter wird es sich also zweimal überlegen, das Wohnverhältnis zu kündigen. Kündigt aber der Unternehmer das Arbeitsverhältnis, so steht sich der Arbeiter mit seiner Familie in kürzester und meist zu sehr unpassender Zeit ohne Obdach. Diese Härte in den Mietverträgen bei Werkwohnungen haben deshalb Gewerbetreibende, wenn sie als Gutachter für Fabrikordnungen an ihren Rat angegangen wurden, oft versucht auszumergen; nicht immer mit Erfolg, denn eine gesetzliche Handhabung zur Beseitigung dieser rigorosen Bestimmungen gibt es nicht. So werden dem Mieter der Werkwohnung Bedingungen im Mietvertrag aufgedrungen, die sonst in keinem Mietvertrag zu finden sind.

Dafür bietet der vor uns liegende Mietvertrag, den die Kasse Kaiser Friedrich zu Warop bei Dortmund mit den Mietern ihrer Arbeiterwohnungen abschließt, einen klassischen Beweis. Zunächst wird in dem Vertrag dem Vermieter, also der Rechenverwaltung, das Recht zuerkannt, den schuldigen Mietbetrag dem Mieter, also dem bei der Sache beschäftigten Bergmann, vom verdienten Lohn abzuziehen. Weiter heißt es, daß, wenn der Mieter aus irgendeinem Grunde nicht mehr bei der Vermietern in Arbeit steht, der Mieter, wenn es der Vermieter verlangt, die Wohnung sofort räumen muß, sich der sofortigen Exzession unterwerfen und aller dagegen zu machenden Einwendungen sich ausdrücklich begibt. Eine solche Bestimmung ist für den Fall vorgesehen, wenn der Mieter sich an Arbeitseinstellungen beteiligt; sofort hat er die Wohnung zu räumen. Andere Bestimmungen besagen, daß der Mieter nur Kostgänger aufnehmen darf, die auf der Sache beschäftigt sind, sollte er dem entgegen dennoch Kostgänger aufnehmen, die nicht auf der Sache beschäftigt sind, so erhöht sich der Mietpreis um 8 Mk. pro Monat. Kleine Reparaturen im Betrage bis zu 8 Mk. hat der Mieter zu tragen. Alle Monate oder auch in kürzeren Zwischenräumen läßt die Kasse die Wohnungen revidieren; dabei sind herauszustellende Mängel, die der Mieter herzustellen hat, muß er innerhalb vier Wochen abhelfen, sonst läßt es die Rechenverwaltung auf Kosten des Mieters tun und zieht die entstandenen Kosten vom Lohn ab. Allen Anordnungen des Hausmeisters — der ein von der Rechenverwaltung geachteter Mann ist — muß der Mieter Folge leisten.

Das sind so einige Bestimmungen aus dem Mietvertrag einer „Wohlfahrts“einrichtung. Sie zeigen einmal wieder, welche Fessel dem Arbeiter mit diesen Werkwohnungen angelegt wird. Neben reinen Hausagrarinteressen treten an Stelle der vielgeliebten Arbeiterfürsorge und der Wohlfahrtspflege: Aufhebung des freien Arbeitsvertrags, des Koalitionsrechts, eines vorläufig gleichen Mietvertrags und der Freizügigkeit des Arbeiters. Dabei wird es verständlich, daß die Herren Unternehmer sich für diese Wohlfahrtspflege „opfern“.

Ueber den Schlachtolehandlung im Jahre 1900

Berichtet die Korrespondenz des Deutschen Fleischerbundes, daß er eine nicht unerhebliche Ausdehnung erfahren habe, wenigstens in Rindvieh und Schafen. Auf 40 der bedeutendsten Schlachtolehandlungen stellten sich der Umsatz an Großvieh auf über 1/2 Millionen, ebenso an Rälbern. Schafe wurden 1 1/2 Millionen umgesetzt, während der Umsatz in Schweinen auf nur wenig über 5 Millionen hinauskam, gegen fast 5 1/2 Millionen im Jahre 1907 und 5,3 Millionen im Jahre 1908. Der Markthandel wurde durch das Gesetz über die Preisfeststellung mancherorts zwar erschwert, doch zunächst ohne dauernde Nachteile. Das neue Gesetz hat eine Fülle neuer Bestimmungen und Befreiungen gebracht, ohne einen praktischen Zweck, am wenigsten den der Verbesserung der Preisnotierung, herbeizuführen. Nach bureaukratischem System ist in Preußen eine Uebersicht über älteren Datums allgemein eingeführt worden, deren Rechtmäßigkeit zunächst allerdings im Prozeßwege bestritten wird.

Der Jahresdurchschnittspreis stellt sich für Ware 2. Qualität am Berliner Markt per Doppelzentner

	Rinder	Schweine	Rälber	Schafe
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
von 1886—1890	104,4	98,7	98,8	101,4
" 1891—1895	110,7	102,8	107,4	101,0
" 1896—1900	114,7	98,8	119,4	107,2
" 1901—1905	127,3	111,3	125,4	120,8
1906	147,7	123,8	162,7	157,7
1907	140,8	110,3	163,4	149,8
1908	139,0	118,3	158,8	140,7
1909	131,0	128,5	158,8	144,7
von 1906—1909	141,2	128,5	160,0	148,1

Wie hieraus zu erkennen, sind die Rinderpreise gegenüber den letzten Jahren zurückgegangen, stehen indes noch immer so hoch, daß der Durchschnittspreis der letzten vier Jahre noch ganz erheblich über dem Durchschnitt der früheren Jahre schwebt. Auch bei Schweinen kommt der Preisrückgang auf 12 Mk. über die Periode 1901—1905. Bei den Rälbern hat sich der Preis gegen 1908 kaum verändert, wie er auch 1906 und 1907 ziemlich gleichmäßig war. Bei keiner Viehgattung ist die Gesamterhöhung der Preise aber stärker gewesen wie bei dieser. Schafe waren wieder etwas teurer wie im Jahre 1908, dagegen nicht so teuer wie in den Jahren 1906 und 1907, welche Jahre allerdings auch die Höchstpreise bisher brachten. Im Durchschnitt ist auch diese Viehgattung ständig und erheblich gestiegen.

Kann die Verweigerung von Streikarbeit mit sofortiger Entlassung bestraft werden?

Ein bemerkenswertes Urteil fällt dieser Tage das Gewerbegericht in Lechhausen. In der dortigen Glashafenfabrik traten die Arbeiter der Pumpsation wegen fortgesetzter Mahregelung organisierter Arbeiter in den Streik. Da von dem Fortbetrieb dieser Abteilung der ganze Produktionsprozeß des Unternehmens abhängt, suchte die Fabrikleitung durch Abkommandierung von Arbeiterinnen — die männlichen Arbeiter hatten sich geweigert — aus andern Abteilungen nach der Pumpsation diese flott zu erhalten. Eine Arbeiterin, die nach der bestrittenen Abteilung verlegt wurde, weigerte sich nun, Streikarbeit zu verrichten und verlangte Zurückverlegung an ihren alten Arbeitsplatz, da sie den Streikenden nicht in den Rücken fallen wollte und ihr auch verschwiegen worden sei, daß sie Streikarbeit verrichten sollte. Die Fabrikleitung hatte hierauf die Arbeiterin kurzer Hand entlassen, und zwar wegen beharrlicher Verweigerung der

Vorsatz und lassen es ganz, lassen es bei dem, was das Gesetz bestimmt. Entziehen Sie Ihrem Bruder nichts von der Liebe, die er als Ihr Bruder verlangen kann. Und wie Sie in diesem Punkt handeln, das gehört mit dazu, auch daran erkenne man Ihre tätige Liebe.

„Und so wollen wir, Liebe im Herzen, mit dem ewigen Gebet unsres Erlösers vor den Thron des Höchsten treten.“

Dann war das Vaterunser gefolgt und das Amen. Und der Kranke hatte gehofft, nun sei alles zu Ende. Aber der Propst hatte sich an seinen eignen Worten erwärmt und hatte wieder das Wort genommen:

„Zwei Bitten hat uns der Herr hinterlassen, dunkel und unserm Verständnis schwer eingehend. Da ist das Gebet: Zu uns komme dein Reich! — Es sind Bücher, Schränke voll Weisheit darüber zusammengeschrieben worden, und man hat die Tiefe dieses Wortes nicht ausgeschöpft. — Nach des Heilands Worten kommt dein Reich nicht mit äußeren Gebärden, sondern es ist inwendig in uns. Und wieder sagt er: Du sollst Gott über alles lieben und deinen Nächsten, wie dich selbst. Und ich meine, zu dem ist das Reich Gottes gekommen, der dies Gebot erfüllt hat, dessen Wesen durch die Gnade Gottes so umgewandelt worden ist, daß er nicht anders kann, als in Gott das Gute und damit auch seinen Nächsten lieben. Und gerade das ist die Erfüllung der Bedingung, die wir unsrer Bitte um Vergebung der Sünden anhängen. Ja, lieber Schmidt: Vergib uns unsre Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern... ja, unsern Schuldigern, nicht anders!“

Damit hatte der Geistliche den Kranken verlassen, und die Rede war bei Peter Schmidt auf einen Boden gefallen, worin sie Wurzel faßte und rasch aufschöß. Es kann steinigtes Land, kann aber auch fruchtbarer Boden gewesen sein.

So stand es mit Peter Schmidt. Den ganzen Tag kam er von dem Gedanken, daß er Frieden mit Hans in Amerika machen müsse, nicht los. Er wollte Vergebung der Sünden finden, mußte daher selbst vergeben. Hans hatte sich zwar nicht direkt gegen ihn vergangen, mittelbar war er aber doch mitgetroffen worden. Hans in Amerika gehörte zu seinen Schuldigern.

Hätte ein Seelenspiegel diese Gedanken daraufhin prüfen wollen, ob Peter seinen Bruder nun plötzlich mehr liebt, als er früher getan hatte, so stünde er dem Ergebnis vielleicht achselzuckend gegenüber. Aber Peter Schmidt hielt das, was jetzt bei ihm zugunsten seines Bruders sprach, für Liebe. Er lag, nach Lust und Atem ringend, in seinem Lehnstuhl und träumte mit wachen Sinnen. Den ganzen Tag hörte er für und für ein nach Beendigung der irdischen Wallfahrt bei seinem Erscheinen in der Ewigkeit geführt, plattdeutsches Zwiegespräch.

„Wats dat vör een?“ kam es wie aus einer Gewitterwolke heraus. Und es war die Stimme des lieben Gottes. Ein junger schöner Mann mit Flügeln an den Schultern (ein Engel) antwortete: „Dat is Peter Schmidt von Westehusen.“ — „Is hei mit Groll kom, or ohn Groll?“ fragte der liebe Gott weiter. — „Hei segt je, ohn Groll, entgegnete der Engel. — „Dats all goden Schnad,“ erwiderte der große Gott. — „Wo is t mit dat Testament? Hett hei Testament maht?“ Wenn hei Testament maht hett, hört hei hier in her! Denn kann hei man sin Gang gan. Denn heit Musje Satan wull Play vör em.“

Stundenlang lag Peter in seinem Stuhl, nicht schlafend, nicht träumend, noch weniger wachend, und immer hörte er das Gespräch. Wenn es zu Ende war, fing es wieder von vorne an. „Wats is dat vör een?“ — Antwort des Engels: „Dat is Peter Schmidt ut Westehusen.“ ... Und so weiter.

Wenn wir nicht wohl sind und liegen wach im Bett, und unsre Schlafstube ist hell, und sie hat, wie so oft, eine Wandtapete, worauf große unmögliche Blumen sich in einformigem Rhythmus durcheinander winden — wehe uns, wenn unsre Gedanken anfangen, sich gegen unsern Willen aufzulehnen, unsre Augen in ihren Dienst nehmen und Augen und Seele die Blumenwege hinauf- und hinabschwingen lassen! Wehe auch dem kranken Peter Schmidt, der im Lehnstuhl sitzt und immerzu, immerlos das plattdeutsche Gottesgespräch anhören mußte und erfahren mußte, Musje Satan habe einen Ofen für ihn geheizt, wenn er ein Testament mache.

Wer, an Peters Stelle, hätte den Gedanken nicht aufgegeben, ein Testament zu machen? —

(Fortsetzung folgt.)

Ihr übertragene Arbeit (§ 123 Abs. 3 G.-D.). Die entlassene Arbeiterin klagte nun beim Gewerbeamt auf Zahlung von 52 M. Entschädigung wegen kündigungsfreier Entlassung. Durch Urteil wurde die beklagte Firma verpflichtet, an die Klägerin den eingeklagten Betrag zu zahlen. Maßgebend für die Beurteilung war neben § 127 H.-G.-B. auch § 110, wonach Verträge rückgängig gemacht werden können, wenn sie gegen Treu und Glauben geschlossen sind. Die Klägerin sei unter Verschweigung der näheren Umstände zur Eingehung eines Vertrages veranlaßt worden, den sie bei eingehender Würdigung des Falles nicht eingegangen wäre. Das Urteil hat nun eine Anzahl weiterer Klagen zur Folge.

Gewerkschaftsbewegung.

Gelbe Gaukelbilder.

Die bürgerliche Presse drückt mit Wonne einige Stellen aus einem Rundschreiben ab, das der Vorstand des gelben Werkvereins vom Krupp-Grußowwerk in Magdeburg-Buckau veröffentlicht hat und das die Grundzüge einer Alters- und Invalidenversicherung mittelst, die „unter Benutzung des Sparplans der Mitglieder und der von der Firma errichteten Sparstelle“ zustandekommen soll. Nach einer angenehmen Moralpredigt, daß jeder Arbeiter in der Zeit seiner vollen Erwerbsfähigkeit „nach besten Kräften“ für die Zeit seiner Erwerbsunfähigkeit sorgen soll, heißt es dann:

Indem wir die von der Firma errichtete Sparstelle benutzen, genießen wir einen hohen Zinssatz und schaffen uns durch kleine Wochenbeiträge nach und nach eine Sparsumme, die wir bei der Sparstelle, aber das wir jederzeit frei verfügen, das wir nach Willkür vergrößern können oder bei Bedarf verkleinern müssen. Wir betrachten dieses Guthaben als den Notgroschen, den wir zurücklegen müssen für alle Fälle, für jeden Hausstand, auf ihn können wir zurückgreifen beim Bezahlen der Miete, der Hausvorräte: Kartoffeln, Kohlen usw. Das ist sein Zweck; die Zinsen interessieren uns und dabei erst in zweiter Linie, und doch werden wir sehen, was bei fortgesetztem Sparen aus den hohen Zinsbeträgen der kleinen Einlagen werden kann.

Nun folgt eine Aufstellung, wie sie der geringste Börsenjobber und Prospektmacher nicht besser liefern könnte. Aus den Spargroschen, die „keinen andern Zweck“ haben, als damit Miete, Kartoffeln, Kohlen usw. zu bezahlen, und aus den Zinsen, die dennoch aus den so regelmäßig wieder verschwindenden Spargroschen wunderbarer Weise entstehen, kann nämlich folgendes werden:

Jemand hat bis zum 20. Lebensjahre 100 M., alsdann jährlich 50 M. — wöchentlich 1 M. —, das ist ungefähr der Betrag, den die roten Genossen für parteipolitische Zwecke an die Vereinstasse zu zahlen genötigt werden, wodurch die Möglichkeit dieser Abgabe erwiesen ist — in der Sparstelle niedergelegt, dann hat er im 40. Lebensjahre ein Kapital von 1100 M. zur freien Verfügung. Wenn er vom 40. bis 60. Lebensjahre nicht mehr spart, aber sein Kapital der sicheren Sparstelle befreit, und die jährlichen Zinsen der Versicherungsanstalt überweisen werden, so beträgt seine im 60. Lebensjahre fällige Rente 497,68 M., welche Summe ihm alljährlich bis zum Tode gezahlt wird, während er sein Sparguthaben von 1100 M. beim Beginn der Rente abheben und für sich oder die Seinen verwenden kann! Wird der Versicherte vor dem 60., z. B. im 57. Lebensjahre Invalid, so erhält er die umgewandelte Rente im Betrage von etwa 338 M., als jährliche Invalidenpension bis zu seinem Tode und sein Einlagekapital im Betrage von 1100 M. Gebrauch der Versicherten sein Sparguthaben im 45. Lebensjahre und ist er von da ab nicht mehr in der Lage, Zinsbeträge an die Versicherungsanstalt abzugeben, so bezahlt ihm diese doch nach vollendetem 60. Lebensjahre noch den Betrag von etwa 344 M. jährlich bis zu seinem Tode.

Die gelben Drahtzieher müssen doch der festen Ueberzeugung sein, daß ihre Schöpfen komplette Einsatzpfeile sind. Sie würden doch sonst wohl kaum wagen, mit solchen Prospekten hervorzutreten. Der „Notgroschen“, der nach eigenem Geständnis keinen andern Zweck hat, als periodische Bedürfnisse zu befriedigen, den also jeder Arbeiter sich zurücklegen muß, will er seine Miete usw. bezahlen, der soll jetzt der berühmten Wertspartasse zugeführt werden. Der Effekt wäre also, daß das Werk einmal eine genaue Kontrolle über die Spargroschen der Arbeiter — die ja in Wirklichkeit keine Spargroschen sind — erhielt, daß es somit die beste Handhabe hätte, den Arbeitern zu demonstrieren, wie gut doch die Löhne — von denen ja noch „gespart“ werden kann — bei ihm sind. Eine Aufbesserung der Löhne entsprechend den steigenden Lebensmittelpreisen, Mieten, Steuern usw. wäre also nachher ausgeschlossen. Dann aber bekäme auch das Werk selbst Geld in die Hand, das es schließlich in seinem Betriebe nützlich verwenden kann. Der „hohe Zinssatz“ wird also verständlich.

Noch schöner macht sich aber die Milchmädchenrechnung von der „Rente“, die so ein braver Krupp-Grußowischer Arbeiter nach seinem 60. Lebensjahre oder bei früherer Invalidität erhalten soll. Wenn die wohlweislich nicht genannte Versicherungsanstalt zwanzig Jahre lang jährlich 55 M. Prämien erhält — bei fünfprozentiger Verzinsung des „Kapitals“ von 1100 M. — so sind das insgesamt 1100 M. Prämien. Dafür soll ein Arbeiter vom 60. Jahre ab bis zu seinem Tode jährlich 497,68 M. Rente bekommen; in zwei Jahren wäre also die gezahlte Prämie von 1100 M. bereits nahezu ausgezehrt. Lebte ein solch glücklicher Krupp-Grußowarbeiter also etwa noch 10 Jahre, so würde die — ungenannte — Versicherungsanstalt sich das Vergnügen leisten, rund 3870 M. aus ihrer Tasche zu bezahlen. Das wäre ja sehr edelmütig, die Sache hat nur einen Haken, es gibt nämlich keine solche Gesellschaft. Wenn trotzdem etwas Wahres an der Sache sein sollte, so ist nur anzunehmen, daß das Werk Zuschüsse an die Versicherungsanstalt leisten wird, was wiederum nichts anderes bedeutet, als daß die Arbeiter völlig an das Werk geschmiebt werden. Und darauf läuft ja auch die ganze Aktion hinaus. Die gelben Macher gaukeln den Arbeitern wirtschaftliche Vorteile vor und liefern die also düperten dann dem Unternehmertum aus, das dann lüftig seine Peitsche über die willenlose Masse schwingen kann.

Leipzig und Umgebung.

Tarifvertrag Leipziger Bühnenarbeiter.

Zwischen der Direktion des Leipziger Schauspielhauses und des Operntheaters und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig, ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der die bestehenden Monatslohnsätze vom 1. Januar 1910 ab wie folgt erhöht: von 90 auf 100 M., von 98 auf 104 M., von 95 auf 108 M. und von 100 auf 110 M. Diese Löhne werden am Jahreschlusse um eine Staffel erhöht, bis der Höchstlohn von 110 M. erreicht ist; Neueintretende erhalten 100 M. Die tägliche Arbeitszeit beginnt morgens 8 Uhr und endet nachmittags 1/2 Uhr, bei Stillproben 2 Uhr. Zwischen liegt eine halbstündige Frühstückspause. Nachmittags beginnt die Arbeitszeit 1/2 Stunden vor Beginn der Vorstellung und endet 1/2 Uhr im Schauspielhaus und 11 Uhr im Operntheater. Sonn- und Feiertags-Vormittagsarbeit wird mit 2 M. entschädigt, Nachmittagsvorstellungen mit 1,50 M., Überstunden mit 50 Pfg., Nacharbeit mit 1 M. Jeder achte Tag ist frei, jeder Arbeiter erhält jährlich sechs Tage Ferienurlaub unter Fortzahlung des Gehalts. Die Direktion verpflichtet sich, den Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen; bei Differenzen über den Vertrag ist die Verbandsleitung hinzuzuziehen. Der Vertrag gilt vom 1. Januar 1910 bis zum 30. November 1911 und läuft jedesmal ein Jahr weiter, wenn er nicht vier Wochen vorher gekündigt wird.

Achtung, Buchbinder! Der am 8. Januar ausgebrochene Streit in der Großbuchbinderei von Georg Schäfer in Magdeburg konnte nach eintägiger Dauer mit gutem Erfolge beendet werden, da Schäfer den mit den übrigen zum Teil in Betracht kommenden Firmen abgeschlossenen Minimaltarif, den er bis dahin anerkennen sich geäußert hatte, ebenfalls unterschriftlich anerkannte. Zugang nach dieser Stadt ist jedoch nach wie vor fern zu halten. Der Bevollmächtigte.

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Die einzelnen Bezirksverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes treiben ihr frivoles Spiel der Provokation der Arbeiter weiter. In allen Verhandlungsorten wird den Verwaltungen des Holzarbeiterverbandes die vom Vorstand des Schutzverbandes zu diesem Zweck verabschiedete Kaiserlicher-Resolution übermitteln. In Döhlenburg, wo die Arbeiter eine Lohnverhöhung von 4 Pfg. pro Stunde (verteilt auf die dreijährige Vertragsperiode) und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche fordern, erhebt der Holzarbeiterverband folgendes Schreiben:

Nachdem Ihre Forderungen der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes unterbreitet worden, war die allgemeine Ansicht der Versammlung, daß die Forderungen, wie Sie dieselben wünschen, nicht erfüllt werden können, auch von einer Arbeitszeitverkürzung muß auf alle Fälle abgesehen werden! Sie werden daher ersucht, Ihre Forderungen zu reduzieren und dieselben umgehend dem Vorstand des Schutzverbandes mitzuteilen.

Es ist doch — gelinde gesagt — ein starkes Stück, was sich da die Herrn Unternehmer leisten. Welt die Unternehmerversammlung der Meinung ist, daß die Forderungen zu hoch sind, werden die Arbeiter ersucht, ihre Forderungen zu reduzieren und die reduzierten Forderungen umgehend einzureichen. Und das bei einer Forderung von 4 Pfg. Lohnverhöhung, die vielleicht auf drei Termine verteilt wird. Warum beschließen dann die Herren vom Schutzverband nicht gleich, daß die Arbeiter auf jede Forderung zu verzichten haben? Die Döhlenburger Holzarbeiter, wie auch diejenigen der anderen Orte werden den Herren die verdiente Antwort geben. — In der bürgerlichen Presse wird inzwischen kräftig schärft gemacht. Den Vogel schießt hierbei die Elbinger Zeitung ab, deren „geschäftlicher“ Mitarbeiter ein Bezirksvorsitzender des Schutzverbandes ist. Sie schreibt in der Nummer vom 8. Januar:

Die Situation in der Holzindustrie ist zurzeit so, daß in 22 Städten die Verhandlungen vorläufig gescheitert sind, weil die Arbeiter keine bestimmten Vorschläge gemacht haben, und daß in 21 Orten die Arbeitgeber die Tarifvorschläge der Arbeiter abgelehnt haben. Sie begründen das, wie uns unser NP-Mitarbeiter schreibt, mit den „exorbitanten“ Forderungen der Arbeiter, die neben einer Verkürzung der Arbeitszeit Lohnverhöhungen von 10—17 Mark, Lohnsicherung bei Affordarbeit, obligatorische Benutzung paritätischer Arbeitsnachweise, Fortfall aller Überstunden und Entlassung von Arbeitern nur nach Verständigung mit dem Werkstättenschuß fordern. Der Arbeitgeberbund für die Holzindustrie fordert seine Mitglieder auf, den Arbeitnehmern nur in bezug auf Lohnverhöhung entgegenzukommen, sonst aber sich ablehnend zu verhalten, selbst auf die Gefahr hin, daß damit das Signal zu einer allgemeinen Aussperrung in der Holzindustrie gegeben wird.

Soviel Belien, soviel Unwahrheiten. In Wahrheit ist es so, daß in 28 Orten die Forderungen der Arbeiter eingereicht sind, in den Städten, wo die Verträge am 1. April ablaufen, hatten die Arbeiter vor dem Kündigungstermin (1. Januar) gar keine Urfrage, mit Forderungen zu kommen. Aber soll der Grund für dieses Verlangen der sein, daß der Schutzverband diese Verträge bereits am 10. November gekündigt hat?

Ein ganzes Vierteljahr ist noch zu Verhandlungen Zeit und die Holzarbeiter werden ihre Forderungen so früh übermitteln, daß in Ruhe darüber verhandelt werden kann. Damit aber kein Unwesen damit getrieben wird, ist eine gründliche Vorbereitung notwendig. Unwahr ist, daß der Fortfall aller Überstunden verlangt wird und die Entlassung von Arbeitern nur nach Verständigung mit dem Arbeiterausschuß vor sich gehen soll.

Die Holzarbeiter lassen sich durch solche Überheizen und Drohungen nicht aus der Ruhe bringen. Die Arbeiter richten sich auf den Kampf als etwas Unabwendbares ein. Eine Konferenz der Zahlstellen von Groß-Berlin und der weiter entfernten Bezirke beschloß, den Verbandsbeitrag ab 1. Januar auf 1,50 Mark wesentlich zu erhöhen. Ferner haben die Orte Hannover, Köln, Hamburg, Magdeburg, Düsseldorf, München, Bielefeld, Gabelsleben, Leipzig, Königberg, Bremen, Dresden, Frankfurt und eine große Anzahl weiterer, die Wochenbeiträge auf 1 Mark und mehr erhöht. Auch die Mitgliedschaften in den zurückgebliebenen Bezirken haben Beiträge von 80 Pfg. und mehr beschlossen. Dabei werden aber alle Zahlstellen in den nächsten Tagen gemäß Aufforderung des Verbandsvorstandes auf neue zur Beitragsfrage Stellung nehmen und dann wird der Schutzverband sehr bald sagen: „Da haben wir durch unsere Vorschläge, welche die Arbeiter einschüchtern sollten, was schönes angerichtet.“ Die Vorbereitungen zum Kampf gehen aber weiter. In Dresden haben Verwaltung und Vertrauensleute einstimmig beschlossen, der nächsten Mitgliederversammlung den Antrag zu unterbreiten, daß im Falle eines Kampfes für die erste Woche Unterstützung nicht gewährt werden soll. Bei der Aussperrung im Jahre 1907 wurde dieser Beschluß auch in Berlin und anderen Städten durchgeführt. Auch gegenwärtig beschließen sich eine ganze Anzahl Verwaltungen der Vertragsstädte mit der Vorbereitung des gleichen Antrags, der hoffentlich überall angenommen wird.

Zur Tarifbewegung der Maler.

In der vergangenen Woche sind in Berlin die Verhandlungen über den Reichstarif der Maler weitergeführt worden. Am Sonnabend abend haben die Unparteilichen ihren Schiedsspruch verkündet, der folgende Bedingungen festsetzt:

In allen Lohngebieten, wo seit dem 31. Dezember 1908 keine Lohnaufbesserung durchgeführt worden ist, tritt mit Beginn des neuen Vertrages eine Lohnverhöhung von 3 Pfg. pro Stunde ein.

In allen andern Lohngebieten wird der Stundenlohn mit Beginn des Vertrages um 2 Pfg. und vom 1. Januar 1911 ab wieder um 1 Pfg. erhöht.

Die Erhöhungen erstrecken sich auf alle bisher gezahlten Löhne einschließlich der Grundlöhne.

In den Lohngebieten, wo die Arbeitszeit mehr als 10 Stunden beträgt, wird sie mit Beginn des Vertrags auf 10 Stunden herabgesetzt. Weitere Verkürzungen der Arbeitszeit treten während der Vertragsdauer nicht ein.

In den Lohngebieten, wo infolge der Bestimmungen des Reichstarifs über Fahrlohn und andre Zuschläge ein Ausfall für die Arbeiter eintritt, hat ein entsprechender Ausgleich durch

Vohnaufbesserung statzufinden. Für welche Orte dies zutrifft, haben die örtlichen Tarifämter zu bestimmen. Für Berlin ist der als Ausgleich zu gewählende Lohnzuschlag auf 2 Pfg. pro Stunde bemessen, für alle andern Lohngebiete auf 1 Pfg.

Dies der materielle Inhalt des Schiedsspruchs. Der sehr eingehenden Begründung, die die Unparteilichen ihrem Spruch geben, entnimmt der Vorwärts die nachstehenden wesentlichsten Stellen:

Die Unparteilichen teilen die Ansicht der Arbeitnehmer, daß eine zentrale Festsetzung der Löhne für das ganze Reich schwierig und bedenklich ist und daß sie Härten und Unbilligkeiten mit sich bringen muß. Da aber die Arbeitgeber von dem Verlangen einer zentralen Regelung nicht abgehen wollten und die Arbeitnehmer in dieser Hinsicht nicht nachgaben, so wurden die Unparteilichen vor die Lösung einer schwierigen Frage gestellt. Es war unüberwindlich, Lohnsätze für alle einzelnen Bezirke festzusetzen. Die Arbeitnehmer machten Vorschläge, die Arbeitgeber lehnten aber alle Vorschläge auf Lohnverhöhung ab. Bei dieser Sachlage mußten die Unparteilichen von einer individuellen Regelung der Lohnfrage absehen und die Frage von allgemeinen Gesichtspunkten lösen. Es kann nicht unbedingt gesagt werden, daß die wirtschaftliche Lage des Malergewerbes eine Lohnaufbesserung gebietet oder zuläßt. Auf Grund des ihnen vorliegenden Materials sind die Unparteilichen der Ansicht, daß gegen das Vorjahr keine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Malergewerbes eingetreten ist, daß sich aber im Hinblick auf die Steigerung der Löhne im Baugewerbe auch eine Besserung der Lage im Malergewerbe vorbereitet. Die Lage des Arbeitsmarktes schließt eine Aufbesserung der Löhne nicht aus, kann aber eine wesentliche Lohnverhöhung nicht begründen. Zwar steht das Einkommen der Malergesellen hinter dem Einkommen anderer Arbeiter des Baugewerbes nicht wesentlich zurück, aber ihre Ausgaben sind erhöht durch die Verteuerung der Lebensmittel und Wohnungsmieten, die sie nicht, wie die Arbeitgeber nach unten abwägen können. Die Bedürftigkeit der Malergesellen nach einer Lohnverhöhung dürfte demnach gegeben sein. Eine solche ist ihnen im Jahre 1908 von den Arbeitgebern auch mit ziemlicher Bestimmtheit in Aussicht gestellt worden. Aber es muß auch der Leistungsfähigkeit der Arbeiter Rechnung getragen werden. Deshalb erscheint die Forderung der Arbeitnehmer, den Stundenlohn um 5 bis 10 Pfg. zu erhöhen, nicht durchführbar. Eine Lohnverhöhung von 3 Pfg. pro Stunde für die Vertragsdauer erscheint angemessen. Einheitslöhne für alle Gesellen ohne Rücksicht auf die Verschleissheit ihrer Leistungen sind kein ganz gerechtes Lohnsystem. Deshalb legen die Unparteilichen den Parteien nahe, in den Orten, wo Einheitslöhne bestehen, einen gerechten Ausgleich herbeizuführen.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit sprechen eine Reihe von Gründen. Maßgebend für die Unparteilichen waren technische Gründe, besonders aber die finanzielle Frage. Da die Verkürzung der Arbeitszeit durch Lohnverhöhung ausgeglichen werden mußte, so konnten die Unparteilichen den Anträgen der Arbeitnehmer nicht Rechnung tragen.

Somit die Begründung. Die Parteien müssen, den getroffenen Abmachungen zufolge, in den nächsten Tagen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen und sich bis zum 15. d. Mts. erklären, ob sie ihn annehmen oder ablehnen.

Eine gerichtlich festgestellte Maßregelung der Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg.

Die Deutsche Industriebeamtenschaft, das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, kommt auf die Klage des Ingenieurs Sch. gegen die Augsburgische Maschinenfabrik zurück und zitiert teilweise das Urteil des Landgerichte Augsburg. Darin wird unter anderem gesagt:

Bei dem Kläger hat es sich nicht um einen gewöhnlichen Urlaub, sondern um einen Urlaub, der als Maßregelung gedeutet war, also um einen Strafurlaub gehandelt.

Die Industriebeamtenschaft hat hinzugefügt: Es ist also durch Gerichtsentscheidungen festgestellt worden, daß es sich damals bei der Entlassung des Ingenieurs Sch. um eine Maßregelung von Seiten der Maschinenfabrik Augsburg gehandelt hat. Damit ist für alle die Stadtverwaltungen, die seinerzeit beschlossen haben, Firmen von der Vergabe von Aufträgen auszuschließen, die das Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter mißachten, die genügende Unterlage gegeben, nunmehr an die praktische Durchführung ihrer früheren Beschlüsse zu gehen. Die bayrische Regierung hat bei den letzten Verhandlungen über die Augsburgischen Vorgänge die Erklärung abgegeben, daß sie nicht verfahren werde, gegen die Maschinenfabrik vorzugehen, sobald es feststehe, daß die Leitung dieses Werkes sich Angriffe auf das Koalitionsrecht der Angestellten habe zuschulden kommen lassen. Auch für sie ist dieser Beweis jetzt erbracht, und sie wird dem Willen des bayrischen Landtages nunmehr Rechnung tragen müssen. Hinzukommt noch, daß Herr Ritter von Buz in der letzten Generalversammlung der M. A. N. ausdrücklich erklärt hat, daß er Mitglieder des Bundes in seiner Fabrik nicht dulde. Diese offensichtliche Verletzung des Koalitionsrechts bedeutet eine unerhörte Bräuterei der öffentlichen Meinung, die weder von der Regierung noch von den politischen Parteien, die sich bekanntlich bei den letzten Verhandlungen ausnahmslos auf die Seite der Angestellten gestellt haben, gebuldet werden darf.

Lohnunterschiede in der Schuhindustrie in Bayern.

Sämtliche Mitglieder des Bundes der Schuhfabrikanten in München haben Freitag ihren Arbeitern gekündigt. Wenn es nicht zu einer Verständigung kommt, werden nächsten Freitag 3—400 Schuhmacher ausgesperrt. Die Fabrikanten wollten durch einen Anhang an die Arbeitsordnung eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einfließen.

In der Schuhfabrik von Wilhelm Rod in Firmasens sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Die Firma hat Verhandlungen mit den Arbeitern abgelehnt und auch die Annahme eines Schriftstückes verweigert, das die Lohnkommission der Firma eigenhändig überreichte wollte.

Da die Firma auswärts Arbeiter suchen wird, ist Zugang von Hand- sowie Maschinenwidern zu vermeiden.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Verband der Zimmerer schließt sein 3. Quartal mit einem Mitgliederbestand von 55268, seine Hauptkasse mit 1120875 M. Einnahme (einschließlich 707008 M. Kassenbestand) und 283786 M. Ausgabe. Das Vermögen beträgt 857288 M.

In der Drahtgewebefabrik Dehler in Saalfeld i. Th. legten am Freitag sämtliche Arbeiterinnen die Arbeit nieder, da die Firma eine ca. 12prozentige Perabsetzung der Affordsätze beabsichtigte.

Lohnbewegung der Böttcher in Bromberg. Die Verhandlungen haben sich zerfallen. Am Sonnabend reichten die Gesellen ihre Kündigung ein.

Erwerb das Bürgerrecht!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Friedrich Viller in Borsdorf-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umgegend

Eintragung Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Unsere geehrten Mitgliedern geben wir bekannt, dass wir

Donnerstag, den 13. Januar

als letzten **Spezial-Verkaufstag** für **Schnitt-, Manufaktur- u. Schuhwaren**

für die Verkaufsstellen:

L.-Lindenau III, Markt 18

L.-Plagwitz III, Zschochersche und
Amalienstrassen-Ecke

wingesetzt haben.

L.-Reudnitz III, Dresdner Strasse 55

L.-Stötteritz II, Ferdinand-Jost-Str. 25

L.-Gohlis III, Hallesche Strasse 114

L.-Eutritzsch, Delltscher Strasse 52

Leipzig IV, Kolonnadenstrasse 11

L.-Connewitz II, Basedowstrasse 1a

Der Vorstand.

[888]

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Leipzig.

Freitag, den 14. Januar 1910, abends 7 Uhr
Ausserordentliche

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, grosser Saal.

Tagesordnung:

1. Bericht über die bisherigen örtlichen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberschutzverbände. 2. Die gegenwärtige Situation in der Vertragsbewegung und die Bekanntmachung des Vorstandes.

Verbandsbücher sind vorzuzeigen.

Rassenbesuch erwartet

[404]*

Die Lokalverwaltung.

Ortsverein L.-Connewitz.

Sonnabend, den 15. Januar 1910, abends 7/9 Uhr

Ordentl. General-Versammlung

im Gambrinus zu L.-Connewitz, Biedermannstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Jul. Rütting über: „Erinnerungen aus der Zeit vor und während des Sozialistengesetzes“. 2. Berichte. 3. Eventl. Anträge. 4. Vereinsangelegenheiten. [809]

Etwaige Anträge sind schriftlich bis Donnerstag, den 13. Januar, beim Vorsitzenden P. Riegshmann, L.-Connewitz, Basedowstraße 8, III., niederzulegen. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet

D. V.

Maurer-Verband.

Dienstag, den 11. Januar 1910, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Saale des Volkshauses, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung: 1. Bericht über die am 20. Dezember 1909 stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern. — 2. Bericht über Bauarbeiterbeschäftigung und Neuwahl von Vertretern in die Bauarbeiterkommission. — 3. Bericht vom Gewerkschaftsrat und Neuwahl der Delegierten. — 4. Innere Berufsangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Das Mitgliedebuch ist mitzubringen!

Schöne gutkochende

Mittel-Linsen

Pfd. 12 Pfg., 10 Pfd. 1 Mk.

Albin Reichel

Gerberstr. 13. Tel. 1381.

A. Bobe, L.-Reudnitz
gegenüb. d. Kirche. Tel. 8264.

Ortsvereine des Westens.

Der 2. Vortragszyklus

beginnt am

19. Januar im Felsenkeller

mit einem

Heinrich Heine-Abend

Mitwirkende:

Robert Koppel-Berlin, Mitglied der Münchener

Scharfrichter, Gesang und Rezitation.

James Rothstein-Berlin, Begleitung.

Wilh. Wittig-Leipzig, Vortrag.

Programmkarten à 50 Pfg. sind zu haben im Felsenkeller, in der Filiale der Volkszeitung, Lützner Str. 41, bei Max Georgi, Kleinschocher, Friedrich Stoye, Leutzsch, Volksbuchhandlung, Tuchaer Str. 19 21. [194]

Metallarbeiter-Verband.

Geschäfts-Volkshaus Zeitzer Str. 92
= stelle Portal rechts, l.
Bürozeiten: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abds. 5—8 Uhr.
Telephon 3784.

Ortsverein Leipzig-Ost.

Dienstag, den 11. Januar, abends 7/9 Uhr

Halbjahres-Generalversammlung

im Thüringer Hof, Volkmarzdorf.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Politische Parteien und Interessentkämpfe. Referent: Redakteur Genosse von Lojewski.

2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 4. Neuwahl der Zeitungskommission. 5. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

[202]*

Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig

Donnerstag, den 13. Januar, abends 7/9 Uhr

Halbjährliche Generalversammlung

in den Westendhallen, Plagwitz, Zschochersche Straße.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die politische Lage. Referent: Landtagsabgeordneter Hermann Fleissner-Dresden.

2. a) Bericht des Vorsitzenden; b) des Kassierers; c) der Bibliothekare; d) der Revisoren.

3. Diskussion zu den Berichten.

4. Wahl eines Einkassierers.

5. Vereinsangelegenheiten.

Pünktliches und recht zahlreiches Erscheinen erwartet

[805]

Der Vorstand.

Ostvorstädt. Männerchor.

Heute abend 8 Uhr [808]

Trauer-Ständchen

Ereignis: Rühme, Hildegardstr. 7 (Pflichtstündchen). Der Vorstand.

Benutzen Sie nur

Lipsia-Senf-Essig

überall zu haben.

Anerkann beste Marke, vorzüglich im Geschmack.

Familienanzeigen.

Für die uns anlässlich unserer silbernen und grünen Hochzeit zuteil gewordenen zahlreichen Überraschungen sagen wir allen herzlichsten Dank. [402]

Joh. Rathol und Frau
M. Moritz und Frau geb. Rathol.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. Besonders danken wir unsern werten Mitbewohnern vom Bauverein und den Mitgliedern vom Familienverein sowie meinen werten Mitarbeitern und allen denjenigen, welche uns mit Ihren Kränzchen erfreuten. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan.

E. Kleinschöher, den 8. Januar 1910.

Frau verw. Lina Schirr geb. Wurmstich

und Kind

im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

[807]

Todes-Anzeige.

Nach längerem Leiden verstarb am Sonnabend, den 8. Januar, unsere Genossin

Frau Auguste Anna Exner

im Alter von 51 Jahren. Ihr aufrichtiger Charakter und ihre Tätigkeit für unsere Partei sichern ihr ein ehrendes Andenken. [403]

Der Bezirksleiter L.-Ost

Der Vorstand des Ortsvereins L.-Ost.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr, von Ludwigstraße 104 aus statt.

Nach langem schwerem Leiden verschied heute meine liebe Frau [405]

Emille Lohr geb. Todt

im 40. Lebensjahre. — Dies zeigt tiefbetrübt an E.-Ange-Grötendorf, am 8. Januar 1910. Paul Lohr.

Die Trauerfeier findet Dienstag, 12 Uhr, in der Kapelle des Silbriehofes statt. Blumenpenden werden dankend abgelehnt.

Politische Uebersicht.

Der preussische Schutzmann.

Die Polizeibrutalitäten, deren die Berliner Hochwohl- löbliche in den letzten Tagen vor Gericht überführt wurde, hat so etwas wie Entrüstungsfäuseln in den bürgerlichen Blättern hervorgerufen. Selbst der Berliner Lokal- anzeiger, der anscheinend „oben“ nicht mehr gelesen wird, macht in öffentlicher Meinung und findet Tadelsworte für die Polizei, und nur die eigentlichen Polizeiblätter, d. h. die konservativen Organe, finden alles wunderschön, und die Deutsche Tageszeitung bezeichnet sogar das Aus- treten der „Schuhleute“ als berechtigt, angemessen und geboten. Der neue Herr Polizeipräsident von Berlin, v. Jagow, ist augenscheinlich noch nicht auf der Höhe seines Amtes. Er hat nämlich trotz seines Junkertums noch die „Schwäche“, auf die öffentliche Meinung und die Stimme der Presse etwas zu geben. Er hat sich drei Zeugen ver- schaffte, die die Vorgänge vor und während der Ferrer- Versammlung von ihren Fenstern aus beobachtet und da- bei konstatiert haben, daß das Vorgehen der Schuhleute sanft und voller Menschenliebe war. Diese Zeugen- ausagen sind zwar keinen Schuß Pulver wert, da sie nicht vor Gericht beschworen worden sind und da die Po- lizeibrutalitäten eben erst nach Schluß der Ferrer-Ver- sammlung einsetzten. Immerhin hat Herr Jagow da- durch, daß er diese Zeugenaussagen veröffentlichte, eine bei einem preussischen Polizeipräsidenten höchst bestren- dliche Eindringlichkeit für das „Gerade der Zeitungs- schreiber“ bewiesen. Ist es schon so weit mit der preußi- schen Beamtenschaft und nun erst mit der Berliner Polizei gekommen, daß man das Bedürfnis fühlt, sich öffentlich zu rechtfertigen? Wo sind die schönen Tage hin, als der Berliner Richter Brauwetter in seinen Polizeiprozessen erklärte: öffentliche Meinung gibt's nicht? Und jetzt empfängt der Berliner Polizeipräsident gar einen Ver- treter des Mosse-Organs aus der Jerusalemer Straße — ausgerechnet Mosse! Pfui Teufel! — und rechtfertigt sich. Ist das erhört! In der Tat scheint Herr v. Jagow ein „verflucht schlapper Kerl“ zu sein. Vielleicht etwas Udenkbar in den Adern!

Man mag sich beruhigen! Es handelte sich um eine bürgerliche Versammlung. Als Zeugen traten gegen die Polizei ein Graf Hoensbroech auf und „Frauenspersonen“, wie die Frau Schukat Cauer und andere. Das sind nun Personen, die man leider selbst in Preußen nicht als Kanakken behandeln kann, die aber glücklicherweise doch nur höchst selten in Versammlungen und nun gar in Pro- testversammlungen erscheinen. In Protestversammlungen gehen doch eigentlich nur Sozialdemokraten. Welcher „an- ständige“, „gebildete“ Mensch protestiert denn in Preußen gegen irgend etwas? Die Polizei war also völlig zu der Annahme berechtigt, in dem Publikum der Protestver- sammlung lediglich Sozialdemokraten und sonstigen Jan- hagel zu erblicken. Und für solche Bande ist eben in Preußen der Gummiknüppel und der Polizeifäusel da. Immer forsch hineingeritten in das Pack, das „pro- testieren“ will. Sozialdemokraten mit Säbel und Knüttel zu regulieren, ist ein altes Vorrecht der preussischen Polizei und niemals hat die bürgerliche Presse gegen diese gott- gewollte Tradition etwas einzuwenden gehabt.

Man mute uns also nicht zu, die Entrüstung der bür- gerlichen Presse über die neuesten Polizeibrutalitäten ernst zu nehmen. In seinen Erklärungen an die Presse hat der Berliner Polizeipräsident wenigstens soweit die glorreiche Tradition seiner Schutztruppe gewahrt, daß er ihr Vorgehen als „völlig korrekt“ bezeichnet hat. Das ist doch wieder der alte preussische Ton! Im Grunde steht man so ein bißchen „forsch ansassen“ der Masse durch die „Schuhleute“ an gewissen Stellen gar nicht ungern, ebenso wie man beim Militär so ein bißchen Mißhand- lung Untergebener gern als einen Beweis von „Stramm- heit im Dienst“ ansieht und deshalb nur mit Lässigkeit und Schonung bestraft. Wie nach der Theorie konservati- ver Patrioten zuweilen ein „frischer, fröhlicher Krieg“ höchst erwünscht ist, um den „Soldatengeist“ in der Truppe wieder zu beleben, so gilt auch eine in gewissen Umständen wiederholte „frische fröhliche“ Bearbeitung des Publikums mit Gummiknüppel, Polizeifäusel und Pferdehufe als ein vorzügliches Mittel, den Geist in der Polizeitruppe auf- zufrischen. Als Objekt dieser erfrischenden Tätigkeit gilt, nach den Worten des trefflichen Kröcher, selbstredend die Sozialdemokratie. Es gibt ja genug davon.

Deutsches Reich.

Zubasgelber.

Vor einigen Wochen brachten wir die Meldung einer Berliner Korrespondenz, die ein Prämiensystem zur Werbung farbiger Truppen in den Schutzgebieten in Aussicht stellte. In der Nummer vom 9. Januar der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird dieser Abicht nun in einer Art das Wort geredet, die an dem Bestande jeden Zweifel ausschließt. Das Kanzlerblatt fordert die Reform im Interesse der zweck- mäßigeren „Niederwerfung innerer Unruhen“ und ver- weist dabei auf das französische Beispiel. Leider sei man nicht in der Lage, wie die großen Kolonialmächte, durch Austausch der verschiedenen Eingeborenenruppen, deren Zuverlässigkeit zu stärken, die deutschen Schutzgebiete sind darauf angewiesen, die farbigen Truppen gegen die eigenen Landsleute zu führen, wodurch deren Zuver- lässigkeit arg herabgemindert werde. Dazu trete die kurze Dienstzeit.

Es liegt auf der Hand, daß eine fünf- oder dreijährige Dienstzeit nicht genügt, die Anhänglichkeit dieser farbigen Reser- visten — wenn man sie so nennen will — an die Sache der Re- gierung und ihr Verständnis für deren Anordnungen so zu festi- gen, daß sie gegebenenfalls dem Unersand ihrer schnell erreg- baren Landsleute und deren Ueberzahl standhalten; in den Reihen der Auführer aber bilden diese Leute eine um so erstere Gefahr, als sie die Bedeutung der wenigen weißen Führer für die Gesamthaltung der Truppe kennen gelernt haben und als Gegner dieser Erfahrung entsprechend handeln werden.

Die Regierung beabsichtigt nun diese Gefahr zu be- schwören, indem den farbigen Soldaten mit der Dienst- zeit steigende Prämien und besonders Pensionsansprüche gesichert werden sollen. So hofft man die eingeborenen

Soldaten auf die moralische Stufe preussisch-deutscher Bureaufanten herabdrücken zu können, die im Interesse ihrer Pensionsansprüche und Zulagen allerdings als leblose Werkzeuge gegen ihre Mitbürger, und näheren und nächsten Angehörigen „pflichtbewußt“ die Ansprüche des kapitalistischen Staates vertreten. Daß Zustände und Neutereien am zweckmäßigsten durch eine menschen- würdige, anständige und gerechte Verwaltung beseitigt werden, daran denkt das Kanzlerblatt keinen Augenblick, die koloniale Raubpolitik soll mit Zubasgelbern un- entwegt weitergeführt werden. In diesem Sinne kenn- zeichnet die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den Antrag auf Einführung der Prämien und Pensionen für farbige Soldaten sehr richtig als „die Uebertragung aller kolonialen Weisheit auf das militärische Gebiet“.

Die Kölnische Zeitung mit der blanken Waffe.

Die Berliner Polizei hat sich in einigen Gerichtsverhand- lungen der letzten Tage — wie wir bereits meldeten — wieder arge Blamagen geholt. Die von ihr attackierten Besucher einer Ferrer-Protestversammlung, gegen die auch noch Anklagen wegen großen Unfugs und Widerstands gegen die Staatsgewalt erhoben wurden, wurden freigesprochen. Die Kölnische Zeitung tabelt die Polizei wegen dieser Mißerfolge, setzt aber hinzu:

Es soll der Polizei durchaus nicht ihr gutes Recht und ihre Pflicht bestritten werden, die Straßen dem Verkehr frei- zuhalten und jedem Versuche, die Straße zu Massenemonstra- tionen zu benutzen, im Notfall auch mit der blanken Waffe entgegenzutreten.

Nationalliberales Feldentum!

Eine mißlungene Potemkinade.

Die chinesische Studentenkommision, unter der sich ein chinesischer Abmiral und ein selbststättiger chinesischer Prinz befinden, ist Frei- tag abend in Kiel eingetroffen, um die West- und Marine- anlagen zu besichtigen. Eine große Anzahl von Würdenträgern der Marine- und sonstigen Behörden und die Schutzmännerschaft waren zur Begrüßung aufgeboten. Von der Kruppischen Werft war am Freitagabend ein großes Festessen veranstaltet worden und im Laufe dieses Tages waren bei der Werft alle Anstalten getroffen worden, um der Kommission möglichst alles günstig darzustellen. Auf der Werft war großes Aufräumen, die Arbeiter mußten bis 4 Uhr nachmittags durcharbeiten, damit die Kommission, zu welcher Tageszeit sie auch kommen werde, die Werft in Ver- trieb finde. Die Kommission kam Sonnabend, kurz vor Mit- tag, zur Besichtigung der Kruppischen Werft. Bei der Gelegenheit wurde der große Kran der mechanischen Werkstätte mit voller Belastung im Betriebe vorgeführt. Dabei stürzte der an diesem Kran befestigte Schwenkarm nieder, weil die Schrauben, mit denen er befestigt war, sich gelockert hatten. Der Volontär Clausen wurde schwer verletzt; er ist noch im Laufe des Nach- mittags gestorben. Der Bureauvorsteher Blittner und ein Lehrling wurden leichter verletzt. Die Kommission wird also die Auffassung mitbekommen haben, daß auf der Werft, soweit die Schrupvorrichtung für Arbeiter in Betracht kommt, nicht alles so ist, wie es dargestellt wird. Vielleicht macht man, um das Bild zu vervollständigen, die Herren aus China auch mit dem gerissenen Frankenthal aus Hamburg bekannt. Er könnte ihnen wertvolle Mitteilungen über die Geschäftsführung der Werften machen und dazu beitragen, daß sich die chinesischen Beamten in Preußen- Deutschland wie zu Hause fühlen.

Mit Gott für Kaiser und Biersteuern.

In Braunschweig ist den „nationalen“ Musterpatrioten bitteres Leid widerfahren. Der Brauerertrag hat, um den 12wöchigen Bierbojott mit all seinen Schäden für die Brauerer- beister zu Ende zu bringen, mit der sozialdemokratischen Partei- leistung und dem Gewerkschaftskartell einen Vertrag abgeschlossen, nach dem das Bier im Ausschank die alten Preise behält, die es vor dem Bierstreik hatte, und nach der die Brauereien sich verpflichteten, einer mit den organisierten Arbeitern zu gründenden Volksausgangsgesellschaft G. m. b. H. zur Erbauung eines großen Versammlungsraumes 10000 M. Einlagekapital und 70000 M. Bankkapital zu zahlen. Als Geschäftsführer dieser Gesellschaft sind drei Genossen, Redakteur A. Wesemeier, Lagerhalter K. Dhlendorf und Rechtsanwalt Dr. Jasper gewählt worden. Darüber sind die Nationalen aus dem Häuschen geraten. Diese Herrschaften wandten einen eigenartigen Trick an, um den Vertrag zum Scheitern zu bringen. Sie drohten, die Aktionäre der Brauereien persönlich anzufassen. Soweit diese Reserve- offiziere seien, würde gegen sie als solche vorgegangen werden. Tatsächlich erhielten jetzt einige Ausschichtsratsmitglieder der Brauereien, die zugleich Reserveoffiziere sind, die Aufforderung, aus dem Ausschichtsrat der anrückigen Brauereien auszuschleiden oder eines ehrengerichtlichen Verfahrens gewärtig zu sein.

Man darf auf die Entscheidung der Militärbehörde ge- spannt sein.

Liberaler Arbeiterfang.

In Franken bieten die Liberalen alles auf, um die Arbeiter für den immer mehr verkommenden Liberalismus zu fähern. Man ist auf den Gedanken verfallen, die Arbeiter durch ein be- sonderes Zeitungsorgan an den Liberalismus zu fesseln. Von diesem ist jetzt die erste Nummer erschienen. Es führt den hoch- trübenden Titel Nordbayerische Arbeiterzeitung und erscheint in einem Winkel des Reichsteilgebirges, in Marktredwi- gen, alle 14 Tage einmal. Der Preis pro Vierteljahr ist 55 Pf. Die liberale geistige Kraft ist also nicht einmal billig. Das Blatt bezeichnet sich als „Organ für Vaterlandsfreunde aller Stände“. Der Inhalt der ersten Nummer ist außerordentlich vielversprechend; sie wimmelt nach echter Reichsverbandsart von Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie, gegen die das Blatt ein „Damm“ sein will. In einem besonderen Artikel wird in die liberale Arbeiterbewegung einzuführen gesucht; sie ist wirklich ganz liberal. Sie soll tolerant sein gegen alle Anders- denkenden, ihr sollen gelten Freiheit und Fortschritt im bestehen- den Rechtsstaat. Sie soll nicht in den Rahmen einer Partei ein- gegewängt werden; warum dann aber eine „liberale“ Arbeiter- bewegung? Nun, „der Liberalismus braucht frisches Blut, das sollen ihm die deutschen Arbeiter zuführen“.

Berlin, 10. Januar. Das Reichskolonialamt hat für das Jahr 1910 die geplante Erforschung des Kaiser- Wilhelm-Landes (Deutsch-Neuguinea) in Aussicht ge- nommen. Es ist eine Dauer von acht Monaten für die Erforschung angelegt. Man will eine Grundlage ge- winnen für eine Verständigung zur Ersetzung der jetzigen linearen Grenze durch eine natürliche.

Ein Kolonialgerichtshof. Das Kolonialamt hat einen Gesetzentwurf fertig gestellt, der die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes zum Gegenstand hat. Dieser neue

Gerichtshof soll in dritter und letzter Instanz in kolonialen Rechtsfällen entscheiden. Die Vorlage wird dem Reichs- tag Mitte Januar zugehen.

Die abgeänderte Einigung. Im Reichstagsgebäude war gestern mittag eine Delegiertenversammlung der Freisinnigen Vereinigung zusammengetreten, um zu der liberalen Fusion und zu dem von dem Biererausgang beschlossenen Einigungsprogramm Stellung zu nehmen. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit der Fusion einverstanden, beschloß jedoch einige Abänderungen in verschiedenen Punkten des Einigungsprogramms.

Die Interpellationen über die medlenburgerische Verfassungs- frage und die Kattowitzer Beamtenmahnregelungen, die auf der Tagesordnung des Reichstags am kommenden Dienstag stehen, werden, wie die bürgerliche Presse mittelt, vom Reichskanzler persönlich beantwortet werden. Die in der medlenburgerischen Frage abzugebende Erklärung ist im Bundesrat Gegenstand von Erörterungen gewesen, in der Kattowitzer Angelegenheit wird auch Staatssekretär Kraetke das Wort ergreifen.

Südwestafrikaner gegen Dernburg. Gleich den Vöberh- suchern wehren sich auch die Interessenten von Keetmanshoop, Windbuk und Swatopmund gegen Dernburgs Protektionswirt- schaft im Diamantgebiet. Der Gemeinderat von Keetmanshoop telegraphierte an den Reichstag, daß er gegen jede Politik protestiert, welche durch Verschlebung von Konzessionen wie z. B. an die Deutsche Diamantengesellschaft, die Werte aus dem Lande herauszieht, die Schulden und die Kosten der Selbst- verwaltung aber dem Lande beläßt. Die Gemeinderäte von Windbuk und Swatopmund telegraphierten an den Reichskanzler im gleichen Sinne.

Entschuldigungen. Das Auswärtige Amt wird dem Reichs- tag zunächst ein Weißbuch zugehen lassen, das die Dokumente in der Rammesmann-Angelegenheit enthält. Staatssekretär von Schoen gedenkt außerdem dem Reichstag bei erster passender Gelegenheit Aufschluß über den Fall Pech zu geben. Auch Herr Dernburg wird dem Reichstag eine Denkschrift zugehen lassen, in der die Entwicklung der Diamantenfrage dargestellt wird.

Wahlpraktiken. Ein Reichstagskandidat, der von seiner eigenen Kandidatur nichts wissen will, ist zweifellos eine Seltene- heit. Ein solcher Kandidat ist der von den Christlich-Sozialen und dem Bund der Landwirte im Wahlkreis Wilhelm- Wipperfeldt ausgesetzte Farrer Hochmann, der erklärt, daß er sich an der Agitation nicht beteiligen werde. Diese Kandidatur ist nur deshalb aufgestellt worden, um zu verhindern, daß der Nationalliberale mit dem Zentrum in die Stichwahl kommt. Man will, daß sich der sozialdemokratische Kandidat mit dem Zentrum in der engeren Wahl messe, denn in diesem Falle wäre das Zentrum der nationalliberalen Stimmen sicher.

Neue Opfer in Kattowitz. Von der vorgelegten Verhöre wurde dem Marktscheiderrassistenten Benzl wegen seiner Ab- stimmung bei der jüngsten Stadtverordnetenwahl in Kattowitz sein Amt gekündigt. Benzl wurde ferner die Mitteilung gemacht, daß noch drei seiner Kollegen dasselbe Los getroffen habe, weil auch sie es unterließen, für die habsburgischen Kandidaten zu stimmen.

Der Antunfistempel. Um den Teilnehmern an der Post- konferenz zu beweisen, daß die Wiedereinführung des Antunfistempels für Briefsendungen eine unnötige Zeitvergeudung sei, wurden die Herren am Sonnabend in früher Morgenstunde durch das Briefpostamt in der Königstraße geführt, um den Betrieb zu besichtigen. Später trat man wieder zu einer Sitzung zusammen, um den Rest der gestellten Aufgaben zu erledigen. Beschlüsse sind natürlich nicht gefaßt worden, und es muß nun abgewartet werden, ob und welchen Nutzen Herr Kraetke aus der Konferenz gezogen hat.

Gerichtsnotorische Finanzpulserei. Einen interessanten Beitrag zur Beurteilung der Jahressartesteuern teilt der Bund der technisch-industriellen Beamten mit: Ein Ingenieur hatte mit Hilfe des genannten Verbandes gegen eine Firma Klage erhoben auf Ersatz der Reiskosten, die ihm aus einer von der Firma gewünschten Vorstellungsdreise entstanden waren. Das Gericht hat dem Grunde nach auch dem Klageantrag entsprochen, den eingeforderten Betrag aber infoweit herabgesetzt, als es statt der zweiten Wagenklasse dem Kläger nur die Benutzung der dritten Klasse zubilligte. Die Gründe, die das Gericht für seine Stellungnahme anlegt, sind interessant genug, um hier veröffentlicht zu werden. Es heißt unter anderem in dem Urteil:

Was aber die Höhe der Auslagen betrifft, so ist zu be- rücksichtigen, daß seit Erhöhung der Fahrpreise noch mehr wie früher auch besser situierte Reisende keine Bedenten tragen, dritter Klasse zu fahren, und daß somit kein Anlaß vorliegt, die Auslagen für die Fahrt zweiter Klasse zuzubilligen.

Danach gilt es also für das Gericht als selbstverständlich, daß das Publikum als wirksamsten Protest der Finanzpolitik der deutschen Regierung und der bürgerlichen Parliaments- mehrheit die Abwanderung in untere Wagenklassen entgegensetzt.

Ein agrarischer „Mittelständler“. Der Spargelplantagen- besitzer Volger wird von der Führung des Bundes der Land- wirte preisgegeben, er hat seinen Austritt aus dem Bund er- klärt. In einer Versammlung, in der der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Arning sprach, hatte Volger erklärt, es sei nicht praktisch und auch nicht wünschenswert, daß der kleine Mann wirtschaftlich hochkomme“. Er mußte also wegen übermäßiger Offenheit ausgeschliffen werden.

Kleine politische Nachrichten. Der Gesamtvorstand des Bundes der Industriellen hat am 4. Januar einstimmig eine Erklärung gegen die geplante Aenderung der Zernspredgehöhen- Ordnung beschlossen. — In Kopenhagen begann die Reichs- gerichtsverhandlung gegen den früheren Ministerpräsidenten A. E. Christensen und den früheren Minister des Innern Sigurd Berg; die Verhandlung wurde auf den 2. April vertagt. — Nachdem die finnischen Rechtsanwält besprochen haben, das Reichsstempelsteuergesetz nicht zu beobachten oder die not- gedungenen entrichteten Stempelsteuer in gerichtlichem Wege zurückzufordern, beginnen nunmehr das Volgericht in Abo und andere finnische Behörden, Dokumente ohne Stempelmarken entgegenzunehmen. — Die Porte überfandte den Schutzmächtigen Aretas eine Note, in der gegen die Eidesleistung der neuen Regierung in Areta und gegen den Beschluß der freischen Kammer über die Anwendung der Besetze des Königreichs Griechenland auf der Insel protestiert wird. — Die japanischen Blätter sprechen sich dagegen aus, daß Japan den Vorschlag Amerikas, die mandchurische Eisenbahn durch den Verkauf an China zu neutralisieren, annehme. — General Jornos Diaz, der nach Managua unterwegs war als Vertreter Estradas, um mit dem Präsidenten Madriz den Frieden zu vereinbaren, ist infolge Kernerndes des Booles bei der Barre von Greytown er- trunken.

Oesterreich-Ungarn.

Späte Prinzipientreue.

Budapest, 8. Januar. Inisch erklärte in einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten v. Lufacs auf dessen Frage, ob seine Partei ein zweimonatliches Budgetprovisorium bewilligen werde, daß die Partei das Provisorium nur einer Regierung votieren

Könne, deren Programm ihr bekannt sei und zu der sie Vertrauen hege.

Herr Juch hegte vor kaum einer Woche noch festes Vertrauen zu Herrn Lutacs, der damals allerdings noch Ministerportefeuille zu bieten vermochte. Anzwischen hat sich auf der prinzipiellen Grundlage der Wahrscheinlichkeit eine Annäherung zwischen der alten "liberalen" Liga-Partei und den Sozialen und Liberalen vollzogen, und diese erreaktionäre, jedoch dualistische Gruppierung hat alle Aussicht, nicht nur eine neue Parlamentsmehrheit zu bilden, sondern auch das Wohlwollen des Hofes, der Diplomatie und der Armeekorps zu gewinnen. Weil aber der feudale Adel den Beamtenadel in den Komitaten durch Brüllismus beherrscht, dürfte eine Revolte dieser Herrn Juch ergebene Bureaucratie diesmal keinesfalls die Aussicht auf Erfolg haben, als zur Zeit Fejervarys, wo der Feudaladel neben der Bureaucratie kämpfte. Man erwartet deshalb in Budapest mit vollem Recht den nahen Sturz Lutacs' und den Sieg der dualistischen Liga-Gruppe. Herr Juch hat demnach alle Ursache, sich seiner oppositionellen und gegen den Dualismus gerichteten Politik von gestern zu erinnern, damit wenigstens die Ehre gerettet werde, seine Partei zerbröckelt ihm bereits unter der Hand.

Rußland.

Ein Unfall?

Petersburg, 9. Januar. Durch die Unvorsichtigkeit eines Bediensteten kam es gestern in der Garage beim Palais des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zu einer Benzinexplosion, bei der ein Monteur und ein Kutscher getötet wurden. Die Pferde konnten gerettet werden. Das entstandene Feuer ergriff sämtliche vier Stockwerke des Palastes, so daß die Bewohner gezwungen waren, über das Dach zu fliehen. Der Schaden beträgt eine Million Rubel. Mehrere Feuerwehreinheiten erlitten bei den Vöscharbeiten schwere Verletzungen.

Großbritannien.

Die Wahlkampagne und die Peers.

London, 9. Januar. In der vergangenen Woche haben in ganz England rund zwanzigtausend Wahlversammlungen stattgefunden. Mit dem gestrigen Tage hat die Beteiligung der Peers an Wahlkampfen ihr Ende erreicht, da die Peers sich nach dem Erlass des Parlamentswahlgesetzes, der morgen ergehen wird, nicht mehr öffentlich an Kampfen beteiligen dürfen. Gestern haben noch zahlreiche Peers öffentlich gesprochen. Viele von ihnen fanden dabei einen feindlichen Empfang, so der Herzog von Norfolk, der erste Peer Englands, der in Bristol durch fortwährende Unterbrechungen am Sprechen verhindert wurde, und Lord Ronaldshay in Hornsey (London), der unter polizeilicher Bedeckung sich zurückziehen mußte, da die Menge die Rednertribüne stürmte.

Türkei.

Französische Sorgen.

Konstantinopel, 8. Januar. Der französische Botschafter hat bei der Porte die Zurückziehung der türkischen Truppen aus dem kritischen tunesisch-tripolitanischen Grenzgebiet verlangt. Nach von der Porte stammenden Informationen verlangte der französische Botschafter aus Anlaß des Zwischenfalles an der tunesisch-tripolitanischen Grenze auch eine endgültige Festlegung der Grenze. Die Porte, welche diese bisher zurückwies, weil sie die Anerkennung der Befehung von Tunis bedeuten würde, erklärte nunmehr ihre Bereitwilligkeit zu der Grenzregulierung, wenn einige Formfragen erledigt würden.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein netter konservativer Bürgermeister.

In Delsnitz i. B. wurde kürzlich, wie mehrfach berichtet worden ist, das Stadtverordnetenwahlrecht in ein die Arbeiterklasse empfindlich schädigendes Berufswahlrecht umgewandelt. Bei diesem Entrechtungsstreich der Arbeiter wurde sehr geheim verfahren. Als treibendes Element dieser Verschlechterung gilt Bürgermeister Dr. Schanz, der konservative Landtagsabgeordnete. Er will es jedoch nicht gewesen sein — obgleich kein anderer in Frage kommen kann — und zieht deshalb die sozialdemokratische Presse, vor allem das Volksblatt in Zwickau, der „gewerbmäßigen Lüge“. Darauf antwortet nun jetzt unser Zwickauer Parteiblatt dem Herrn Bürgermeister mit einem Erinnerungsartikel, den er sich nicht hinter den Spiegel stecken wird. Da der Herr auch, wie gesagt, konservativer Landtagsabgeordneter ist, so ist seine Kennzeichnung gewissermaßen auch eine Kennzeichnung seiner Partei, weshalb wir unseren Lesern die Abfertigung unseres Parteiblattes im Auszuge unterbreiten wollen.

Dem Einwande, daß die Wahlrechtsvorlage nicht sein Werk gewesen sei, hält unser Parteiblatt entgegen, daß Bürgermeister Schanz die Vorlage nicht nur begründet hat, sondern daß er auch der einzige gewesen ist, der sich für die Vorlage ins Zeug gelegt hat. Weder das Stadtverordnetenkollegium noch der Verfassungsausschuss haben die Vorlage angeregt oder haben gewußt, daß sie kommen werde. Außer Dr. Schanz hatten vielleicht nur einige intime Freunde Kenntnis von der Vorlage.

Bürgermeister Dr. Schanz, der so leichtfertig mit der Ehre anderer spielt und ihnen „gewerbmäßige Lüge“ vorwirft, hat, selbst wenn in dieser Vorwürfe berechtigt wäre, gar nicht das Recht, solche Vorwürfe gegen andere zu erheben, weil ihm selbst ähnliche Vorwürfe gemacht werden können. Im Jahre 1907 wurde festgestellt, daß er an die Aufsichtsbehörde wissenschaftlich falsch berichtet hat, und zwar in einer Sache der Delsnitzer Ortskrankenkasse. Die Angelegenheit wurde durch die Begründung eines Urteils des Oberverwaltungsgerichts bekannt. Darin heißt es: „Am 7. Dezember 1907 brachte der damalige erste Vorsitzende des Vorstandes der Ortskrankenkasse zu Delsnitz, der Glasfabrikbesitzer Knüpper, beim Stadtrat daselbst folgendes an: In der am Tage vorher abgehaltenen Sitzung des Kassenvorstandes sei der Schriftführer, der frühere Weber, jetzige Gelegenheitsarbeiter R. zum Expedienten der Kasse gewählt worden. Dafür hätte gestimmt die sozialdemokratisch gesinnte Mehrheit des Kassenvorstandes, und zwar nur deshalb, weil R. radikal sozialdemokratisch sei. Er eigne sich aber nicht für die Stelle eines Expedienten.“ Die Kreishauptmannschaft hatte diesen Ausführungen natürlich geglaubt, denn sie konnte unmöglich wissen, daß der Bürgermeister dem Glasfabrikbesitzer Knüpper etwas unterstellt, was er selbst erfinden hatte. Lügen haben aber kurze Beine. Herr Knüpper kam durch den Bericht bei der Bürgererschaft in eine schiefe Lage und wurde wegen der aufgestellten Behauptung in der Generalversammlung der Ortskrankenkasse gestraft, wie er dazu komme, eine derartige unwahre Behauptung an den Stadtrat zu berichten. Herr Knüpper bestritt, das vom Bürgermeister Dr. Schanz an die Kreishauptmannschaft Berichtete diesem geschrieben zu haben, ja er erklärte sich bereit, mit dem jetzigen Vorsitzenden der Kasse an Ratsstelle vorstellig zu werden, damit festgestellt werde, von wem eigentlich die

ihm zugeschobene Behauptung herrühre. In der am 11. Dezember 1908 an Ratsstelle mit Herrn Dr. Schanz stattgefundenen Besprechung mußte konstatiert werden, daß Herr Knüpper diese Angabe nicht gemacht habe, sondern daß sie von Herrn Bürgermeister Dr. Schanz herstamme. Es wurde also an Ratsstelle festgestellt, daß Bürgermeister Dr. Schanz den Namen einer anderen Person misbraucht hatte, um bei seiner vorgelegten Behörde mit seinem unqualifizierten Vorgehen gegen den Ortskrankenkassenvorstand Stimmung zu machen. Das hinderte ihn jedoch nicht, wenige Tage später, am 2. Januar 1909, im Anschluß an die Kennzeichnung der Pflichten und Aufgaben der Bürgerchaftsvertreter von geschäftigen Anfeindungen der Bürgerchaft, die nur von minderwertigen Kreaturen ausgehen könnten, zu sprechen.

Und wie hat sich erst dieser Mann, der es wagt, Sozialdemokraten als gewerbmäßige Lügner zu bezeichnen, als Politiker aufgeführt? In seinen Wahlversammlungen erklärte er wiederholt großspurig, wenn auch die konservative Partei in ihrer Mehrheit gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht sei, er werde trotzdem dafür eintreten. Wer aber sein Wort nicht gehalten hat, war Landtagsabgeordneter Dr. Schanz. Das Gegenteil von dem, was er in den Wahlversammlungen äußerte, führte er im Landtag aus. So hat er mehrmals erklärt, er sei im richtigen Sinne Gegner der Umsatzsteuer; er würde sie in Delsnitz nicht einführen, da sie aber einmal da sei, habe er keinen Anlaß, sie abzuschaffen. Bei Beratung des städtischen Haushaltsplanes 1904 zeigte er sich ganz ohne Maske; da erklärte er, ob die Umsatzsteuer gerecht sei oder nicht, bleibe für ihn Nebensache; die Hauptsache für ihn sei, daß diese Steuer die Kasse, die die heutige Gesellschaftsordnung umstürzen wollen!

Wir könnten dieses Kapitel, schreibt unser Bruderblatt, noch weiterspinnen, doch glauben wir, unsere Leser können aus dem Angeführten schon ersehen, wes Held und Geisteskind dieser Mann ist. Einer, der solche Taten vollbringt, der ist auch fähig zu noch ganz anderen Dingen. Wir kann keiner was, auch die Sozialdemokraten nicht, ich bin ja auf Lebenszeit gewählt. So ein „Lebenslänglicher“ kann auf das Kollegium pfeifen, soweit seine Machtbefugnisse reichen. Delsnitz wird wohl kaum eher von diesem Bürgermeister befreit werden, als man „oben“ auf diese Politgeißel aufmerksam geworden ist und ihm einen größeren Kreis als Betätigungsfeld zum „Heile des Vaterlandes“ anvertraut hat.

„Bescheidene“ Wünsche.

Am 20. August tagte in Schirgiswalde eine Obermeister-versammlung. Diese hat die Gewerbekammer zu Zittau er-sucht, in Verbindung mit den übrigen Gewerbekammern Sachsen bei der sächsischen Staatsregierung und dem Landtage vorstellig zu werden, damit zur Abhilfe des Lehrlingsmangels in Handwerk und des daraus folgenden Gehilfenmangels den Gewerbekammern jährlich eine Million Mark zur Unter-stützung wüßiger und bedürftiger Handwerkerlehrlinge oder deren Eltern zur Verfügung gestellt werden. Der Vorsitzende der Gewer-bekammer bemerkte dazu, die Summe würde wohl nicht sehr bald bewilligt werden, stellte sich indes dem Wunsche der Ober-meister nicht ablehnend gegenüber. Herr Hugo Kneßke-Ebbau hob hervor, daß für Realschulen in Sachsen Staats-zuschüsse verlangt werden, und fragte, warum die Handwerker nicht auch mit einer Forderung kommen sollen, zumal die Mittel für minderbemittelte Leute aufgebracht werden sollen. Die Angelegenheit wurde dem Handwerksausschuß zur Beratung übergeben.

Unser Zittauer Parteiblatt bemerkt hierzu: Der Vergleich, den Herr Kneßke aufstellte, mag in mancher Hinsicht nicht unangebracht sein; er wäre sogar noch nach verschiedener Richtung zu erweitern. Ob auf der andern Seite aber die Klagen über den Gehilfenmangel begründet sind, ist mit Grund zu bezweifeln. Das Verlangen nach Lehrlingen dürfte auch bei vielen nicht der Sorge um den Nachwuchs von Arbeitskräften, sondern dem Wunsche entspringen, sich durch die billige Arbeitskraft des Lehrlings auszuhebeln. Das weiß aber auf Verhältnisse hin, die es erklären, warum manche Meister keine Gesellen bekommen. Im übrigen kann aber auch eine jährliche Million bei der kapitalistischen Entwicklung dem Handwerk für die Dauer nicht helfen.

Eine Wegausbesserung als — Sachbeschädigung bestraft!

Der vor dem Grundstück des Handelsmannes Pöhlman in Großschadowitz vorüberführende Bürgersteig befand sich seit langem in einer miserablen Verfassung. Bei Regenwetter bildeten sich große Pfützen, durch die oder über die die Straßen-passanten hinwegschreiten mußten, wenn sie in den Pfützen Baden wollten. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, ließ P., da sich die Gemeinde nicht rührte, den Bürgersteig mit Kies aus-schütten. Dabei ließ sich allerdings nicht vermeiden, daß der Weg etwas erhöht wurde, so daß eine vor der Ladentür befindliche Stufe in Wegfall kam. P. ersieht daraus vom Gemeindevorstand eine Strafverfügung wegen groben Unfugs und Zuwiderhandlung gegen das Straßenregulativ der Gemeinde Großschadowitz. Das Schöffengericht hielt P. nur des groben Unfugs für überführt und befähigte insoweit die Strafverfügung, dagegen erkannte es im übrigen auf Freisprechung. Das lieh die Staatsanwaltschaft nicht ruhig schlafen, sie legte Berufung ein und erzielte denn auch beim Landgericht Dresden die Verurteilung des Angeklagten in vollem Umfange. Die zweite Instanz hatte in der Rechtsaufsichtigung eine Beschädigung der Straße (!) erblickt, weil durch sie das Niveau des Bürgersteiges verändert wurde, so daß das Publikum gezwungen sei, entweder über den erhöhten Bürgersteig hinwegzuschreiten oder ihm durch Abweichen auf den Fahrdamm auszuweichen. Die hiergegen eingelegte Revision des Angeklagten, in der Vertretung des Begriffs Beschädigung im Sinne des Regulativs gerügt wurde, hat das Oberlandesgericht kostenspflichtig verworfen mit dem Bemerkten, es sei zuzugeden, daß der Angeklagte geglaubt haben mag, mit der Ausschüttung des Weges eine Verbesserung desselben herbeizuführen. Das letztere sei aber nur insofern zuver-sehrend, als die Wegstreife vor seinem Grundstück in Frage komme. Gleichzeitig liege aber eine Beschädigung des Weges durch die Niveauveränderung vor, wenigstens könne in einer solchen eine Beschädigung der Straße erblickt werden.

Pirna. Der Ertrag der städtischen Biersteuer geht stetig zurück. Während im Jahre 1905, dem Jahre der Einführung, die Stadtkasse über 17000 und im nächstfolgenden Jahre noch über 10000 Mk. in Empfang nehmen konnte, trat dann fortgesetzt eine wesentliche Verminderung ein. Im neuen Haushaltsplan ist die Steuer nur mit 13000 Mk. eingestellt. Es ist dies ein Gradmesser der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. In Pirna kommt aber auch die fortgesetzte Erhöhung der Bierpreise durch die Biersteuer.

Hainichen. In der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins gelangte ein Artikel der Dresdner Volkszeitung über Gemeindefiskalverwaltung zur Berlesung, woran sich eine Diskussion mit Erörterung des Für und Wider anschloß. Es wurde anerkannt, daß die in dem Artikel enthaltenen Argumente und Vorschläge sehr angebracht seien; jedoch müßte man auch berücksichtigen, daß die bürgerlichen Gemeindevorsteher, die noch die Mehrheit in den Gemeinde-

parlamenten bilden, für eine herabsetzende Wirtschaftspolitik wohl nicht zu haben sind. Denn dadurch würde die Steuerfahre in der Gegenwart stark angezogen werden, was nebenbei bemerkt auch wieder auf die arbeitende Bevölkerung zurückgreife, denn die Praxis in Reich, Staat und Gemeinde beweise deutlich, auf wessen Schultern man die Steuern immer abwäge. — Also auch im Verbreitungsgebiete der Dresdner Volkszeitung löst die Auffassung dieses Parteiblattes auf Bedenken.

Zwickau. Durch Beschluß des Gemeinderats zu Ober-höhdorf soll die Gemeindefrankenversicherung mit der Ortskrankenkasse für Schedewitz und Umgebung vereinigt werden. Die bei der Gemeindefrankenversicherung Oberhöhdorf jetzt gegen Krankheit versicherten Personen sollen Einsprüche gegen die Vereinigung unter Angabe der Gründe beim Gemeindevorstande anbringen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Von einem weiteren Todesfälle ist die Familie Schuster in Zwickau heimgekehrt worden. Jetzt ist auch das Familienoberhaupt einer Lungen-entzündung erlegen und somit dreien seiner binnen wenigen Tagen verstorbenen Kinder nachgefolgt. Zwei Kinder befinden sich noch im Krankenhaus. Die Wutergiftung, die sich Frau Schuster am Arme zugezogen hatte, hat einen normalen Verlauf genommen. — Zwischen den Bahnhöfen Rottwitz und Klausau an der Linie Altenburg—Langenlens-Oberrhein wurde der etwa 12jährige Knabe Pröhl aus dem Orte Rottwitz aufgefunden. Er ist anscheinend von einem Personenzuge überfahren worden. — In Klein-Bittenberge ist der Führer des Dampfers Weser, Kapitän Seidel aus Postelwitz bei Schandau, der an Land gewesen und wieder an Bord seines Dampfers gehen wollte, von der Raimauer abgefahren, zunächst auf einen Kahn und von diesem ins Wasser gefallen. Ein Schößelbruch hatte seinen Tod herbeigeführt. — In Freiberg wurde ein 27 Jahre alter Geschäftsvorsteher aus Bonn festgenommen, in dem man einen lange gesuchten Brillantenieb-ermutet. — Der Zwickauer Polizeibericht meldet von einem jugendlichen Mörder. Ein etwa 15—16 Jahre alter Schüler, der bunte Mätze mit weißen Streifen und Brillen oder Klemmer getragen haben soll, hat sich an ein kleines 5jähriges Mädchen herangemacht und soll in einem Haussturz an ihm Unflichkeiten vorgenommen haben. — In einem Personenzuge, welcher nachs von Plauen nach Eger fährt, wurde im Frauenabteile eine Frauensperson, die sich mittels Revolver erschossen hatte, tot aufgefunden. In der Toten wurde eine in Würzen geborene Hedwige Helene Müller ermittelt, die zuletzt in Adorf in Stellung war. — Am Schmalwasser des Steinlohnwäldchens Helene-Jda-Schacht in Delsnitz i. Erggeb. lagen zwei Vergleite einen Mädchenkopf aus dem schmuggierten Wasser zagen. Die Leiche der 20jährigen Gertrud Mittloff aus dem nur etwas über einen Meter tiefen Wasser. Schwerkraft wegen Krankheit soll das Mädchen in den Tod getrieben haben.

Aus den Nachbargebieten.

Ein Geistlicher gegen das Pfaffen-tum.

Der meiningische Oberhofprediger D. Graue ist kürzlich von seinem Amte zurückgetreten. In Meiningen ist unläugbar die geistliche Schulaufsicht auch für den Religionsunterricht be-stellt worden. Davon knipste Graue seine Abschiedspredigt an: „Meinerseits bekenne ich mich besonders freudig zu dem weittragenden Grundsatz des Gesetzes, durch den die Schule von der Kirche, richtiger der Lehrerschaft von der Beaufsichtigung durch den Pfarrverband frei wird. Mancher gute Christ mag träumen nicht nur von einer Christianisierung der Welt im Sinne eines inneren Sieges christlicher Gesinnung über die Herzen, sondern von einer Verkristlichung der Welt im Sinne einer äußeren Herrschaft der Kirche als Institution über Staat und Kulturleben. Indessen entspricht dem Wesen der Reforma-tion keineswegs die Verkristlichung, sondern die Selbständig-keits- und Mündigkeitserklärung der einzelnen Lebensgebiete der Welt. Wir kennen aus dem Evangelium eine Liebe, die nicht dauernd bevormundet, sondern die, wenn die Zeit erfüllt ist, ihre Pflinglinge frei läßt, eine freilassende Liebe, die, wie die Erziehung lehrt, auch der Gotteslehre entspricht. So war für unser Land die Zeit gekommen, der Schule ihre Selbständig-keit zu geben, und jeder Christ, zumal jeder protestantische Christ, sollte dankbar sein, daß unser Staat den Reli-gionsunterricht nicht gleichgültig den Kirchen überlassen, sondern ihn selbständig übernommen und sich dadurch ausdrücklich zu einer religiösen Grundlage seines eigenen Bestandes bekannt hat. Mögen nun jetzt beide Teile, Staats-schule und Kirche, Lehrer und Pfarrer, freundschaftlich in die neue Lage sich finden! Ich wünsche von ganzem Herzen und von ganzem Gemüte, daß der Taufendlich einmal alle s Pfaffen-tum in allen Kirchen und in den Schulen holen sollte; den dummen Unfehlbarkeitsdünkel also und die damit verbundene Herrschaft und Scheuchheit! Wir Meiningener könnten dann auch dadurch berührt werden, wenn es vielleicht bei uns so etwas wie Dünkel und Herrschaft schon lange nicht mehr gäbe, wenn jeder unter uns schon lange dar-auf bedacht gewesen wäre (siehe die übrigen daran dachten), ganz schlicht mit Jesu zu sprechen: Ich bin nicht gekommen, daß ich mir dienen lasse, sondern daß ich diene, diene, diene!“

Dieser Geistliche ist gewiß kein Antichrist, steht aber durch seine freizüglichen Auffassungen sichtbar ab von dem Zelotismus der Pfaffen-zunft!

Halberstadt. Eine Angelegenheit, bei der die Rechtsoffizier-leit der Landarbeiter deutlich zum Ausdruck kam, beschäftigte das hiesige Schöffengericht. Der Arbeiter F. war im Sommer vorigen Jahres mit seiner Familie von Wegeleben nach Grünungen gezogen. Da zu besichtigen war, daß die Gemeinde für das schon recht bejahrte Ehepaar bald Armen-unterstützungen bezahlen müßte, dieses aber in Wegeleben unterstüßungsberberechtigt war, wurde von den Bürgermeistern der beiden Gemeinden beschlossen, die alten Leute nach Wegeleben zurückzuführen. Im September ersahen denn auch der Gemeindevorsteher von Wegeleben, um sie samt ihren Habseeligkeiten zu holen. Mit der Ueberführung war jedoch die Frau des Arbeiters nicht einverstanden. Während sich ihr Mann, der wohl das Ruhlose des Widerstandes eingesehen haben mag und vielleicht auch bei der Exekution nicht zugegen sein wollte, entsetzt hatte, sträubte sich die Frau, der Aufforderung zu folgen. Nachdem die verschlossene Haustür mit Gewalt geöffnet war, wurden die Sachen auf den Wagen gepackt, auf dem dann auch sie selbst mit Erbitterung über die Veranlasser der gewaltsamen Ueberführung Plag nahm. In dem Gefühl, daß ihr unrecht geschehen, hat sie dann auch durch verschiedene Aeußerungen die beiden Bürgermeister beleidigt. Der Fortführung seiner Mutter wollte sich auch deren hinzugekommener Sohn widersetzen. Er ließ es jedoch nur bei der Drohung: „Wenn Ihr meine Kranke, alte Mutter mit Gewalt fortshleppt, dann könnt Ihr was erleben.“ Die alte Frau wurde vom Schöffengericht wegen Be-amtenbeleidigung in zwei Fällen zu 10 bzw. 15 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Rechtsanwalt hatte gar als Sühne zwei Wochen Gefängnis für angebracht gehalten.

Aus der Partei.

Aus dem Korrespondenten für Deutschlands Buchbrüder. Das Reichsanzerorgan bringt in seiner letzten Nummer folgende Briefkastennotiz:
Feiger Anonymus in Dresden. Auf solche Schweine wie Sie kann die Sozialdemokratie stolz sein.
Man kann sich denken, mit welchem Jubel die bürgerliche Presse diese edle Reichsverbandnotiz wiederbrachte.

SLUB
Wir führen Wissen.

http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100110/6

gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Gegen den Genossen Nottebohm in Dortmund, der vor einiger Zeit wegen Stillschaltungsbeschwerden verhaftet, am 10. Dezember 1909 aber wieder in Freiheit gesetzt wurde, ist nunmehr das Hauptverfahren wegen fälschlicher Beledigung eröffnet worden. Es handelt sich also um eine Straftat, die nicht vom Schwurgericht, sondern von der Strafkammer zur Aburteilung gelangt. Nottebohm hat gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens Beschwerde beim Oberlandesgericht in Hamm erhoben, weil in der Voruntersuchung einige Zeugen, die er benannt hatte, nicht vernommen worden sind.

a. k. Die Vereinigung der sozialistischen Anwälte, die auf eine vom Genossen Frank auf dem internationalen Kongress in Stuttgart gegebene Anregung hin gebildet worden ist, zählt jetzt 30 Mitglieder in Paris, zu denen die in der Provinz lebenden hinzukommen. Jules Henry kennzeichnet in der Summe ihre Aufgaben wie folgt: Beseitigung aller im Anwaltsberuf noch vorhandenen Beschränkungen der Meinungsfreiheit, wie z. B. der Beschränkung sündlicher Funktionen der Anwaltskammer, die Wiederzulassung des Verfalls, ferner bessere und modernere Gestaltung der Berufsverhältnisse, damit den Anwälten ein anständiges Berufs Einkommen ohne die Zulassung zu gerichtlichen Geschäften gesichert werde; schließlich das Studium der immer umfangreicher und verwickelter werdenden sozialen Gesetzgebung.

„Genosse“ Blatford und die englischen Genossen. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Englands hat in ihrer letzten Sitzung in energischer Weise gegen die bekannten Artikel Blatfords Stellung genommen und ihre Ansicht in folgender Resolution zusammengefasst:

Das Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Partei lehnt jede Gemeinschaft mit den Artikeln des Herrn Robert Blatford ab, die dieser über England und Deutschland in den Daily Mail veröffentlicht hat, insbesondere mit Rücksicht auf den darin zum Ausdruck gebrachten imperialistischen Standpunkt und die Zeit ihrer Veröffentlichung. Es spricht ferner sein Bedauern aus, dass ein Sozialist derartige Artikel in einem der hervorragenden Organe der kapitalistischen Presse von England veröffentlichte konnte. Das Komitee erweist die Befriedigung, um aufs neue den deutschen Genossen und durch sie dem deutschen Volke die Gefühle der Kameradschaft und Freundschaft zu übermitteln, sowie den Wunsch, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die britische und deutsche Regierung zu zwingen, eine Politik der gegenseitigen Verständigung und der Herstellung guten und freundschaftlichen Einverständnisses einzuschlagen.

Die Nr. 2 des Postillon ist soeben erschienen.

Eingelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein egyptischer Galgen — Das Kolonialpolitik. Von M. Rahmsdorf. — Aus einem süddeutschen „Rusternstaal“. Von Julius Bruns. — Unterseeboote in der deutschen Marine. Von Karl Madel. — Lebensverhältnisse der unteren Schichten in China. Von Chagrin (Stuttgart). — Literarische Rundschau: Professor Dr. August Fournier, Wie wir zu Kosen kamen. Von Karl Madel. Alexander Bergengrün, August Freiherr von der Heydt. Von Hermann Wendel. — Notizen: Jugendausflüge oder Jugendorganisationen? Von Franz Krüger, Königsberg i. Pr. — Zeitschriftenchau.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 2,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg.

Probenummern stehen jedermann zur Verfügung.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1883—1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder. Komplet in circa 18 Lieferungen à 30 Pfg. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Wirt u. Co. m. b. H., München. — Jeder in der Arbeiterbewegung Tätige wird schon oft ein Nachschlagewerk vermisst haben, wenn er feststellen will, wie sich die Sozialdemokratie zu einer sozialen oder politischen Frage offiziell verhalten hat. Bisher musste man, um darauf die Antwort zu finden, unter Mühseligkeit des Gedächtnisses die immer stärker werdende Zahl der Protokolle zur Hand nehmen, wodurch großer Zeitaufwand entstand. Wenn das Werk vollendet vorliegt, ist das nicht mehr nötig. Alles was in 46 Jahren auf den Parteitag verhandelt und beschlossen wurde, findet man alphabetisch geordnet vor. So enthält Lieferung 1 z. B. den Achtstundentag, Agrarfrage, Grund- und Bodenfrage, Auktionsladungsschluss, Akademiker, Affordarbeit, Affordauerer, Alkoholfrage und Anarchisten. Die Lieferungen erscheinen vierteljährig.

Sozialistische Bewegungen und Systeme bis zum Jahre 1848. Von Elisabeth Luzzatto. 400 Seiten. Preis gebunden 4 Mark. Der in Aussicht genommene zweite Band der Arbeit, der den Gesamtteil führt: Geschichte und Wesen des Sozialismus, soll sich mit dem eigentlichen Sozialismus, der dritte Band mit einer kurzen Skizze der zeitlichen Entwicklung beschäftigen.

Klemmymobil von Otto Nüsse. Heft 21 der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek. Preis 50 Pfg., Volksausgabe 20 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Soziale Rundschau.

Ämtliche Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der Anwaltsangehörigen

wird nunmehr die Regierung veranstalten. Schon vor 10 Jahren hat der Reichstag eine Resolution angenommen, in der die Regierung ersucht wurde, hinsichtlich bald einen Gesetzentwurf zum

Schutze der Bureauangestellten vorzulegen. Sodann hat am 4. November 1908 der Reichstag — einem Kommissionsantrag entsprechend — dem Reichskanzler eine Reihe Petitionen, betr. die Regelung der Rechtsverhältnisse und der Lohnverhältnisse, zur Berücksichtigung überwiesen. Ende November wandte sich nun der Staatssekretär Lido an den Anwaltsverein in Leipzig mit einem Schreiben, in dem er den Verein ersucht, ihm einige Rechtsanwältin namhaft zu machen, mit denen er als Vertreter des Anwaltsstandes sich in mündlicher Verhandlung über Inhalt und Umfang der Erhebungen besprechen könnte, um beurteilen zu können, ob gesetzliche Maßnahmen in der Tat angezeigt seien. Daraufhin hat der Vorstand des Verbandes der Bureauangestellten und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsvereinigungen an den Staatssekretär das schriftliche Ersuchen gestellt, auch Vertreter der Angehörigen der Rechtsanwältin zu hören, denn würden die Rechtsanwältin in dieser Sache allein gehört, so wären sie tatsächlich Richter in eigener Sache. In solcher selbstverständlichen Ansicht kann sich die deutsche Regierung bei ämtlichen Erhebungen über Arbeitsverhältnisse ausnehmend von vornherein nicht ausschlagen. Erst auf das Schreiben der Bureauangestellten erteilte der Staatssekretär den Bescheid, dass auch die Bureauangestellten einen Vertreter stellen können. In einer Besprechung dieser Angelegenheit weist das Organ der Bureauangestellten mit Recht darauf hin, dass gerade vom Reichsjustizamt erwartet werden müsste, dass die Grundsätze der deutschen Rechtspflege auch hier anwendet und mit den Parteien kontraktuell verhandelt.

Die Trübsal in Nordamerika. Die große Anklagejury der Vereinigten Staaten fällt die Anklagebeschlüsse gegen 140 Papierfabrikanten, die zur Vereinigung der Papiererzeuger gehören, wegen Bildung eines den Handel hindernden Trusts.

Die Lage der nordamerikanischen Textilindustrie. Aus Charlotte in Nordkarolina (Vereinigte Staaten) wird gemeldet: Auf einer Konferenz von zweihundert Baumwollspinnern, die 1 1/2 Millionen Spindeln vertreten, wurde beschlossen, den Vertrieb bis zur Wiederkehr günstigerer Zeiten einzuschränken, wenn nicht eine Herabsetzung der Preise für Rohmaterial sofort zu erreichen sei.

Massenmord und Schutzlosigkeit deutscher Arbeiter in Brasilien.

Wir lesen im Vorwärts:

Im Juli 1909 warnte die Zentralauskunftsstelle in Berlin für Auswanderer Arbeitslose, sich nicht von Agenten, die in Hamburger Blättern Arbeiter zum Eisenbahnbau in Brasilien suchten, anwerben zu lassen, welche Warnung auch von uns und der gesamten Arbeiterpresse veröffentlicht wurde. Leider ist diese Warnung nicht genügend beachtet worden. Mehrere hundert Arbeiter deutscher Nationalität sind beim Bau der Marmor-Eisenbahn im Amazonasgebiet in Zentral-Brasilien der Malaria zum Opfer gefallen, von dem verbleibenden Rest ist ein großer Teil dauerndem Siechtum verfallen.

Als die Leute in Hamburg angeworben wurden, versprach ihnen der Eisenbahningenieur Jürgens den „hohen“ Tagelohn von 15 Mk.; in Brasilien angelangt, erklärte der Direktor diesen Vertrag für ungültig, weil Jürgens seinerseits den Kontrakt mit der Firma gelöst habe, und bot den Arbeitern einen Tagelohn von 10 Mk. Zieht man hiervon die mindestens 5 Mk. betragenden Verpflegungskosten ab, so ist der Lohn in Anbetracht des mörderischen Klimas ein äußerst bescheidener. In Brasilien mussten die Angeworbenen noch eine Zwölfstagereweise auf dem Madeiraflusse zurücklegen, und zwar der eine Teil auf einem kleinen Dampfer, der kaum 100 Personen Platz bot. Auf Beschränkung meinte der deutsche Konsul in Manaus, auf dem Dampfer seien schon 250 Personen zu ihrer Zufriedenheit befördert worden. Während der Inspektion der Auswandererbeförde in Hamburg die Leute eindringlich vor dem Sumpfklima in Brasilien warnte, hielt der deutsche Vertreter, obwohl ihm doch am allerwenigsten das Schicksal der als „Kulturbringer“ verwendeten anderen deutschen Arbeiter unbekannt geblieben sein dürfte, eine solche Warnung für überflüssig. Auf die Frage seiner deutschen Landsleute, ob ein Arzt auf den Flussdampfern sei, antwortete der Konsul: „Nein, aber die Kapitäne dieser Gesellschaft haben ein medizinisches Examen abgelegt, auch ist Medizin in ausreichendem Maße vorhanden.“ Aber auf dieser Reise sah man die Medizinkästen vergeblich zu haben. Denn als kurz danach Leute erkrankten, war keine Medizin vorhanden. Die „ärztliche Untersuchung“ der 300 Mann währte kaum eine halbe Stunde.

Am Zielpunkt angelangt, bot sich den Leuten ein erschütternder Anblick: im Hospital lagen etwa 50 zum Sterben abgemagerte Deutsche. Sie waren zum Teil nicht mehr der Sprache mächtig, so hatte die Malaria ihnen mitgespielt. In vier Wochen waren, so erzählten die Kranken, mindestens 100 Deutsche gestorben. Durch Besprechungen aller Art ließen sich von den 300 Arbeitern etwa 50—60 bewegen, auf den einzelnen „Kamps“ in Arbeit zu treten. Die übrigen verlangten zurückbefördert zu werden. Die Leiden der in Arbeit getretenen Leute

waren furchtbarer Art; ein Teil starb, viele kamen ins Hospital. Da man die Opponenten nicht so leichten Kaufes zielehen lassen wollte, erschien plötzlich der famose Ingenieur Jürgens, der inzwischen einen neuen Kontrakt mit der Firma eingegangen zu sein schien, mit einer großen Anzahl Polizeisoldaten im Lager der Deutschen und ließ diese, als der größte Teil schlief, entwaffnen. Der Direktor machte nun Besprechungen, er wollte einen höheren Lohn zahlen, weigerte sich aber, etwas Schriftliches zu geben. Als die Verhandlungen scheiterten, erklärte der Direktor wütend, er wolle sie am andern Morgen in den Urwald jagen, sie also dem Hungertode preisgeben. Der Direktor gebot über 60 Gewehre, während die Deutschen fast sämtlicher Waffen beraubt waren. Der Not gehorchend, gingen am andern Tage 150 Mann an zu arbeiten, der Rest von etwa 70 Mann wurde in den sumpfigen Urwald getrieben. Diese Leute bauten sich Hütten und führten damit den Strom hinunter. Einige Hütten barsten, und die darauf Befindlichen erkrankten. Ein Floß mit sieben Mann landete im Indianergebiet, alle sieben wurden von den noch in völliger Wildheit lebenden Indianern ermordet. Die übrigen „Flößer“ wurden von menschenfreundlichen Farmern bewirtet und beschenkt und gelangten unter großen Anstrengungen nach Manaus, wo dem Vertreter deutscher Interessen wohl nun aufgedämmert sein mag, dass eine vorherige Warnung am Plage gewesen wäre.

Alle diese Vorgänge sind in einem eingehenden Bericht dem Auswärtigen Amte in Berlin zur Kenntnis gegeben worden.

Die in Arbeit getretenen Leute erkrankten zum größten Teile bald, und die übrigen verlangten nach 14 Tagen zurückbefördert zu werden. Geld erhielten sie nicht für ihre Arbeit; das ging drauf für die „Ausrüstung“. Auf dem Rückweg nach Manaus starben vier und erkrankten 25 Mann schwer. In Manaus starben noch neun Mann. Nach vielen Widerwärtigkeiten wurden schließlich durch Vermittlung des Konsultarverweisers in Rio de Janeiro, Herrn von Hilow, 44 Mann an Bord der Rio Negro eingeschifft, die am 18. November 1909 den Hafen von Manaus verließ. Von diesen Leuten erkrankten noch welche auf dem Amazonasstrom, und auf der Reise starben noch drei Mann. Von den 38 Mann, die im Dezember in Hamburg eintrafen, wurden 15 dem Tropenkrankenhause zugeführt. Wie uns unser Gewährsmann mitteilt, sind von den etwa 600 für Brasilien angeworbenen Deutschen über 300 verstorben und etwa 70 befinden sich im Hospital von Manaus.

Inzwischen ist auch der Dampfer Rethia mit 61 Personen, darunter 44 Schwerkranken, von Brasilien eingetroffen. Die Kranken wurden ins Krankenhaus gebracht, wo vier der tödlichen Tropenkrankheit erliegen sind, weitere befinden sich in Lebensgefahr. 22 Personen sind auf der Reise verstorben.

Die Hamburger Polizeibehörde hat unter Hinweis auf das Gerücht, dass neuerdings 5000 deutsche Arbeiter zum Bau der Madeira-Mamoré-Eisenbahn angeworben werden sollen, eine dringliche Warnung erlassen, die Arbeiter möchten den Agenten nicht ins Garn gehen, da die Kontrakte im Urwald nicht gehalten würden und das Klima ein geradezu mörderisches sei. Die weitere Darstellung der Vorgänge im brasilianischen Urwald deckt sich mit der obigen.

Hoffentlich befolgen die Arbeiter diese Warnung und lassen sich nicht mehr von gewissenlosen Halunken anwerben.

Es dürfte sich empfehlen, diesen Massenmord deutscher Arbeiter im Reichstage beim Titel „Auswärtiges Amt“ zur Sprache zu bringen.

Rüchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

- Speiseanstalt I (Hohannplatz): Milchsuppe mit Butter und Eigelb.
- Speiseanstalt II (Zielpunkt): Pfefferbraten mit Petersilie.
- Speiseanstalt III (Zielpunkt): Schinken mit Schampagner.
- Speiseanstalt IV (Riehlplatz): Sauerbraten mit Schweinefleisch.
- Speiseanstalt V (Münster Str. 55): Weisse Bohnen mit Schweinefleisch.
- Speiseanstalt VI (Königstr. 11): Fleischbraten mit Kartoffeln.

Bur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Ausdrägers, als auch der Name der Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventuellem Beschwerde über unrichtliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition schriftlich mitteilen wollen man den Namen des Ausdrägers mit angeben. Die Expedition.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt tätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.
Westen.
Kleinwohnung, Bahnhofsstr. 2b, 1./4. u. III. Etage zu verm., 360 Mk.
Großzimmer, Suchep. Hof, 1. rd. Schlaffst. od. möbl. Zimm. Nr. 6. abz. u. A. W. Gaff. Stadt Leipzig.

Vorkäufe und Käufe.
Sauerkraut, hochfein im Gefäß, 10 Pfd. 55 Pfg. Kontrabi in Scheiben 2 Pfd. 3 Pfd. 4 Pfd. 5 Pfd. 6 Pfd.
32 45 58 72
Gebr. Kiessel, Leipzig, Eintrich, Gehls. Thonberg, Plagwitz.

Posten neue Herren-Hosen, à 3 Mk., Winter-Palotids für alte die Hälfte einzeln zu verkaufen, nur Reichsstr. 41, I. *
Komiker-Gard., Percid., Coupl. v. b. Huth, Qdhnig, Lubstädt, Et. 11, I. v.
Erstlings-Wäsche!
Hemdchen, von 25 Pfg. an Jüpfchen, gewirkt, 25 Pfg. *
Steckkissen, weiß, 1.25 Mk. auch in bess. Qualitäten zu haben. Elisabeth Holdorn, Dorothenstr. 2.

Hygien. Frauenartikel
sowie Brosch. Kinderlegen u. kein Ende 30 Pfg., bei Warenkauf umsonst. Auf Bestellung komme ins Haus. K.G. Otto, Schl., Seemannstr. 88, pt.

Koelle neue Betten
Gebett 12.50, 14, 18, 25, 33 Mk., b. Selmar Kraft, Lindenau, Markt Gebr. Rührsch. u. Kanon.-Df. bill. a. kauf. gef. Offert. in Preisang. an A. Zimmermann, Göpstr. 8, III. S.

Küchen-Handtücher
grau, gestreift, à Stück 30 Pfg. Elisabeth Holdorn, Dorothenstr. 2.
Sprechm. m. Pl. 15 A, neue 25 cm Doppelpl., à 90 Pfg. Körnerstr. 1, I. *

Fensterglas aller Art
Glashandlung, Eisenbahnstr. 143. *
Hand- u. Geschl. wsg. bill. A., Wörthstr. 17. *

Gr. Auswahl prägn. Kanariens., hochf. Sommerkränzen, sowie alle Sort. va. Vogelstreu, Amstelener, Wiesbühner, prakt. Käfige v. 20 Pfg. an empf. Max Kraft, Querstr. 17.

Unterricht.
Privat-Tanzunterricht jeder Zeit
H. Papst, Dufourstr. 22 *
Spez. f. ältere Damen u. Herren.

Arbeitsmarkt.
Stellen-Angebote
Offene Stellen finden erfolgreiche Aufnahme in der Leipziger Volkszeitung.

Zünftige Metallschleifer
finden Beschäftigung bei
Wünsch u. Pretzsch
Kinderwagenfabrik Zeit.
Lehrling. Suche f. meine Wagenlackierer od. Östern ein.
Lehrling. Wagenlackier-Anstalt
A. Förster, Leipzig-L., Wagner Str. 60, 62.

Hoher Verdienst!
Tätig. Agenten, Hausierer, Verf. sed. Stand. ist Gelegen. geboten, sich dauernd. Stellung durch Verkauf eines großen Waffens. Art. zu schaffen. Verdienst 100 Pfg. wöchentlich, nebst Wulter in Carton franko gegen Einsend. v. 40 Pfg. Briefm. Leht. Abz. jed. Haushalt Abnehm. W. E. Roschko, Nürnberg, Schanzenstr. 18. *

Vermischte Anzeigen.
Aquarium-Verein
(prakt. Zielfische usw.) *
Können sich Interessenten anschließen. Off. u. V. 36 a. d. Exped. d. Blatt. Tauchaer Str. 2.
Sehenswerte Masken-Ausstellung.
Berliner Str. 6, Land.

Ihre Anzüge
wie „neu“ gereinigt u. gebügelt, Anzug 2.50 Mk. Abholung u. Zustellung frei. Postkarte genügt an Wäscherei, „Undine“ Döllitz-Leipzig.
Kammerjäger, Wagnerwohnt
Leipzig, Antonstr. 14.
Sinfonie sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition der Leipziger Volkszeitung zu richten.
Abhandeln gekomm. junger gelbl. weif. Affenpflanzler, a. Nam. Pump für. Sachb. Witt. g. Def. St. d. f. d. Post-St. 40, I. Bor. Hof. w. gewarnt.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hocherkrent an 1893 Leipzig, 10. Jan. 1910
Richard Müller u. Frau
Einortstrasse 2.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Januar.

Geschichtskalender. 10. Januar 1778: Der Naturforscher Karl v. Linné in Uppsala gestorben (* 1707). 1794: Der Naturforscher Georg Forster in Paris gestorben (* 1754). 1890: Der Komponist Albert Becker in Berlin gestorben (* 1834). 1908: Willow lehnt im preussischen Landtag im Auftrage der Regierung die Einföhrung des allgemeinen Wahlrechts ab. Vor dem Landtagsgebäude finden Demonstrationen statt.

Sonnenaufgang: 8,10. Sonnenuntergang: 4,5. Mondaufgang: 7,44 vorm., Monduntergang: 2,39 nachm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 11. Januar: Lebhaftes Südwind, wolkig, still, kein erheblicher Niederschlag.

Ist der Lehrer für Unfälle beim Spiel verantwortlich?

Unter Aufsicht des städtischen Gymnasialoberlehrers Krull in Neumünster hatten Schüler auf ihren Wunsch während der Turn-Spielstunde eine Schneeballschlacht ausgefochten. Dabei wurde der Sohn des Fischhändlers Bahning in Neumünster durch einen Schneeball am Auge erheblich verletzt. Daraufhin erließ das Provinzial-Schulkollegium der Provinz Schleswig-Holstein ein Verbot des Schneeballs an den Lehranstalten. Nachdem jedoch der Fischhändler für den minderjährigen Sohn gegen den Oberlehrer Krull, den Gymnasialdirektor Schmidt und gegen die Stadtgemeinde Neumünster Schadenersatzklage erhoben hatte, erhob das Provinzial-Schulkollegium zugunsten der beiden Schulmänner den Konflikt und verlangte Einstellung des Verfahrens. Begründend wurde ausgeführt, daß bis zu dem Unfall das Schneeballwerfen auf den Schulhöfen in Schleswig-Holstein amtlich nicht verboten gewesen sei. Das Verbot sei erst unter dem Eindruck des Unfalls ergangen. An sich sei ja das Schneeball auch harmlos. Also eine Vorschrift habe der Lehrer Krull damals, als er das Schneeball zuhieß, nicht übertreten. Es frage sich darum nur, ob der Lehrer und der Direktor sich einer Außerachtlassung der amtlichen Aufsichtspflicht schuldig gemacht hätten. Das sei hier zu verneinen.

Das Oberverwaltungsgericht hörte das Meteorologische Institut in Berlin über die Witterungsverhältnisse, die am fraglichen Tage in Neumünster herrschten, und hat nunmehr den Konflikt für begründet erklärt und entscheidet, daß das Verfahren auf Schadenersatz endgültig einzustellen sei. Die Begründung des Urteils geht dahin: Die Frage sei, ob den Lehrern eine Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse oder die Unterlassung einer Amtshandlung zur Last falle. Der Konflikt würde dann für unbegründet erklärt werden müssen, wenn das Schneeball der Schüler schon damals durch eine Verfügung der vorgelegten Behörde oder infolge Konferenzbeschlusses verboten gewesen wäre. Keines von beiden sei der Fall gewesen. Das spätere Verbot müsse ausbleiben. Es frage sich dann, ob Lehrer und Direktor sonst etwas außer acht gelassen hätten, was ihnen als Pflicht oblag. Selbst wenn der Direktor, wie behauptet werde, das Spielen angeordnet hat, so wäre ihm daraus allein unter den obwaltenden Umständen kein Vorwurf zu machen. Selbstverständlich müsse das Spiel überwacht und dafür Sorge getragen werden, daß das Spiel sich nicht so gestalte, daß nach menschlichem Ermessen von vornherein mit einer Gefahr gerechnet werden müsse. In dieser Beziehung könne gegen den aufsichtführenden Lehrer ebenfalls nichts vorgebracht werden. Erstens sei die Zahl der Schüler keine große gewesen, so daß sie der Lehrer sehr gut überwachen konnte, was er auch getan habe. Nun könnte in Frage kommen, ob es geboten gewesen wäre, wegen der Temperaturverhältnisse und der dadurch bedingten Härte des Schnees das Schneeball nicht zu gestatten. Nach der Auskunft des Meteorologischen Instituts seien aber zu der Zeit die Temperaturverhältnisse derartige gewesen, daß die Schneebälle keine besondere Härte gehabt haben können. Es bleibe nur übrig die Annahme eines unglücklichen Zufalls, der auch bei andern Spielen möglich sei.

Pfeffersäde und Medinger.

Uns wird geschrieben: Im Wesen sind sie sich beide gleich. Die Pfeffersäde, die Großkaufmannschaft Leipzigs, empfiehlt Bille auf Nahrungsmittel, aber will sie selber nicht gleich bezahlen, sondern verweist den Nachzoll, um möglichst vor Inzustraten des Zolles recht viel zu importieren. Die Herren der Landwirtschaft dagegen monopolisieren die Getreidezölle, um den Landwirten hohe Erträge für ihre Produkte zu sichern, damit die Zinsen der Schulden an den Landwirtschaftlichen Kreditverein bezahlt werden können.

Um nun einmal den Fehler in der Steuergesetzgebung auszugleichen, ermannte sich die Mehrheit des Reichstags in der Mittlücke vorigen Jahres und erfindet die sogenannte Salonsteuer. Eine Steuer, die etwas den Besitz treffen sollte. Es wurde beschlossen, vom 1. August 1909 ab die Bezugsscheine auf Zins und Dividenden, die den Schuldlosen und den Aktien der Erwerbsgesellschaften beigegeben sind, mit einer Stempelsteuer von 5 pro Mille zu belegen.

Das Gesetz war der Alarm, der alle Aktiengesellschaften in Bewegung setzte, noch vor dem 1. August 1909 sich mit neuen Bezugsscheinen zu versehen, um so den Staat und damit den Reichsschatz um die Stempelsteuer zu bringen. In dem Inseratenteil der kapitalistischen Presse wimmelte es von Inseraten, die die Schuldlosen und Aktienhaber aufforderten, die Bezugsscheine an in den Inseraten angegebene Banken und Bankiers einzuliefern, um neue Zins- und Dividendscheinebogen auf weitere 10 Jahre entgegenzunehmen. Die Presse der Regierungorgane stellte, da ihr das Schnippchenslagen durch die Erwerbsgesellschaften zu dumm war, eine Novelle zu dem Stempelsteuergesetz in Aussicht.

Die Medinger, helle, wie immer, benutzten das von der Großbourgeoisie beabsichtigte uneheliche Handeln gegenüber der Steuergesetzgebung zu einem Bluff. Der Landwirtschaftliche Kreditverein, lies die Medinger, erklärte vor Ende des Monats Juli in der großkapitalistischen Presse, daß er die Salonsteuer zu Lasten des Aufwandes des obengenannten Kreditvereins nehme. Für das Institut bedeutet die Steuer bei einem Schuldsummenlauf von 301 Millionen eine Ausgabe von 505000 M., die freilich auf Jahre verteilt wird, da die Erneuerung der Zinscheinebogen nicht in einem Jahre nötig ist, sondern in verschiedenen Jahren erfolgt. Hierbei ist aber Voraussetzung, daß der Tarif des Stempelsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 unter § 8 Abs. o zur Anwendung kommt, der eine Steuer von 5 pro Mille vorsieht.

Wenn nun, wie mitgeteilt wurde, dem Reichstage eine Novelle zum Salonsteuergesetz nicht zugeht, da die Gesellschaften die sich vom Bezahlen drücken wollten, bezahlt haben, ist wohl die Frage berechtigt: Hat der Steuerfiskus auch Strafen dazu eingetrichtert?

Am Guckloch.

An sehr vielen Wohnungstüren befindet sich ein sogenanntes Guckloch, durch das man auf das Klingelzeichen hin sich zuerst über die Eintast beschreibe Person vergewissern kann. Gewöhnlich hängt von innen eine bewegliche Scheibe aus Pappe oder sonstigem Stoff vor dem Guckloch, die dem Außenstehenden den Einblick in die Wohnung verwehrt. Die Papierindustrie hat sich nun auch dieser Sache angenommen und ist auf eine ebenso originelle wie nützliche Idee verfallen. In den Schreib- und Papierwarengeschäften sind jetzt Augen aus Pappe erhältlich, die in Größe und Aussehen dem menschlichen Sehorgan täuschend gleichen. Statt der üblichen Scheiben wird nun ein solches Auge von innen an der Tür befestigt. Als Schutzartikel gar nicht so übel, für die Spionagen unter Umständen ein Schreckmittel. Immerhin kann so'n „Pappauge“ auch mal Unheil anstiften und die besten Freundschaften auf Jahre hinaus oder auch für immer zerstören. Wenn zum Beispiel Frau Lehmann zu Frau Schulze kommt, um dieser eine hochwichtige „Neuigkeit“ brüßwarm mitzuteilen und nach längerem vergeblichen Klingeln mit einem Male das höflich grünelnde Auge im Guckloch entdeckt, dann wird Frau Lehmann fußstetenswild die Treppe hinabstürzen und ins Eis mit dem Freundschaftsbund. Also Vorsicht mit dem „Pappauge“.

Sitzung der Stadtverordneten.

Am Mittwoch haben die Stadtverordneten eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Es sind zunächst die Wahlen von Mitgliedern des Kollegiums und der Bürgerchaft zu den gemischten Ausschüssen vorzunehmen, dann folgen Berichte über Entschädigungen und Verkäufe von Baustellen, Straßenbefestigungen, Regelung der Friedhofsverhältnisse in Proschehda, Herstellung von Schloten usw. Ferner werden die Stadtverordneten Beschluß fassen über die Stelle des leitenden Arztes im Krankenhaus St. Georg, über die Einführung der Wasserleitung in die Vororte Döllitz und Döfen und über die Einführung eines Wasserrechnungspresses. Die jetzige Stafflung macht bei der Rechnungsführung vielerlei Umstände. Jetzt beträgt der Preis bei einem Verbrauch bis zu 1000 Kubikmeter 19 Pfg., von 1001 bis 2000 Kubikmeter 18 Pfg., 2001 bis 5000 Kubikmeter 17 Pfg., 5001 bis 20000 Kubikmeter 16 Pfg., 20001 bis 100000 Kubikmeter 15 Pfg. und bei einem Verbrauch von über 100000 Kubikmeter 14 Pfg. pro Kubikmeter. Das heißt: die ersten tausend Kubikmeter werden mit 19 Pfg. bezahlt, die folgenden mit 18 Pfg. usw. Ein Gewinn der Stadt ist bei der neuen Maßregel nicht beabsichtigt. Die Stadt hatte bisher eine Durchschnittseinnahme von 18 Pfg. pro Kubikmeter.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit.

Ein Arbeitsloser schreibt uns: Ich habe mit von dem paritätischen Arbeitsnachweis eine Arbeitslosenkarte ausstellen lassen. Aber wie steht es dort aus? Täglich 5-600 Arbeitslose fragen dort nach, und gemeldet werden höchstens zwei bis drei Ausschusstellen auf einige Tage oder gar nur Stunden, z. B. zum Teppichflopfen oder dergl. Bedauerlicherweise sind von sämtlichen dort Arbeitsuchenden nicht einmal 60 Prozent organisiert. Es heißt immer, daß der Rat der Stadt Notstandsarbeiten ausführen lassen will. Nun wurden am Mittwoch und Freitag einige Mann verlangt. Aber da hieß es gleich, nur diejenigen dürfen ihre Karten abgeben, deren Nummern noch auf 82000 lauten, da nur eine beschränkte Anzahl gebraucht werden. Die jetzt ausgegebenen Karten haben aber schon Nummern über 84000. Da kann man noch drei Monate und länger warten, ehe man Arbeit zugewiesen bekommt. Zu Notstandsarbeiten ist ja bereits eine Summe bewilligt, die, falls sie nicht ausreicht, noch erhöht werden muß, zumal bei patriotischen Gelegenheiten oder Jubiläumstlichkeiten Summen in Höhe von 50000 M. und mehr ohne weiteres von den bürgerlichen Parteien aus dem allgemeinen Steuerfiskus der Stadt bewilligt werden. Vielleicht tragen diese Zellen dazu bei, daß der Rat durch geeignete Maßnahmen dazu beiträgt, die herrschende Arbeitslosigkeit zu mildern, wenn nicht schon zu beseitigen.

Das Vollstreckungsamt der Stadt Leipzig hatte im Jahre 1909 insgesamt 108 599 Pfändungsanträge zu erledigen; das sind 3311 mehr als im Vorjahre. Von den Anträgen betrafen Staats- und städtische Einkommensteuer, Kirchensteuer usw. 57 818, Grundsteuer 905, Brandlastenbeiträge 1548, Hundesteuer 1142, Wandergewerbesteuer 114, Schulangelegenheiten 6521, Krankenkassenangelegenheiten 11 476, Staatspostensachen usw. 4018, Postensachen 3865, Angelegenheiten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts 293, Beitreibungsgeschäfte auswärtiger Behörden, Berufsvereinigungen und Innungen 14 780. Die Art der Zahlungen war folgende a) vor Abgabe des Antrags an den Vollstreckungsbeamten in 18 727 Fällen, b) an den Vollstreckungsbeamten in 42 008 Fällen, c) nach erfolgloser Pfändung in 12 860 Fällen. Die Pfändung war in 5770 Fällen mit Erfolg, in 22 038 Fällen ohne Erfolg. Reklamationen gegen Pfändungen wurden 156 eingewendet. In 9726 Fällen waren die Schuldner nicht zu ermitteln u. dergl. m. Von den 108 599 Pfändungsanträgen wurden also 74 444 Stück oder 70 Prozent mit Erfolg erledigt. Erlangt wurden im ganzen 1 497 118,20 Mark an Schuldbeiträgen und 73 886,28 Mark an Vollstreckungskosten, das sind zusammen 1 571 004,57 Mark. Darunter befinden sich 101 506 Mark, die durch das nach erfolgloser Pfändung fortgesetzte Verfahren erlangt wurden.

Eisenbahnverwaltung und Ausstellungen.

Die kaiserliche Staatsbahnverwaltung kommt den Ausstellern in weitestem Maße entgegen. Sie gewährt frachtfreie Rückbeförderung auf ihren Eilzügen für die Tiere und Gegenstände, die auf folgenden Ausstellungen ausgestellt werden: Geflügelausstellungen in Schönfeld (Meißen) vom 14. bis 17. Januar, in Freiberg i. S., Meerane, Oberlungwitz und Meichenbach O.-S.; vom 15. bis 17. Januar in Buchholz i. S. am 16. und 17. Januar, in Döbeln vom 20. bis 23. Januar, in Flemminge bei Harta vom 21. bis 23. Januar, in Niederlungwitz am 22. und 23. Januar, in Colbitz, Elsterberg, Jena, Meuselwitz i. S.-A., Mügeln (Bez. Leipzig), Niederwürschitz, Riesa und Röttha vom 22. bis 24. Januar, in Delbitz i. G. und Trenzau am 23. und 24. Januar, in Pirna vom 23. bis 25. Januar, in Dresden-Neustadt und Taucha bei Leipzig vom 28. bis 30. Januar und in Neustadt (Herzogtum Sagan) am 30. und 31. Januar; Geflügel- und Kanarienvogelausstellungen in Schneeberg am 9. und 10. Januar, in Klingenthal i. S., Stättenberg bei Pulsnitz und Meißen vom 22. bis 24. Januar, in Girschberg a. d. S. und Wilsen-St. Niklas am 23. und

31. Januar; Militärbrieftaubenausstellung in Plauen i. S. am 5. und 10. Januar; Kanarienvogelausstellungen in Markranstädt und Schleiz vom 22. bis 24. Januar, in Jagndorf i. G. am 3. und 24. Januar und in Weiha (Bezirk Chemnitz) am 10. Januar; Geflügel-, Singvögel- und Kanarienvogelausstellungen in Großenhain vom 22. bis 25. Januar.

Gehaltsvorbehalt bei Urlaubserteilung. Ueber die Gültigkeit eines Gehaltsvorbehalts hatte das Berliner Kaufmannsgericht zu befinden. Die in dem Rechtsstreit als Klägerin auftretende Buchhalterin D. hatte mit dem Maschinenfabrikanten Max P. einen Vertrag geschlossen, nach welchem letzterer berechtigt sein sollte, das Gehalt für die Zeit des Sommerurlaubs wieder abzurufen, sofern Prl. D. aus eigenem Antriebe im Laufe desselben Jahres aus den Diensten der Firma scheidet. Dieser Fall trat nun ein, indem die Klägerin ihre Stellung zum 1. Jan. 1910 kündigte. Der Prinzipal zog ihr darauf den für die Zeit des Urlaubs entfallenden Betrag ab, die Klägerin erhebt indessen Anspruch auf die ihr vom Gehalt gezogene Summe, indem sie die Vertragsklausel als wider die guten Sitten verstößend ansieht. Der Urlaub sei ihr in aller Form erteilt worden, und sie habe ihn angetreten, in der Ueberszeugung, das Gehalt für die Urlaubszeit sei ihr gesichert. In dem ihr gesetzlich zustehenden Kündigungsrecht sei sie durch die Klausel in unzulässiger Weise beschränkt, denn sie könne von dem Rechte keinen Gebrauch machen, ohne eine sofort eintretende wirtschaftliche Schädigung erdulden zu müssen. Der Beklagte dagegen wendet ein, daß die Klausel den guten Sitten nicht zuwider laufe. Die Klägerin habe sich mit einer Mitangestellten nicht vertragen können, und sie wüste auch, daß sie des Urlaubsgehaltes verlustig geht, als sie dem Chef dieserhalb kündigte.

Das Kaufmannsgericht entschied, daß in diesem Fall die Beklagte Firma berechtigt war, das Gehalt für die Urlaubszeit nachträglich abzuziehen. Nach Lage der Sache biete sich dem Gericht keine Handhabe, die Vertragsklausel als einen Verstoß gegen die guten Sitten anzusehen.

Wiederbeginn der Mäusenvertilgung. Der im vorigen Jahre eingeleitete Kampf gegen die Mäusen soll unter Verwertung der bisherigen Erfahrungen in Leipzig nachdrücklich fortgesetzt werden. Die angewendeten Maßnahmen haben sich als wirksam erwiesen und zu unvermeidbaren Erfolgen geführt, die es zu sichern und zu erweitern gilt. Hierzu ist erforderlich, daß die durch die Mäusenbekämpfung vom 11. Februar 1909 angeordneten Vertilgungsarbeiten allenthalben rechtzeitig und sorgfältig zur Ausführung gelangen. Verpflichtet zu ihrer Vornahme sind die Haushaltungsvorstände, deren jeder für seine Räumlichkeiten die alleinige und volle Verantwortung trägt. Welche Grundstücke und Haushaltungsvorstände in Frage kommen, zeigt die neuerdings ergangene Mäusenbekämpfung über Mäusenvertilgung. Es kann nun so sehr von jedermann tatkräftige Mitwirkung erwartet werden, als die Bekämpfung der Mäusenlage wie kaum eine andre Maßregel im allgemeinen Interesse liegt und die dem einzelnen daraus erwachsende Mäusenvertilgung eine verhältnismäßig recht geringe ist. Für die gegenwärtige Jahreszeit handelt es sich vor allem darum, die Keller, Abden, Ställe, überhaupt alle kühlen Räume, in denen die den Fortbestand der Mäusen sichernden elertragenden Weibchen überwintern, wiederholt abzusuchen und die vorgefundenen Tiere zu vernichten. Die Vernichtung geschieht in der Weise, daß die Wände und Decken mit einem feuchten Tuche abgewischt und so die Mäusen zerdrückt oder abgestoßen werden. Die bisherigen Beobachtungen haben gelehrt, daß das Abfegen am zweckmäßigsten mittels eines Spritzgerätes, mit Draht auf einem Stab von Holz oder Eisen besetzten Wattenbündels erfolgt. Sind die Schlupfwinkel nicht zugänglich oder ist das Abfegen feuergefährlich, so vertilgt man die Mäusen durch Ausräubern des Raumes mit einem Mäusenvertilgungspulver, über dessen Zusammenfügung und Anwendung ein amtliches Merkblatt, das auf den Mäusenwägen (Neues Rathaus, Lindenau, Meißnerstraße 27, Gohlitz, Georgstraße 2, Neubitz, Eilenstraße 30, Connewitz, Walsenaustraße 2) unentgeltlich zur Verfügung steht, Auskunft gibt. Hierbei ist indessen darauf zu achten, daß der auszuräubende Raum dicht abschließt, damit das Mäusenpulver zur vollen Wirkung gelangen kann; andernfalls liegt die Gefahr nahe, daß die Mäusen nur betäubt werden und nach kurzer Zeit wieder erwachen.

Wieder zwei Selbstmorde. Die Selbstmorde mehrten sich in Leipzig in geradezu erschreckender Weise. Gestern nachmittag hat sich im Revierorte Probstei des Connewitzer Dorfes ein 17jähriger Handlungsgehilfe von hier erschossen. Der Beweggrund ist unbekannt.

Heute vormittag wurde ein 26 Jahre alter Uhrmacher von hier im Flusskanal der Pleiße tot aufgefunden. Der Leichnam wurde polizeilich aufgehoben.

Unfälle auf der Straße. Ein Zusammenstoß erfolgte vorgestern in der Karolinenstraße zwischen einem Droschkegeschirre und einem Straßenbahnwagen. Die Droschke mußte außer Betrieb gestellt werden.

Auf der Gohlitzer Straße fuhr ein Radfahrer an einen Motorwagen an. Der Radfahrer wurde zur Seite geschleudert, zum Glück aber nicht verletzt. Das Rad aber wurde erheblich beschädigt.

Eine größere Schlägerei hat am Sonntag früh in der 5. Stunde in der Petersstraße zwischen Studenten und Handlungsgehilfen stattgefunden. Die meisten der Beteiligten stehen sich wegen der erhaltenen Stöße in der Sanitätskammer verbindend, während einer, ein 19jähriger Handlungsgehilfe aus Liebertwolkwitz, in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Makulatur. Einer unbekanntem Lumpenhändlerin verkaufte ein in der Gohlitzerstraße wohnender Privatmann eine größere Menge Makulatur. Unterher erst fiel es ihm ein, daß sich in dem Papier auch eine Obligation der Salzfammerngutbahn über 2000 M., Serie 587 II 7 mit den dazugehörigen Zinsbogen befunden hat.

Ein Einmieterbetrüger bezog unter dem Namen Sparschuh eine Wohnung in der Reudnitzer Straße. Der Mensch ließ sich von den Wirtsleuten einen Vertrag zum Einlösen seiner Sachen geben. Seit Empfang des Geldes ist er verschwunden. Der Betrüger war ein Bursche von etwa 19 Jahren, hager, mit blondem Haar.

Verhaftungen. In der Nähe der Markthalle wurde ein schon oft bestraffter 58 Jahre alter Arbeiter dabei verhaftet, als er ein Koll von einem Notzwaan entwendete.

Ferner wurden verhaftet ein 19jähriger Hausdiener aus Zornau, der einer Köchin die Ersparnisse gestohlen hatte, zwei Einbrecher, ein 19jähriger Handlungsgehilfe und ein 17jähriger Elbote, zwei Diebinnen, die die Warenhäuser unsicher machten und ein 18jähriger Schlosser aus Posta, der in der Reudnitzstraße in ein Kontor in der Gemeindefraße eingebrochen war. Gleichzeitig mit diesem wurde wegen der Begünstigung dieses Diebstahls ein 19jähriger Wäder verhaftet.

Diebstähle. Durch Taschendiebstahl wurde einem Herrn in der Wintergartenstraße die goldene Uhr mit Sprungdeckel und einer Dame auf dem Königsplatz das Portemonnaie mit 50 Mark gestohlen.

Schaukastenbetrügereien sind in der Eisenbahnstraße, Dorosteenstraße und Burgstraße verübt worden.

Abhanden gekommen sind aus einer Wohnung der Brockhausstraße sechs Einhundertmarknoten, von denen eine besetzt war

und mit einem Längsstreifen von Pergamentpapier ausgefessert ist.

Aus einem Speisewagen, der im Bereiche des Berliner Bahnhofes stand, wurden eine größere Anzahl Silberfachen gestohlen.

Ein Geldbetrag von 177 Mark wurde aus einem Geschäftskonten am Neumarkt gestohlen.

Aus der Umgebung.

Paunsdorf. Die Anmeldungen zur mittleren Volksschule nimmt der Schuldirektor Dr. Wohlfahrt am Montag, den 17. Januar, während der zwischen früh 8 Uhr und abends 8 Uhr liegenden Schulstunden entgegen. Vorzulegen ist für alle Kinder der Impfschein, für die auswärts geborenen außerdem die Geburtsurkunde und die Taufbescheinigung.

Engelsdorf. Aus dem Gemeinderat. Zu der Armenlagesache N. zwischen dem Ortsarbeitsverband Stütteritz und der hiesigen Gemeinde wurde mitgeteilt, daß der Ortsarbeitsverband Stütteritz kostenpflichtig abgewiesen ist. — Die im Orte vorgenommene Viehzählung ergab einen Bestand von 97 Pferden, 217 Kündern, 441 Schweinen, 7 Schafen und 18 Ziegen. — Vom Schulvorstande wurde dem Gemeinderat zur Kenntnis gegeben, daß sich Ostern 1910 die Anstellung zweier Lehrer wegen Ueberfüllung der Klassen nötig macht. — Die Amtshauptmannschaft will den Leichenfrauenbezirk teilen und aus den Orten Sommerfeld, Engelsdorf, Wilkau, Hirschfeld und Althen einen neuen Bezirk bilden, mit dem Wohnsitz der Leichenfrau in Sommerfeld. Der Gemeinderat ist mit der Teilung einverstanden, beschließt aber, zu beantragen, den Wohnsitz der Leichenfrau nach Engelsdorf zu verlegen, da Engelsdorf die größte Gemeinde ist und in der Mitte des Bezirks liegt. — Die Rechnung über zu zahlende Beiträge für Unterhaltung und Reinigung der Schleuse an den Mat der Stadt Leipzig in Höhe von 307,70 Mark wurde vom Gemeinderat anerkannt. — Der Abbruch des Armenhauses ist dem Maurer B. übertragen worden. — Der von der Thüringer Gasgesellschaft aufgestellte Brennkalender für Straßenbeleuchtung auf das Jahr 1910 wurde aufgegeben. — Eine Kommission, bestehend aus den Herren Kommissionsrat Guhr, Verg, Gärtner, Mühlberg und Wilhelm wurde beauftragt, die Schleusenbaukosten zur Berechnung der Abgaben umzulegen. Von der Pflichtfeuerwehr sind 50 Mann beordert, den Dienst zur Fisch-, Hechtungs- und Bachmannschaft zu leisten. — Dem Gemeindevorstand wurde eine Weihnachtsgratifikation von 25 Mark, dem Scholaren 10 Mark und dem Exzentriker eine monatliche Gehaltszulage von 10 Mark ab 1. Januar 1910 gewährt. — Der Haushaltsplan für das Jahr 1910 wurde durchberaten. Der Bedarf aller Klassen beträgt 99 040 Mark. An Deckungsmitteln sind 28 881 Mark vorhanden. Wiltun bleibt ein Fehlbetrag von 40 105 Mark. Dieser ist zu 1/2 durch die Grundsteuer und zu 1/4 durch die Einkommensteuer zu decken. Es wurde beschloffen, 10 Prozent über den Normalsteuersatz zu erheben. — Dem Gemeindevorstand wurde der Polizeidienst gekündigt. Er wird vom 1. April 1910 als Begewärtiger und Gemeindevorstand angestellt mit einem Gehalt von 700 Mark, freier Wohnung und dem Einkommen aus dem Kirchenbesitz. Weiter wurde die Anstellung eines Schulmannes mit einem Anfangsgehalt von 1000 Mark und Pensionsberechtigung beschloffen. Die Stelle soll ausgeschrieben werden. Der Ankauf zum Ausbessern der Straßen und Fußwege soll von Reiterlein in Großsteinberg bezogen werden.

Gaußh. Der Gemeinderat nahm in seiner letzten Sitzung Kenntnis 1. von der Befehung der 15. ständigen Lehrstelle durch Herrn Frh. Wagner in Markranstädt, 2. von einer Verfügung der Amtshauptmannschaft wegen der Verbesserung der Kommunalverkehrswege, 3. von einer Mitteilung wegen einer Wertzuwachssteuererhebung, 4. von der Fertigstellung des Gemeindeverwaltungsberichts. Derselbe soll den Gemeindevorstand in der nächsten Sitzung durch Bericht über den Vorbericht werden. — Die Pensionsordnung für Gemeindevorstand wurde noch dahin ergänzt, daß deren Pflege auch auf die Witwen und Waisen ausgedehnt wird, jedoch mit dem Vorbehalt, daß der demnachst sich konstituierende Landespensionsverband für Gemeinden keine anderweitigen Bestimmungen aufstellt. Ueber den Beitritt zu diesem Verband wurde vorläufig ein Beschluß noch ausgesetzt. — Wegen des Gastlieferungsvertrags mit der Stadtgemeinde Leipzig wurde Herr Dr. Dennert beauftragt, über einige Punkte noch um Aufklärung nachzusuchen. — Gegen die Abtretung eines Teils der Parzelle 134 im westlichen Kurbezirk wurden keine Einwendungen erhoben. — Ein Besuch des Herrn Hofmann (Schloß Meinsberg) um öffentliche Lagerlaubnis bis 10 Uhr abends wurde mit 7 gegen 3 Stimmen abgelehnt. — Einem Sparkassen-Darlehensgesuche stimmte der Gemeinderat zu. — Die Unterbringung eines 12jährigen Jungen in eine Zwangspflege-Erziehungsanstalt führte zu lebhaften Erörterungen. Ein Antrag unserer Vertreter, den Jungen aus den ihm jetzt umgebenden traurigen Verhältnissen herauszunehmen und in geeignete private Pflege unterzubringen, wurde abgelehnt. Gegen 2 Stimmen wurde die Anstalts-Erziehung beschloffen. Ein anderer kranker 7jähriger Knabe, bei dem sich eine umfangreiche Krankenpflege notwendig macht, hat in dem neugegründeten Leipziger Heim für gebrechliche Kinder Aufnahme gefunden. Ein Teil der zu leistenden Entschädigung an dieses Heim wurde vom Gemeinderat anerkannt und bewilligt.

Zwenkau. St adtgemeinderatsitzung vom 5. Jan. Ein Besuch der Zwangsplanung der Installateure Leipzig um Zulassung zu Gasleitungsanlagen wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. — In einer Eingabe wird die Stadtgemeinde zum Beitritt zum Landespensionsverband für Gemeindevorstand ersucht. Unter Ausfertigung eines Beschlusses wurde eine dreigliedrige Kommission, bestehend aus den Stadtvorordneten Friedrich, Bruno Müller und Johnson, gewählt, welche die Satzungen der Landeszentrale eingehend prüfen soll. — Dem Verkauf des Bauplatzes Nr. 54 an Dachdeckermeister Straßer wurde zugestimmt. Genehmigt wurde das Bürgerrechtsgesuch des Arbeiters Otto Zahn. — Die Abfuhr von 34 000 Stüd Schlackengestein vom Bahnhof nach dem städtischen Lagerplatz wurde dem Speiditeur Zimmermann als Mindestbietenden zum Preise von 150 Mk. zugelassen. Da die Steine zur Pflasterung der Marktstraße Verwendung finden, sollen sie direkt nach dem Marktplat gefahren werden, wofür noch 25 Pfg. pro Fuhrer bewilligt wurden. — Als Entschädigung für außergewöhnliche Arbeitsleistungen wurde dem städtischen Wassermeister eine Entschädigung von 40 Mk. und eine solche von jährlich 30 Mk. für dienstlichen Gebrauch seines Fahrrades bewilligt. — Das Kollegium nahm davon Kenntnis, daß die Amtshauptmannschaft die Befestigung der Frau Schirmer als Gebirgsverlag hat. — Die von einigen Forensen eingereichten Steuerreklamationen wurden für nicht berechtigt befunden und abgewiesen. — Ein Besuch der Ehefrau und der Schwiegermutter des Kaufmanns Pöstel auf Rückzahlung der Bekleidungsabgaben wurde abgelehnt. — Der Vorsitzende teilte noch mit, daß eine unvermutete Kassenrevision stattgefunden habe, bei der die Richtigkeit der Kasse und ordnungsgemäße Durchführung konstatiert worden sei.

Weyandorf bei Riechitz. Unfall. Auf dem hiesigen Kohlenwerk ereignete sich am Sonnabend ein schwerer Unglücksfall. Der Maurer Oskar Gause aus Kötzsch bei Weyandorf, der bei dem Aufstellen einer Bricketpresse mit beschäftigt war, wurde von einem umfallenden 20 Zentner schweren Rabe getroffen und trug schwere Verletzungen am Kopfe und an den Beinen davon. Er wurde mittels Wagens in das Krankenhaus transportiert.

Markranstädt. Anmeldung schulpflichtiger Kinder. Zu Ostern 1910 werden alle Kinder schulpflichtig, die bis dahin das 6. Lebensjahr erfüllt haben. Außer diesen können

auch solche Kinder Ostern 1910 in die Schule aufgenommen werden, die bis zum 30. Juni 1910 das 6. Lebensjahr vollenden. Alle Kinder, die gesetzlich schulpflichtig sind, sowohl wie die zuletzt erwähnten Kinder, die schon Ostern 1910 in die Schule eintreten sollen, sind Mittwoch, den 12. Januar, vormittags von 8 bis um 12 Uhr, und Donnerstag, den 13. Januar, vormittags von 10 bis um 12 Uhr und nachmittags von 2 bis um 4 Uhr, durch die Eltern oder Erzieher zur Schule anzumelden. Bei der Anmeldung ist für jedes Kind eine ständesamtliche Geburtsbescheinigung oder das Familienstammbuch sowie der Impfschein, außerdem für alle der christlichen Religion angehörenden Kinder ein Taufzeugnis vorzulegen, wenn durch das Familienstammbuch die Taufe nicht nachgewiesen ist. Die Eltern oder Erzieher solcher Kinder, die zwar nach ihrem Alter schulpflichtig sind, jedoch wegen Krankheit oder sonstiger körperlicher und geistiger Gebrechen der Schule nicht oder nicht rechtzeitig zugeführt werden können, haben darüber ein ärztliches Zeugnis beizubringen. Bei der Anmeldung ist anzugeben, ob das Kind die mittlere oder höhere Bürgerschule besuchen soll.

Modau. Aus dem Gemeinderat. Zur Sitzung am 4. Januar lag der Jahresbericht auf das Jahr 1909 schriftlich vor. Aus ihm entnehmen wir: Die Einwohnerzahl Modaus betrug Ende des Jahres 1909 9410, hat also gegenüber dem Vorjahr um 209 zugenommen. 20 Neu- und Umbauten wurden zur Genehmigung angemeldet; Strafvorfälle wurden 282 erlassen, die Höhe der ausgeworfenen Strafen betrug 803 Mk. In 20 Gemeinderatsitzungen wurden 404 Gegenstände beraten. Bis zum Jahresabschluss gingen 192 000,00 Mk. Gemeindeforderungen ein; die Einnahmen der Gemeindefasse betragen 291 504,85 Mk.; die Ausgaben 293 755,74 Mk. Bei der Wasserwerkfasse betragen die Einnahmen 32 781,05 Mk., die Ausgaben 26 265,90 Mk. Bei der Sparkasse wurden in 6848 Posten 1 422 427,53 Mk. eingezahlt und in 2648 Posten 584 230,12 Mk. zurückgezahlt. Das Ständesamt verzeichnet 402 Geburten, 74 Ehefchließungen, 184 Sterbefälle und 74 Aufgebote. Das Wasserwerk förderte insgesamt 226 092 780 Kubikmeter Wasser. Die Fleischbeschau wurde zusammen am 1417 Stück Vieh (gegen 1440 im Vorjahr) vorgenommen.

Der Vorsitzende berichtete über den Sparkassenverbandstag. Der Bauausschuß schlägt vor, die Garantiesumme der Firmen Steger, Gebr. Körding, Franke u. Verghold erst dann zurückzahlen, wenn die Mängel abgeändert sind, die sich beim Wasserwerk gezeigt haben. Dem wurde zugestimmt. — Das Gesuch des Herrn Klotz, Veränderungen der Straßennachtlaternen betreffend, ist abgelehnt worden. — Nachbewilligt wurden die Kosten für die Kesselreparatur im Rathaus. — Dem Wasserwerkmaschinisten wurden monatlich 10 Mk. für Ueberstunden bewilligt, bis eine weitere Hilfskraft eingestellt wird. Weiter ist beschloffen worden, 50 Stück Apfelbäume am Wasserwerk anzupflanzen. — Der Geometer Herr Mebel soll einen Kostenschlag aufstellen zur Herstellung der Leipziger Straße von Neu- bis Mittel-Modau, und die Gontardischen Erben sollen ersucht werden, ihre Schleuse zu bauen. — Das Konzessionsgesuch des Herrn Stranz wurde einstimmig bestritten.

Schneiditz. Die die Kinderausbeutung „Gefühn“ wird. Der Kürschnermeister Otto Klimke hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten, weil er im Jahre 1908 Kinder unter 14 Jahren über 6 Stunden täglich und in der Zeit vom 25. bis 30. Oktober 1909 Schlinge im Alter von 14 bis 16 Jahren über 10 Stunden täglich beschäftigt hatte. Der Amtsanwalt hatte 50 Mk. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis beantragt. Das Gericht hielt aber 20 Mk. Geldstrafe für eine genügende Sühne. Diese Strafe, die für die Unternehmer, die das zehn- und hundertfache bei der Umgehung und Ueberziehung der gesetzlichen Bestimmungen herauszuschlagen, geradezu eine Prämie für die Kinderausbeutung bedeutet, ist nicht dazu angetan, den zum Schutze der Arbeitskraft erlassenen Bestimmungen Nachdruck zu schaffen und profitgierige Unternehmer von Gesetzesübertretungen abzuhalten.

Deßkau. Ueber das Vermögen der Stadt Deßkau sind im Verwaltungsbericht folgende Angaben gemacht: Ende 1909 betrug der Wert der städtischen Gebäude 1 293 770 Mark nach dem Versicherungswerte. Hierin ist der Wert des Grund und Bodens nicht mit enthalten. Die Feldgrundstücke waren zu 18 076,20 Mark, die Wiesengrundstücke zu 3 105,40 Mark, die Gartengrundstücke zu 87,95 Mark veranschlagt. Die Holzungen hatten einen Kleinwert von 2222,70 Mark. Der Gesamtertrag dieser Grundstücke mit 25 Kapitalisiert, ergibt als Wert 604 500,75 Mark. Die Abgaben und Berechtigungen brachten einen Jahresertrag von 3550,95 Mark, was einem Kapitalwert von 98 498,75 Mark entspricht. Das Inventar der städtischen Gebäude wurde auf 173 000 Mark geschätzt. Der Kapitalienfonds enthielt 1800 Mark, der Betriebsfonds 24 000 Mark, der Straßenbau- und Kanalisationsfonds 34 945,91 Mark, der Straßenaufwands- und Sparkassenfonds 11 749,72 Mark, der Fonds zur Unterhaltung der früheren Provinzial-Chausseen 1847,02 Mark und der Bedelfische Legats-Baufonds 14 085,23 Mark, zusammen 2 432 811,40 Mark. Zieht man davon die Schulkapitalien mit 1 405 482,90 Mark und die nach 1908 übernommenen Mehransgaben mit 1853,48 Mark ab, bleibt ein Vermögensbestand von 1 025 475,02 Mark, gegen 1 380 018,44 Mark im Vorjahre. Die mit der Verwaltung der Stadtkasse verbundenen 42 milden Stiftungen verfügten über ein Reinvermögen von 139 782,81 Mark, gegen 127 821,61 Mark im Vorjahre.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Im Dezember v. J. wurden an einem Abend mehrere Fahräfte auf Linie 8 im Ländchenweg infolern unangenehm überlastet, als durch den Kontrollleur mehrere Fahräfte mit unzulässigen Fahrfehlern betroffen wurden. Selbstverständlich hätte der den Wagen bedienende Schaffner die unzulässigen Fahrfehle verweigert. Seit dieser Zeit sieht man den Schaffner als Führer fahren. Nun hört man allgemein, daß bei der Leipziger Elektrischen Straßenbahn ein Beschluß bestünde, nach dem jeder Schaffner, der Differenzen in der Fahrfehlausgabe hat, sofort in Klasse 10 zu werden muß. Derartige Fälle sind leider mehrere vorgekommen.

Es wäre sehr interessant zu erfahren, weshalb mit diesem Schaffner eine Ausnahme gemacht wird. Solange dieser Schaffner, der früher Schaffner in Stütteritz war, bei der Straßenbahn beschäftigt ist, hat er sich seinen Kollegen gegenüber nicht gerade im besten Lichte gezeigt. Unkollegialität und Unfolbarität sind die Hauptzüge seines Wesens. Es kann doch nicht angenommen werden, daß diese Eigenschaften ihn der Verwaltung so wert erscheinen lassen, daß sie über Verfehlungen hinwegsehen, die bei anderen zur Entlassung führen.

Mehrere Fahrgäste von Stütteritz.

Von Nah und Fern.

Choleraverdacht.

Berlin, 10. Januar. Unter Choleraverdacht wurde gestern nachmittag der 25 Jahre alte Artist Erich Rosenthal aus Peirersburg ins Rudolf-Virchow-Krankenhaus eingeliefert.

Blutige Szenen.

Berlin, 10. Januar. Ein nächtlicher Revolverkampf spielte sich heute, Montag früh, gegen 2 Uhr in der Landstraße ab. Dort gerieten einige 20 Menschen in Streit, wobei etwa 10 Personen durch Revolverkugeln und Messerstiche schwer verletzt wurden. — In der Preusslauer Allee erschuf der Antiquar Wikmann den Kaufmann Gronau im Streit wegen eines Maßes.

Von der Polizei überfahren.

Berlin, 10. Januar. Durch das Automobil des Polizeipräsidenten v. Jagow wurde gestern mittag Unter den Linden, während der Polizeipräsident auf der Mittelpromenade spazieren ging, der 80 Jahre alte Postkaffner Müller überfahren. Der Schwerverletzte starb nach der Einlieferung in die Klinik.

Selbstmord.

In der Berliner Landkolonie in der Seestraße vergifteten sich gestern ein Galvaniseur Anstinkt und eine Frau Erdmann mit Cyanalkali. Die Frau war noch schwache Lebenszeichen von sich, als sie gefunden wurde, und wurde ins Krankenhaus gebracht.

Arbeiterisiko.

Gleiwitz, 10. Januar. In Schwientochowitz erfolgte gestern eine schwere Dynamitexplosion, durch die ein Grubenarbeiter getötet, zwei lebensgefährlich und zwei leichter verletzt wurden.

Automobilunfall.

Frankfurt a. D., 10. Januar. Vier Schüler einer Präparandenanstalt unternahmen gestern eine Automobilfahrt. Unter Markendorf fuhr das Automobil auf einen Reishaufen. Einer der Schüler, der 17jährige Schwanz aus Sommerfeld, folgte aus dem Wagen heraus und stürzte mit dem Kopf gegen einen Baum. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch und ist seinen Verletzungen bereits erlegen.

Bersunken.

Wien, 8. Januar. Nach einer an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten gerichteten Mitteilung der Verwaltung des staatlichen Erzbergbaues in Raibl (Kärnten) ist heute mittag das dortige zum staatlichen Bergbau gehörige Spital infolge des Bruches eines Verhaues in dem Gräftlich Hendlischen Grubenfelde unter Tag versunken und eingestürzt. Hierbei sollen nach den bisher vorliegenden Nachrichten sieben Personen tödlich verunglückt sein. Der Neuen Freien Presse wird zu diesem Unglück aus Graz gemeldet, daß ein Arzt mit Frau und Kind, zwei Dienstpferden sowie eine Krankenschwester und ihr Mann den Tod gefunden haben. An eine Rettung der Verunglückten sei nicht zu denken, da an der Stelle, wo das Spitalgebäude stand, sich ein großer Hohlraum gebildet habe, in dem sich Wasser ansammelte. Militär und Bergknappen arbeiten eifrig an der Freimachung der Unglücksstelle. Mehrere Nachbarhäuser mußten wegen Einsturzgefahr geräumt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bochum, 10. Januar. Ein merkwürdiges Urteil. Das Schöffengericht in Hettstedt hat einen Bergarbeiter verurteilt, weil er eine angeleglich politische Versammlung, in der Abg. Genosse Sasse als Redner aufgetreten war, nicht angemeldet hatte. Zum Beweis dafür, daß die Versammlung politisch war, führte der Richter in der Begründung des Urteils aus: „Als Hauptredner trat der Reichstagsabgeordnete Sasse, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, auf. Er sprach von der schlimmen Lage der Mansfelder Bergarbeiter, ihren schlechten Löhnen, ihrer unwürdigen Behandlung durch die Vorgesetzten, von der schlechten Lage der Arbeiter im allgemeinen, ihrer Ausbeutung durch die Besitzenden. Seine Rede gipfelte darin, daß zur Abstellung aller dieser Mißstände der bisherige arbeitgeberfeindliche Abgeordnete des Mansfelder Kreises, Dr. Trendel, nicht wieder gewählt werden dürfe, sondern daß ein Mann, der Mut und Herz auf dem rechten Fleck hätte, gewählt werden müsse.“ Es heißt dann in den Urteilsgründen weiter: „Von der Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen, d. h. von einer Besserung ihres privatrechtlichen Arbeitsvertrages gegenüber der Mansfelder Gewerkschaft war gar keine Rede. Nach der ganzen Sachlage war es auch ausgeschlossen. Der Abg. Sasse, der den Wahlkreis für die Sozialdemokratie gewinnen wollte, hat daran durchaus kein Interesse. Es wäre für seine Partei durchaus unvorteilhaft, wenn die Mansfelder Berg- und Hüttenleute von der Gewerkschaft günstigere Arbeitsbedingungen erlangen könnten, so daß sie zufriedengestellt würden; so dürfte er den Abg. Sasse nicht als Redner zulassen oder gar hinzuziehen. Er hätte ihm im Gegenteil fernhalten müssen, weil Sasse zum Vorteil seiner Partei nur ein Interesse daran hat, daß die Mansfelder Arbeiter mit ihrem Arbeitsverhältnis zur Gewerkschaft möglichst unzufrieden sind.“

Auskunft in Rechtsfragen.

N. P. 281. Die Kündigung ist bis zum 3. Werktage des Quartals zulässig.
Beri. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.
S. J. 45. 1. und 2. Ausländer können, falls sie ihren Wohnsitz im Deutschen Reich aufgeben, mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. 3. Auf Armenunterstützung haben Sie hier nicht zu rechnen. 4. Nein. 5. Die Konsulate haben die Pflicht, die Angehörigen ihres Staates zu schützen und zu unterstützen.
S. S. 27. Der Unternehmer ist nicht berechtigt, derartige Abzüge zu machen. Für die durch den Unfall entstehenden Kosten hat die Berufsgenossenschaft aufzukommen.
J. S. 99. Sie haben für den gesamten Unterhalt des Kindes aufzukommen. Den rückständigen Betrag haben Sie noch zu bezahlen.
P. G. 28. J. Ihre Frage ist nicht verständlich. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.
B. 12. Sie können nur zum Quartalswechsel mit vorheriger sechsmonatiger Kündigung gehen.
Gohlis 83. Darüber kann man ohne nähere Kenntnis der Verhältnisse nicht entscheiden. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.
S. A. Wagnitz. Verbieten Sie der betreffenden Person nach dieser Zeit das Betreten Ihrer Wohnung. Wird dieses Verbot nicht beachtet, können Sie Anzeige erstatten.
N. A. Sie haben jedenfalls vergessen, die Unterschrift Ihres Gesuchs amtlich beglaubigen zu lassen. Am besten ist, Sie beauftragen mit der Sache gleich einen Rechtsanwalt.
E. Winkler. 1. Ja. 2. Sie haben nur Anspruch auf den gerichtlich festgesetzten Betrag.

Briefkasten der Redaktion.

G. W. Connewitz. Derartige Fragen können wir nicht beantworten. Da müssen Sie sich schon an einen Fachmann wenden.
D. A. 167. A 46 — Unregelmäßigkeiten in der Form des sonst kräftig gebauten Brustkorbs. A 44 — geringe Schiefeit des Halses, der Hüften oder Schultern, ohne Beeinträchtigung der Beweglichkeit.
Halberstadt. Sie gehören eigentlich nach dem Gesetz jetzt überhaupt keinem Staatsverbande an, müssen aber hier ihren Militärdienst ableisten. Wenn Sie politische Rechte ausüben wollen, müssen Sie die Staatsangehörigkeit erwerben.
M. S. 14. 1. An das Amtsgericht. 2. Die zur Beschließung notwendigen Papiere und ein Verzeichnis des Vermögens. 3. Es werden nur die gesetzlichen Gebühren, die nicht bedeutend sind, erhoben. 4. Die einzelnen Stücke gehören zum Eigentum desjenigen, der sie erworben hat. 5. Ja.
D. W. D. Leipzig. Durch ein Rechtsmittel können Sie das nicht verhindern.
E. U. Lindenau. Der Unternehmer ist in diesem Falle zum Abzug des Krankenkassenbeitrags berechtigt.



Feuilleton-Beilage

Celpziger Volkszeitung 1910. Nr. 6

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern



Die Großstädte und das Verkehrswesen.

Nachdruck verboten.

1. Die Großstadientwicklung.

Der Begriff der Großstadt läßt sich heutzutage ohne den des Verkehrswesens gar nicht mehr denken. Jeder, der sich einigermaßen um soziale und wirtschaftliche Dinge kümmert, wird das als selbstverständlich ansehen. Und doch war es nicht immer so. Auch das Altertum hat seine Großstädte gehabt. Rom hat zur Zeit des Augustus seine 8-100 000 Menschen beherbergt, und die alten Städte des Orients waren ebenfalls von gewaltigen Menschenmassen bewohnt, ohne daß man doch recht von einem dort entwickelten Verkehrswesen sprechen kann. Bei Rom noch eher als bei den noch älteren Städten. Aber die ganz alten Städte waren eigentlich nicht mehr Städte in unserm heutigen Sinne, es waren vielmehr besetzte Landchaften, in denen Häuser, Gärten, Gaine, Wiesen, Felder, Weiden lagen, die für den Lebensunterhalt notwendigen Lebensmittel trugen. Das Ganze war mit einer Mauer umgeben, so daß es riesigen besetzten Lagern glich, die eine große Zahl großer Dörfer und Einzelbesetzungen umfaßten, wie das heute noch in Hinterindien der Fall ist. Diese Städte dehnten sich auch aus, und zwar ganz gewaltig. Plag war ja genug vorhanden. Man verließ die verfallenden Häuser, um an anderer Stelle neue zu bauen. Eine solche alte Stadt beherrschte auf diese Weise massenhaft Trümmerhaufen, die sich stets vergrößerten, da sie niemand wegräumte.

Von Großstädten kann man da also kaum sprechen. Großstadt im eigentlichen Sinne war erst Rom. Hier konnte sich ein ganz anderer Typus der Stadt ausbilden, weil der Über eine bequeme Zufuhr von Lebensmitteln gestattete. Nach Rom strömte Geld genug zusammen; die römischen Heere und die Beamten stahlen und erpressten ja genug in andern Ländern, und so hatte Rom das Geld, sich die teurere Verproviantierung von außen her zu leisten. Zudem erhielt es von unterworfenen Völkern massenhaft Getreide ohne Entgelt als Tribut. Trotz dieser günstigen Verhältnisse hat Rom wahrscheinlich nie eine Million Einwohner in seinen Mauern gesehen. Das Verkehrswesen spielte schon eine verhältnismäßig bedeutende Rolle, so primitiv es auch noch war. Mehr konnten aber einfach nicht ernährt werden.

Andere Städte sind hinter Rom weit zurückgeblieben. So verhältnismäßig bedeutend auch der Handel in den bekannten Städten des Mittelalters war, kam doch keine so große Bedeutung über das hinaus, was wir heutzutage Mittelstädte nennen. Um das Jahr 1400 haben Venedig und Lissabon vielleicht 80 000 Einwohner gehabt, London etwa 40 000, Gent und Brügge gar 60 000, Florenz 90 000 und Venedig, damals der Brennpunkt des Welt Handels, wird höchstens 100 000 Seelen beherbergt haben. Andre damals wichtige Städte würden heute nur als Kleinstädte gelten. Damit hatten diese Städte schon eine gewisse Sättigung der Menschenanhäufung erreicht. Die Verkehrsmittel waren so wenig ausgebildet und die Verhältnisse so eng, daß größere Anstrebungen nicht mehr ernährt werden konnten, und die Möglichkeit, soziale Gebilde mit Hunderttausenden von Einwohnern zu ernähren, war im Mittelalter nur in wenigen Fällen gegeben, wo zufällig viele günstige natürliche Umstände, wie Wasserstraßen und ähnl. vorhanden waren.

Die modernen Verkehrsmittel dagegen gestatten im Prinzip eine fast unbegrenzte Versorgung großer Städte mit Lebensmitteln und dergleichen. Aber auch in der Erwerbsmöglichkeit ist ein bedeutender Unterschied vorhanden. Die mittelalterliche Stadt mit ihrem organisierten Kleinhandwerkbetrieb bildete mit der Umgebung ein fast völlig abgeschlossenes wirtschaftliches System, dessen Produktion so ziemlich alle eigenen Bedürfnisse befriedigte. Die Stadt selbst arbeitete für die nähere Umgebung und handelte diese durch ihre Produktion an sich, wie sie selbst durch ihre Konsumtion an jene gebunden war. Die moderne Stadt dagegen arbeitet nur noch selten bloß für den eigenen und engen Markt. In ihr entwickeln sich oft Spezialindustrien, die den ganzen nationalen Markt versorgen, und denen auch die Landesgrenze keine Schranke setzt. Die Möglichkeit des Erwerbs hängt also nicht mehr von dem heimischen Markt und Gebiet ab, sie ist vielmehr durch viele tausend Fäden in das gesamte Getriebe des internationalen Wirtschaftslebens verwickelt. Die moderne Stadt, die von Natur zur Großstadt strebt, stellt an das Verkehrswesen ganz andre Anforderungen als eine mittelalterliche Stadt, die ihrem Wesen nach Kleinstadt ist.

Wägen auch einige Städte des Altertums zu Großstädten geworden sein, ein Gemeinsames unterschied sie von den heutigen Großstädten wie auch von den mittelalterlichen Städten noch wesentlich, das ist nämlich reine Konsumtionsstätten, höchstens Handelsmärkte waren, während die modernen Städte im wesentlichen Produktionsstätten darstellen. In geradezu klassischer Weise veranschaulicht das das Kaiserliche Rom. Die alte Despotenstätte vergleicht Dührer einmal treffend mit der Höhle, in die das Raubtier seine Beute schleppt; sie waren in der Tat nichts als der Sammelpunkt der Kriegsbeute und der Tributleistungen. Deshalb brauchten sie das Verkehrswesen auch nicht für die Rückbeförderung der Produktion.

Ein andres tritt wieder in China dazu, das ebenfalls zeitig riesige Menschenansammlungen entstehen ließ. Die große Fruchtbarkeit des Landes einerseits, die uns ganz unbegreifliche Anspruchlosigkeit der Menschen andererseits haben an besonders günstigen Punkten des Landes Millionenansiedlungen zustande gebracht, die durch das gut ausgebildete System großer Wasserstraßen in dem einheitlichen Staatswesen sich ernähren ließen.

In eine neue Phase trat die Entwicklung des Städtewesens erst nach 1820. Eine Reihe einheitlicher großer Staaten war entstanden, die nach wirtschaftlicher Ausdehnung strebten. Dazu trat der Aufschwung der Technik, der durch die neuen Erfindungen der Naturwissenschaften eingeleitet wurde. Die Technik bemächtigte sich natürlich in erster Linie der alten großen Industrien, der Spinnerei und Weberei, und machte mit den eindringenden Maschinen Hunderttausende von Menschen drohtlos. Diese Armees für das Durchbringen freierwilliger Anschauungen in wirtschaftlichen und sozialen Dingen ein wichtiger Faktor geworden. Die Bauernbefreiung hatte schon vorher das ihre dazu beigetragen, die Menschenmassen bereitzustellen, deren der aufstrebende Kapitalismus bedurfte, um die Technik in großem Maße auszuüben. Die reichen Goldsunde in der neuen Welt schufen flüssige Umlaufmittel, und es setzte nun bald eine Entwicklung ein, wie sie die Welt vorher noch nie gesehen hatte: das Zeitalter des Kapitalismus begann!

Für das Städtewesen brachte diese Wirtschaftsstufe eine ganz andre Entwicklung, die auch auf die Siedelungsweise der Bevölkerung größten Einfluß gewann. Sie entwarf ganz große Volkstrome von der heimischen Scholle und trieb sie in die Großstädte. Dieser Prozeß hält immerwährend an; denn das gewaltige Anstücken der Menschenmassen in den Großstädten könnte nicht allein von der natürlichen Bevölkerungsentfaltung stammen. Die Versorgung so großer Siedelungen mit den erforderlichen Bau-, Rohstoff- und Kleidungsstoffen ist

selbstverständlich nur dort möglich, wo ein ausgedehntes und genau funktionierendes Verkehrswesen vorhanden ist, das zugleich die Aufgabe hat, die Produkte der Bevölkerung in alle Welt hinaus zu verteilen. Die Großstädte stehen nicht mehr bloß mit der näheren Umgebung in Verbindung, sondern ihre Sphäre greift bis weit in die Lande hinaus, ja die der großen Weltstädte und mancher Industriegegenden zieht noch in fremden Ländern und fernem Weltgegenden ihre Kreise. Für die Großstädte heutigen Zeichens ist der Gütertausch größter Ausdehnung charakteristisch, und wo er nicht ermöglicht ist, da sind die Großstädte nicht eigentlich moderne Großstädte. So müssen wir eine ganze Reihe asiatischer Millionenstädte ausschließen; denn ihnen fehlt dieses Charakteristikum. Ganz Asien hat eigentlich nur eine einzige wirkliche Großstadt, nämlich Bombay, während die japanischen und chinesischen Riesensiedlungen noch keine Weltstellung erobert haben, weil sie nicht in modernen Grundlagen wurzeln.

Der Aufstieg gewisser Siedelungen zu ihrer beherrschenden Stellung als Groß- und Weltstädte beruht natürlich niemals auf Zufälligkeiten. Es sind natürliche wie künstliche Ursachen wirksam, die die Stadtwerdung der Siedelungen und die weitere Entwicklung begünstigen. Diese natürlichen Ursachen wirken aber mitunter auch dahin, daß nicht zusammenhängende große Siedelungen entstehen, vielmehr zusammenhängende große Bezirke, die gleiche gewerbliche Entwicklung und ähnlichen Charakter tragen. Als klassische Zeugen dafür gelten das rheinisch-westfälische Industriegebiet und das pennsylvanische Gebiet. Beide haben durch die Kohlenfläze, die der Schoß der Erde dort birgt, eine umfassende Großindustrie geschaffen, die von beherzender Bedeutung ist. Das Entstehen von Großstädten wird hinwiederum dort begünstigt, wo Hauptknotenpunkte des Verkehrs liegen. Die besten Beispiele dafür sind Chicago und Bombay. Der Lorenzstrom von den großen Seen und der Mississippi bilden hier eine Basis, von der aus die Erschließung des Landes in natürlichster Weise begünstigt wird, so daß auf natürlichen Wegen die Produkte des ganzen Binnenlandes oder doch wenigstens der riesigen Gebiete, die die genannten natürlichen Verkehrsstrahlen durchziehen, zusammenströmen, durch die ihr ganzer Gütertausch geleitet werden kann. Daher vermittelte Chicago den großen Verkehr zwischen Ost und West auf dem amerikanischen Nordkontinent, zwischen Industrie und Landwirtschaft, da es gerade zwischen den Agrarstaaten im Nordwesten und den Industriegebieten in Pennsylvania liegt. Bombay hat den Vorteil, ein weites Hinterland zu besitzen, von dem aus alles zu dem einzigen guten Hafen im Westen von Vorderindien, der zu allem Ueberflus noch Europa zugeht, ist, hindrängt. Es würde in Singapur einen harten Konkurrenten erhalten, wenn diese Stadt ein günstigeres Klima und ein entwickelteres Hinterland besäße. Hier wirken auch noch andre Hemmnisse mit, die Entwicklung künstlich hinauszuhalten.

Das die ganze pyrenäische Halbinsel keine Weltstadt aufzuweisen hat, beweist den Einfluß künstlicher Hindernisse. Cadix oder Lissabon wären dafür die geeigneten Plätze der Welt. Sie sind aber keine Weltstädte geworden, weil England und Deutschland den Weltmarkt an sich gerissen und nun bei sich die Entstehung solcher Weltplätze begünstigt haben. England hat London, die riesigste Ansiedlung der Welt, Frankreich sein Paris und Preußen-Deutschland Berlin begünstigt. Denn bei all' dem wurden alle diese drei Weltzentren; ohne künstliche Beihilfe wären sie nicht das geworden, was sie sind, nämlich die eigentlichen weltbeherrschenden Plätze des Handels und der Industrie. Am meisten war noch London von der Natur begünstigt, denn es liegt an einem tief in das Land eindringenden großen Fluß und entstand früh als Endpunkt der italienisch-englischen Handelsroute und als wichtiger Verkehrspunkt der hauseigenen Beziehungen. Schon über ein Jahrhundert aber ist seine größte Bedeutung nach dem atlantischen Ozean hin gerichtet. Paris und Berlin haben ihre Bedeutung im wesentlichen dadurch erlangt, daß sie Sitze der Regierung mächtiger Staaten wurden. Die Zeit Ludwigs XIV. hat Paris ein für allemal den Stempel aufgedrückt; es ist der Mittelpunkt der romanischen Welt, der seinen Mode und des seinen Lebensgenusses.

Wenn nun auch Berlin einige natürliche Vorteile aufweist, so verdankt es doch im wesentlichen den Anfang seiner Bedeutung der Tatsache, daß es Landeshauptstadt wurde. Andersfalls wäre Magdeburg mit seiner günstigen Lage an den Verkehrsstraßen von Mitteldeutschland nach Hamburg und auch nach dem Westen und Osten wohl der geeignete Ort geworden. Berlin weist mit seiner wasserreichen Umgebung allerdings gute natürliche Wasser- und Verkehrswege auf, und als erst einmal der Anfang gemacht war, sah sich hier bald eine erhebliche Industrie her, die seit dem Beginn des Eisenbahneitalters so stark gewachsen ist, daß sie heutzutage beherrschend dasteht. Jetzt könnte man Berlin seine Bedeutung als industriellen und kommerziellen Mittelpunkt nicht mehr nehmen. Mit seiner Bevölkerung ist jetzt eine so große Menge von Gewerbetreibenden und geistigen und materiellem Inhalt verbunden, daß die Stadt ihre dominierende Stellung ein für allemal behalten wird. Es ist nicht nur das geistige Zentrum des Reiches geworden, sondern auch der natürliche Mittelpunkt für die Zentralgewalt über das ganze Land.

Wohin die Entwicklung in der Bevölkerungsbildung geht, wissen wir; die Statistik lehrt es deutlich. Die Großstädte nehmen rapid zu; ihre gewaltige Anziehungskraft vereinigt immer mehr Menschen in ihnen, so daß sogar schon wieder eine Art Jurisdictionskraft wirksam wird, die die Einbildung einleitet und den Kranz der Vororte entstehen läßt. Im Deutschen Reich wurden am 1. Dezember 1905 bereits 41 Großstädte gezählt, also 41 Städte mit mehr als je 100 000 Einwohnern. In ihnen wohnen 1 1/2 Millionen Menschen, also fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, während 1900 noch nicht ein Sechstel in den Großstädten wohnten. Und in den Gewerbe- und Industriebezirken drängt sich eine fleißige Bevölkerung in vielen dicht belagerten Siedelungen zusammen, die große Landstriche bedecken. Die mit Riesenschritten voranschreitende Wissenschaft und Technik begünstigt diesen Entwicklungsgang, so daß vorläufig nicht abzusehen ist, daß er ein Ende finden wird.

Leonardo da Vinci als Flugtechniker.

Im allgemeinen kennt man Leonardo da Vinci (1452-1519) nur als Maler. Durch das berühmte Abendmahl ist er den weitesten Kreisen bekannt. Vielleicht weiß man noch, daß er der Malerei ganz neue Bahnen gewiesen hat und daß Künstler wie Michelangelo, Raffael u. a. ganz Gewaltiges von ihm gelernt haben. Der Leonardo da Vinci jedoch nur von dieser Seite kennt, der wird ihm durchaus noch nicht gerecht werden. Denn er war von einer ganz erstaunlichen Vielseitigkeit, so daß er wohl selbst Goethe in dieser Hinsicht übertrifft. Nirgends leistete er nur Mittelmäßiges; auf allen Gebieten, auf denen er arbeitete, schritt er seiner Zeit weit voraus. Er war vor allem ein genialer Erfinder — im Großen wie im Kleinen. Kanalbauten, Befestigungsanlagen, Schiff- und Maschinenbau, Apparate und

Uhrwerke aller Art zeugen davon. 300 Jahre vor der Erfindung der Dampfmaschine hat er schon versucht, die Kraft des Dampfes zur Fortbewegung zu benutzen. Nicht minder war er ein Meister in allen Zweigen der Naturwissenschaft u. Während die Gelehrten seiner Zeit in der Scholastik völlig befangen waren und noch nicht über die vielfach falsch verstandenen Lehren des Aristoteles hinauszugehen, erfasste er den Gedanken des Experimentis, trat mit ihm an Anatomie, Zoologie, Physik, Geologie heran und nahm so überall Entdeckungen vor, die erst viel später von andern zur Anerkennung gebracht wurden. Die Zeit lag noch in den Sternen die Zukunft und ihr Glück und Leid — da erkannte er schon das Wesen der Sterne und der Erde, daß alle gleichartige Weltkörper sind und sich im Raum bewegen. Mitten unter mathematischen Berechnungen, die er mit demselben Eifer betrieb, finden wir einmal in großen Buchstaben die Worte: „Die Sonne bewegt sich nicht.“ Selbst diese Erkenntnis, die die ganze bisherige Weltbetrachtung auf den Kopf stellte, die voraussetzte, daß der Mensch nicht mehr sich und seine Erde als den Mittelpunkt der Welt betrachtete, hat Leonardo's geniales Denken vorausgenommen.

Nach dem Mitgeteilten, das nicht im mindesten ein vollständiges Bild von Leonardo's allumfassender Geistesgröße geben kann, wird es uns kaum noch verwundern, daß er auch an dem Problem gearbeitet hat, dessen endgültiger Lösung wir jetzt mit so schnellen Schritten entgegengehen. Schon Leonardo hat dem Menschen das Lustreich erobert wollen. Was uns von seiner Arbeit über diese Frage erhalten ist, auf welche Weise er den uralten Wunsch der Menschen, fliegen zu können, hat erfüllen wollen, das mag uns die folgende Betrachtung zeigen.

Leonardo's Gedankenwelt zu überschauen, ist nicht einfach. Erst jetzt gewinnen wir einen annähernden Ueberblick, nachdem die Sammlung und Ordnung der Manuskripte, soweit sie sich bis jetzt gefunden haben, vollendet ist. Denn Leonardo's Aufzeichnungen sind und nicht als ein einheitliches Ganzes überliefert, sondern sie sind nach seinem Tode überallhin verstreut worden, wobei man nicht einmal die Einheit eines Buchs gestrichelt, sondern Zusammengehöriges auseinandergerissen hat. Daher machte die Ordnung des Materials große Schwierigkeiten, und Vollständigkeit ließ sich nicht erreichen, da vieles noch nicht aufgefunden wurde, von dem wir teils wissen, teils vermuten können, daß es existiert hat. Auch die Lesung der Schriften Leonardo's ist sehr schwer. Um seine Gedanken genau zu halten, hat er alles in einer selbst erfundenen Spiegelschrift ausgezeichnet, die einen merkwürdigen Anblick bietet, wie auch seine wirkliche Handschrift einzigartig ist.

Es werden auch mehr Aufzeichnungen über das Problem des Fliegens vorhanden gewesen sein als wir gegenwärtig besitzen. Wir haben noch ein mit Zeichnungen versehenes Buch in Spiegelschrift: Ueber den Vogelflug, das die Grundgedanken dieser Flugtechnik birgt. Noch weniger Nachricht haben wir von Zeitgenossen oder späteren Autoren über des Meisters Beschäftigung mit dem Flugproblem. Wir wissen nicht einmal sicher, ob er nur an der Herstellung eines Flugapparats gearbeitet hat oder ob er Flugversuche mit seiner Maschine unternommen hat. Es scheint allerdings nach zwei Tagebuchnotizen, als ob er einen Luftkugelflug habe, denn er schreibt dort: „Versuche dein Instrument auf dem Wasser, damit du fallend dir nicht wehtust“ — und an der andern Stelle: „Du wirst einen langen Schluß umgekehrt haben, damit du beim Fallen nicht erstickst.“ Wollen wir dem berühmten Mathematiker Gerolamo Cardano glauben, der von seinem Vater, einem Freunde Leonardo's, doch sicherlich manches über diesen erfahren hat, dann hat Leonardo es wirklich gewagt, sich dem selbst konstruierten Flugapparat anzuvertrauen; denn Cardano berichtet: „Auch Leonardo da Vinci versuchte zu fliegen; übel bekam es ihm; er war ein großer Maler.“

Wie es aber damit auch sei, soviel können wir mit Bestimmtheit sagen: Leonardo hat sich viel mit dem Flugproblem beschäftigt. Von Kind an mag es ihn schon gereizt haben. Woher diese Reizung stammt, erklärt er selbst einmal, wohl halb im Scherz; er schreibt in sein Tagebuch: „Es scheint, es ist mein Schicksal, mich immerwährend mit den Vögeln zu beschäftigen, denn ich entsinne mich aus meiner frühesten Kindheit eines Traums: Ich lag in der Wiege, ein gewaltiger Geier kam auf mich zugeflogen, öffnete mir den Mund und strich mit seinen Federn über ihn hin, als ob es zum Zeichnen werden sollte, daß ich mein ganzes Leben von Flügeln sprechen würde.“

Es lag in seinem Charakter, in allen Dingen sich nicht mit dem Bestehenden oder einem geringen Fortschritt zu begnügen. Er mußte stets die höchste und letzte Konsequenz ziehen, so unerreicher sie auch schien, er mußte das Unmögliche erstreben. Wie er aber auf dies allzu weitgehende Ziel losstrebte, das zeigt wieder sein erstaunliches Hinaustragen über seine Zeit. Er war fern davon, nach der scholastischen Art des Mittelalters spitzfindig zu theoretisieren, sondern dachte sofort darüber nach, wie man einen Apparat konstruieren müsse, der dem Menschen das Fliegen ermögliche. Das Prinzip, von dem er ausging, war nicht das des aufsteigenden Drachens, auf dem wir moderne Flugmaschinen beruhen, sondern das Prinzip des Vogelflugs.

Es ist wahrscheinlich, daß die älteste Zeichnung eines Flugapparats, die uns überliefert ist, um das Jahr 1400 entstanden ist. Die Maschine, die wir da erblicken, ist noch sehr primitiv. Sie besteht aus einer Art Deckel, an der mit Hilfe eines runden Eisenbolzens Flügel befestigt sind; diese Flügel lassen sich ihrerseits durch Stricke bewegen. Ueber diesem Entwurf finden wir im Tagebuch das oben erwähnte Prinzip mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Wenn ein gewaltiger Adler auf seinen Flügeln in der dünnen Luft schweben, mächtige Schiffe auf dem Meere durch ihre Segel vorwärts getrieben werden können, warum sollte nicht auch der Mensch, mit großen Flügeln die Luft durchschneidend, sich den Wind unterwerfen und sich in die Höhe als Sieger erheben können?“

Ein zweites Modell finden wir in seinen Büchern, das circa fünf Jahre später als das erste entstanden sein mag. Dies neue hat Ähnlichkeit mit einer Federmaße. Jeder der vier Flügel war ein Gestell von 5 Stäben, die 5 Fingern glichen und diesen auch insofern ähnelten, als sie aus verschiedenen Gliedern bestanden, die mittels Gelenken beweglich waren. Lederriemen und Seidenschnüre erstreckten, die Finger untereinander verbindend, die Muskeln. Zwischen den Fingern war ein luftdichter Stoff ausgepannt, und der ganze Flügel konnte mit Hilfe eines Belüfters bewegt werden, und zwar von den Steigbügeln aus, in die man die Flügel setzen sollte. Das Steuer war in Form eines Vogelschwanzes am Kopfe angebracht.

Wir können uns vorstellen, wie Leonardo an der Herstellung eines solchen Apparats gearbeitet hat; sein Schüler Tomaso Masini, genannt Bovaastro, der neben seiner Malkunst als Mechaniker praktische Kenntnisse hatte, mag ihm dabei geholfen und ihm die gröbere Arbeit abgenommen haben. Wieviel Geld wird Leonardo bei den unregelmäßigen Gehaltszahlungen, von denen wir aus seinen Rahnbüchern wissen, für diese Lieblingsidee ausgegeben, wieviel Nächte im mühsamen Geklügel

Durchwacht haben! Immer wieder machte er neue Studien über den Vogelzug. In einer Tagebuchnotiz legt er dar, warum er bei seinem zweiten Modell die Federmaus zum Vorbild genommen hat: „Erinnere dich, daß dein Vogel (Kunstflügel) nichts anderes nachahmen darf als die Federmaus, aus dem Grunde, weil die Gewebe eine Artatur oder besser eine Verbindung der Artatur, das heißt, das Hauptgefäß der Flügel ausmachen. Und ahmst du die Flügel der gefiederten Vögel nach, — sie sind von mächtigerer Natur, weil selbige durchlöchert sind, d. h. weil ihre Federn unverbunden sind und von der Luft durchstrichen werden. Aber die Federmaus hat die Hülse des Gewebes (Flughaut), das alles verbindet und nicht durchlöchert ist.“

Er beobachtete den Flug der Vögel im Freien und notierte sich, wie es immer seine Gewohnheit war, sofort jede Wahrnehmung in ein Taschenbuch, das er immer bei sich führte. Von einer solchen Beobachtung rührt die Notiz her: „Wenn der Vogel einen kurzen Schwanz, aber breite Flügel besitzt, so schwingt er diese und dreht sich gegen den Wind, damit dieser ihm unter die Flügel wehe und ihn so emporhebe, wie ich es an dem Fluge eines jungen Habichts am Kirchthurm von Vaprio, links von der Straße nach Vergamo, am 14. April 1800 beobachtet habe.“ Die Stelle ist besonders besonders interessant, weil direkt neben dieser Tagebuchnotiz in ganz kurzen Worten der Eintrag des Herzogs Lodovico, an dessen Hofe er 18 Jahre lang gelebt und geschaffen hatte, berichtet wird. Der Untergang jenes Mannes, der ihm so nahe gestanden hatte, und der Untergang des mächtigen Herrschergeschlechtes der Sforza nötigten ihn weniger Interesse als die Bewegungen eines Raubvogels.

Leonardo hat sicher nie aufgeführt, auf die Erfüllung seines tiefsten Wunsches zu hoffen. Ja er hat sich schon in hiesiger Vorrede den Augenblick ausgemerkt, wo er sich wie ein Vogel in die Lüfte erheben werde — wenn anders wir die Prophezeiung richtig deuten, die er an einer Stelle seines Tagebuchs vom Jahre 1500 ausdrückt: „Es wird seinen ersten Flug nehmen, der große Vogel, vom Rücken seines riesigen Schwanzes aus, das Universum mit Verblüffung, alle Schriften mit seinem Ruhme füllend, und ewige Glorie dem Ort, wo er geboren ward.“ Man geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, daß unter dem „Schwan“, von dessen Rücken er emporzufliegen gedenkt, ein Hühner in der Nähe von Florenz gemeint ist, der den Namen Ciccero (Schwan) führte.

Wir leben in dem Jahrhundert, wo seine Prophezeiung in Erfüllung geht; Leonardo da Vinci freilich war es nicht verdünnt, irgendeinen Erfolg seiner Mähen zu sehen. Sein Werk, das die Menschheit dem Vogel gleich machen sollte, ist zugrunde gegangen, wie fast alles, was Leonardos Meisterhand schuf, wie das Abendmahl, wie der Meistertisch des Francesco Sforza, wie die Schachtel bei Anghiari.

Und gerade mit dem Problem des Fliegens konnte er ja nichts erreichen. Seine Zeit war gänzlich verhandlungslos dafür; er, der schon wegen seiner Rechenfertigkeiten u. a. in allem Maße stand, wäre vielleicht als Hexenmeister verbrannt worden, wenn es ihm gelungen wäre, auch nur die kürzeste Strecke zu fliegen. Aber das war ja völlig unmöglich, denn es fehlten ihm ja ganz die Mittel einer ausgebildeten Technik. An Motoren oder etwas Ähnlichem war ja damals auch noch nicht im geringsten zu denken, und ohne solche, so scheint es wenigstens nach dem heutigen Stande dieser Frage, ist das Flugproblem auf keine Weise zu lösen. Daß Leonardo nichts erreicht hat, kann ihn in unsern Augen keineswegs verfeinern. Es gilt da das Wort der alten Römer: Es ist genug, daß er es gewollt hat. Von seinem gewaltigen Geiste zeugt schon, daß er inmitten der Beschränktheit jener Zeit, da Astrologie, Nekromantie und Alchemie blühten, die Lösung eines gewaltigen Problems so klar erschaute und so kühn versuchte.

Kunstchronik.

Schauspielhaus (Der Befehl des Fürsten, Lustspiel in drei Akten und einem Vorspiel von Robert Dörrweg). — Viele kennen sicherlich die Geschichte von Altesor Karlsen, der dem Kriminalschuyman Alois Schmuttermaler den Auftrag gab, den unstilligen Lebenswandel der Philippine Weizenbed als Baronin Bernice festzustellen und zu diesem Zwecke 20 Mt. Miste; es sprang eine Alimenterlage aus der Affaire heraus, und der Herr Altesor, der den Schuyman ermahnt hatte, in strenger Pfllichterfüllung vorzugehen, mußte die Alimenter für das Kind der Baronin zahlen, das dafür in der Taufe den Namen Karl erhielt. Diese Geschichte Ludwig Thomas ist mit der wuchtigen Kraft des Simplicissimusüberhaupt hingebunden, sie geht knapp und klar aus Ziel los und prägt sich dem Gedächtnis ein als schlagende Verhöhnung eines dummsprechenden Beamten-typs. Diesen Typ zu treffen, darauf kommt es Thoma allein an, und deshalb charakterisiert er den Schmuttermaler nur in seinem Verhältnis zum Vorgesetzten, verzichtet darauf, die Geldentart des Kriminalschuyman zu schildern, hält auch das Bild der Baronin im Hintergrund; Thoma arbeitet auch in dieser kleinen Gelegenheitsstudie als Künstler, der sein Ziel im Auge hat, danach den Stoff begrenzt, danach den Ton der Darstellung stimmt.

Und nun kam der Leipziger Literaturmacher Robert Dörrweg über den von Thoma behandelten Stoff und fabrizierte daraus ein Lustspiel in drei Akten und einem Vorspiel: Der Befehl des Fürsten, das die Direktion des Schauspielhauses sich nicht genierte, zur Aufführung anzunehmen. Denn man muß die Leipziger Literaten unterfassen.

Herr Dörrweg, ein vorlässiger Mann der hohen Obrigkeit gegenüber, nahm zunächst der Satire den Stachel. Er verlegte die Geschichte aus dem Königreich Bayern in einen kleinen Operettenstaat mit Operettenbeamtenhaft, und nachdem er sich so bedeckt hatte, wurde er noch klüger als Thoma. Er ging nicht bloß einem Altesor zu Leibe, sondern obendrein gleich einem Hofmarschall, Minister, Ministerialrat, Oberregierungsrat und Regierungsrat. Sie alle tragen Schuld daran, daß der Susanne Spilner zu Frankenberg vom Gemeindefreier Emil Töpfer ein Kind gemacht wurde, daß das Mädchen des Dorfs verwirrt ward und Alimenterausprüche entstanden; sie alle müssen also schließlich auf Befehl des Fürsten zahlen. Sie alle haben nämlich dafür gesorgt, daß der Wunsch des Fürsten, es möge über die Stillschließung des Dorfs Frankenberg ein das Gemüt seiner stillischen Rante befähigender Bericht erstattet werden, in entstellter Form weiter gegeben wurde und schließlich zu der Aktion gegen die unbedeuten Susanne Spilner führte.

Herr Dörrweg war, insofern er seine Aufgabe in dieser Weise löste, nicht nur ein vorlässiger, sondern auch ein einsichtiger Mann. Soweit er sich auf Operettenniveau hält, genügt seine Charakterisierungskunst und sein platter Witz, der in der Sphäre des Ordinarers zuhause ist.

Aber Herr Dörrweg sah einmal ein, daß auf diese Weise die Anekdote Thoma nicht genügend breitgetreten werden konnte, damit ein abendfüllendes Stück entstand, und er fand andererseits, daß es sicher einträglich sein werde, der Operettensatire einen sinkenden Belag zu geben. Und so ging er daran, das breit auszumalen, was Thoma selbstverständlich im Hintergrund gehalten hatte.

Er ließ sich also, als ein Mann, der selbst vom Leben wenig aufsaugt, von Rosenows Schilderung eines dummen bürgerlichen Gemeindevorsetzers anregen, gab ein großes Bild von einem läublichen Gemeindevorsetzer und malte dazu mit breitem Pinsel die Geschichte von der besessenen Verführung der Susanne Spilner durch den Gemeindefreier Emil Töpfer. Und nun beachte man die künstlerische Feinheit des Herrn Dörrweg. Das genigte ihm nicht, daß er im zweiten Akt die Verführungsgeschichte für sich hinstellte, er ließ obendrein die Gemeindevorsetzer in ihrer Dreifaltigkeit in die Aktion eingreifen, ansetzen, drängen, ermahnen,

und er ließ, als endlich der Schreiber die Susanne in den Wald hinausführt und sie dort herumkriecht, die Ehrenmänner triumphiertend aufstehen und verlangen von den Theatergängern, daß sie nicht nur das Gebaren des Paares komisch finden, sondern obendrein noch die vielfache Gemeinheit des ansetzenden und aufschauenden Gemeindevorsetzers.

Will man die Reinkarnation des Denkens und Fühlens eines Menschen kennen lernen, so sehe man zu, was er komisch findet — hat einmal der alte Ludwig Tieck geraten, und er weist dann auf die Wescheidenheit hin, die Ueberraschungen, Schimpfworte, Prügel und dergleichen erheiternd findet. Was würde er erit von einem Publikum sagen, das Pöbel erheitert, der willst Inzippel und eine gemeine Verführung bejubelt! Und was würde er erst von einem Dichter sagen, der gebildeten Zuschauern zumutet, das Gebaren solchen Pöbels komisch zu finden!

Es war schon schlimm genug, daß Herr Dörrweg es für anbracht hielt, in seiner Art die Verführung der Susanne Spilner vorzuführen — er hätte sich so weit kommen müssen, daß ihm die künstlerische Feinheit schilt, so etwas extrahiert darzustellen — es ist etelhaft, daß er dem Vorgang einen lachenden, gemelnen Chor beibringt, es ist jämmerlich, daß sein Denken und Fühlen so in die Irre geht, daß er verlangt, diesen größtenden Chor komisch zu finden.

Hier gibt es kein Wenn und kein Aber, kein Einerseits, kein Andererseits, hier hat einfach die Kritik kurz und bündig und mit allem Nachdruck zu verlangen: Hinans mit diesem Dichter und hinans mit diesem Stück. Es ist eine Schande und Schande, daß der literarische Berater des Schauspielhauses nicht den Mut hatte, die Kabinetsfrage zu stellen, als ein solches Stück erworben wurde. Es ist eine Schande, daß die Direktion dieses Produkt auf dem Spielplan zu halten versuchte, trotzdem der zweite Akt unabweislich abgelehnt wurde und über die Empörung des Publikums kein Zweifel sein konnte.

An der besonders abstoßenden Wirkung des zweiten Aktes zum Teil auch die Darstellung Schuld, in erster Linie die Regie. Herr Wildenhain ist ein fleißiger Regisseur von unermüdlichem Eifer, der mehr als einmal seinen Sinn bewiesen hat, ansetzt in dem Weihnachtsmärchen; er ist auch ein Darsteller von künstlerischer Feinheit. Es ist um so erkauntlicher, daß er die Darstellerin der Susanne nicht dazu anhielt, die Sünden des Herrn Dörrweg zu verdecken. Herr Wildenhain zeigte als Darsteller des Schreibers selbst den Weg, wie das zu machen. Er arbeitete einen eiteln, firtelanzigen Schreiber — freilich eher Firtelrump — heraus, der an sich so drollig und komisch wirkte in seinem ganzen Gebaren, daß auch auf die jämmerliche Verführungsgeschichte ein Schimmer von Humor fiel. Sollte doch die — sehr talentierte, in diesem Falle nur zu behauernde, weil zur Lösung einer widerlichen Aufgabe gezwungene — Darstellerin ebenfalls einen halbwegs komisch wirkenden Typ herausgearbeitet! (Es hätte nahe gelegen, die hervorgehobene Mischung von Grobheit und innerlicher Güntigkeit, von Nüppigkeit und Liebesbedürftigkeit herauszubringen.) Aber sie hielt sich eigen-sinnig auf Dörrwegschem Niveau, verstärkte den abstoßenden Eindruck noch durch die breite Uebertreibung des vulgären schäfflichen Theaterballetts, und enthielt, rücksichtslos gegen sich selbst, die ganze Schmierigkeit der Dörrwegschen Plache zum Entsetzen der Zuschauer. Hier wäre es Pflicht des Regisseurs gewesen, einzugreifen und die Dame vor ihrem eigenen Eifer zu schützen.

Im übrigen verdient die Arbeit der Regie wie der Darsteller alles Lob. Die einzelnen Typen des Gemeindevorsetzers, an der Spitze Herr Wolfram als groteskes Oberhaupt, kamen famos heraus, und Herr Herterich als Firtel zeigte eine vornehme Haltung, die seltsam vom Wesen des Stückes abstach. Schade, daß so viel Mühe an ein Produkt verschwendet wurde, das nie hätte aufgeführt werden sollen.

Im Alten Theater führte man am Sonntagabend eine Operette: Die Tanzhäuser mit lauten, aber gehaltlosem Erfolg zum erstenmal auf. Das Stück, eine Arbeit der Herren Rajna und Karl Lindau — Text — und H. Szirmai — Musik — will nicht besprochen sein, da es das gewöhnliche, bei Operetten über-reichlich zugestandene Maß von Stupidität und besonders auch Ungeheuerlichkeit ganz beträchtlich überschreitet. In ihrer Langweiligkeit ist die Operette reichlich unschuldig, so daß man einzig die Theaterdirektion zu fragen hätte, warum sie sich eines so unbedingten Stüdes annimmt. Die Musik ist überall völlig unoriginell, sehr billig und sogar oft dilettantisch. Kurz, derartige Stücke sind unschuldig, da sie sich selbst richten. Dalken konnte sich die Operette, selbst bei ihrer Erkaufführung, einzig durch die lebendige und sehr geschickte Aufführung.

Konzerte. I. Zu den hier bekannten Streichquartettvereinigungen gesellte sich das Fiquer-Quartett aus Wien, das am Dienstag im Kaufhaus konzertierte. Auf dem Programm standen das D-Dur-Quartett Mozarts (Küchel Nr. 575), Beethovens G-Moll-Quartett (Werk 50 Nr. 2) und ein hier noch unbekanntes Manuskriptwerk von Paul Graener. Die Herren Fiquer, Weiskärber, Czerny (dieser im Vellig einer wunder-voll klingenden Viola) und Walfher überzeugten sehr bald von ihrer Künstlerkraft; ihr ungemein sorgfältiges, blitzsicheres Spiel kommt der Güte des Mozartequartetts ziemlich nahe. Das Schladenslose, Ungehörliche der rein technischen Leistung kam vor allem dem Mozartschen Werke zugute; die Darbietung des Beethovenschen Quartetts aber geschah mit so besetzter Hingabe, die des langsamen zweiten mit seiner unendlichen Melodie auf-tretend ergreifende Sage. (In G-Dur) besonders mit so eindringlichem Nachschaffen, daß wir uns der außerordentlich lebhaften Zustimmung des Publikums gern anschließen. Einen Wunsch habe ich noch an die ausgezeichneten Wiener Künstler: sie möchten sich, wie sie es ja sonst überall taten, auch in dem Punkte der Reiteration des dritten Satzes an Beethovens Vorschritt halten, die trotz scheinbarer Eigenmächtigkeit auf Berechnung gerichtet ist. — Das Manuskriptwerk Graeners ist ein Streich-quartett über das schwedische Volkstied Spinn, spinn. Das Klingt zunächst sehr gefällig, aber das Produkt erwies sich gottlos als entsehnemte und immerhin beachtlich. Sein Schöpfer ist trotz der Werkzahl 33 für uns ein homo novus und seine Bekanntheit haben wir nicht ungern gemacht. Mit seinem Streich-quartett geht Graener nicht gerade gänzlich neue, aber doch ziemlich selten betretene und wohl schließlich in den grauen Nebel der miltretenen Versuche führende Wege, wenn er das bekannte Volkstied, nicht etwa alsbald melodisch genommen, sondern inhaltlich zugrunde legt; viel zu abhängig zeigt er sich vom einzelnen Wort des Textes, und der Bedeutung dieses Einzel-wortes zuliebe zerlegt er oft die melodische Linie. Er läßt z. B. den Schlußsatz, eine Elegie, gefühlvoll ausklingen; in der kurzen, mehrmals wiederholten Schlüßphrase verwendet er das auf das erste Wort des vierten Verses (Niemals kam der Freiermann!) fallende Melodieteilchen, um so das aufmerksame Zuhörergemüt das ganze mit der Wortdarstellung: niemals quittieren zu lassen. Das ausführliche beigegebene Programm gibt ja von den Kl-sichten des Komponisten Kunde, verleiht aber leider viel zu viel zum Dinein- und Herausdrehen. So genau bezichnete Seelenregungen und ähäre Vorgänge durch das Quartett mit-teilen zu wollen, wo das Aussprechen jeder musikalischen Idee auf ihre wesentlich notwendigen Bestandteile, die vier Stimmen, beschränkt ist, muß als verfehlt bezeichnet werden. Dies ist unser Urteil nach einmaligem Hören; eine Partitur stand nicht zur Verfügung. Im übrigen darf man von dem im einzelnen geoffenbarten Talent — ich denke da besonders an den grotesken Hochzeitszug des Allegros — etwas erwarten.

Das am Mittwoch von Rosa Schmitz-Günter und Herrn Paul Schmidt im Kaufhaus gegebene Konzert brachte bedeutend geringere Gemisse. Herr Schmidt führte da ein sogenanntes Meisterharmonium der Firma Schiedmayer vor, die schon mannigfach durch Konstruktion von besonders vollkommenen

und reinen Instrumenten, wie das Eische Meisterharmonium z. B. sich hervorgetan hat. Dem Auftreten des Herrn Schmidt, dem wir eine gewisse Fähigkeit im reizvollen und rapiden Registrieren nicht absprechen wollen, lagen daher nicht allein künst-lerische Bedürfnisse seines Selbst zugrunde (um mich vorläufig auszudrücken); sein gemischtes, stilleres Programm läßt sich sogar durch den Umfang vollständig rechtfertigen, daß es hier galt, die Qualitäten des Meisterharmoniums nach jeder Seite hin aufzudecken. Daß es dabei dem Chopinschen Trauermarisch usw. nicht immer ganz gut ging, ist freilich wahr; richtig und für die Firma Schiedmayer wichtig aber auch, daß das Meister-harmonium sich als ein höchst interessantes und vervollkommenes Exemplar der ganzen Gattung erweisen konnte. Der laute Bei-fall, mit dem Herr Schmidt bedacht ward, galt zum guten Teil den Vorzügen des Instruments. — Frau Rosa Schmitz-Gün-thers Stimmmittel sind bemerkenswert groß und schön, über die höchste Blüte aber wohl schon hinaus. Die Höhe ist nicht mehr ganz sicher, vielfach macht sich bedeutende Anstrengung nötig, und das eigentliche Pianissimo hat die Bruststimme nicht gelernt oder verlernt. Auf der Höhe ist die Artie aus Mozarts Figaro in der Gille, wie sie die Sängerin singt, vielleicht noch annehmbar; in den Konzertsaal mit Klavierbegleitung (der sonst lästige Herr Kron nahm die Rezitative zu laut) gehört sie überhaupt nicht. Im Vortrag bietet Frau Schmitz-Günter lebhaft das Klavierbegleitung; dankenswert war, daß sie einiges von Wolfram Sads, der allerdings nicht ganz glücklich vertreten war, und Kurt Dennig sang, einem talentvollen Beginner, dem noch mehr Kon-zentration und poetische Schaukraft zu wünschen ist.

Neues Theater. Dienstag: Der arme Heinrich. Mittwoch: Martha. Donnerstag: Der schlechte Ruf; Jugendfreund. Freitag: Freischütz. Sonnabend: Die Landstreicher. Sonntag: Tannhäuser. Montag, 17. Januar: Der Silberpelz. — **Altes Theater.** Dienstag: Die Abteilungen (Der gebrühte Siegfried; Siegfrieds Tod. Halbe Preise). Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Heide!-Deibel (ermäßigte Preise), abends 7 1/2 Uhr: Tanzhusaren. Donnerstag: Die geschiedene Frau. Freitag: Tanzhusaren. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: Heide!-Deibel (ermäßigte Preise), abends 7 1/2 Uhr: Hohe Politik. Schwant in 3 Akten von H. Sadowronel (Erstaufführung). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Heide!-Deibel (ermäßigte Preise), abends 7 1/2 Uhr: Hohe Politik. Montag, 17. Januar: Die geschiedene Frau.

Vereinigtes Leipziger Schauspielhaus. Schauspielhaus. Dienstag: Der Mann der Sabinerinnen (halbe Preise). Mittwoch, nachmittags 1/4 Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends: Der Befehl des Fürsten. Donnerstag: Maria Stuart (halbe Preise). Freitag, nachmittags 1/4 Uhr: Vor-stellung für die Beamten der Königl. Staatsbahnen, Bezirk Leipzig (Wie der Wald in die Stadt kam), abends: Der Befehl des Fürsten. Sonnabend, nachmittags 1/4 Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends unbestimmt. Sonntag, vormittags 11 Uhr: Matinee für das Arbeiterbildungsinstitut (Wie der Wald in die Stadt kam), nachmittags 3 Uhr: Vor-stellung für den Gewerksverein S. D. (Clavigo), abends 7 1/2 Uhr: Der Befehl des Fürsten. — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomadring). Dienstag: Ein Herbstmännchen. Mittwoch, Donnerstag: Der Jockeyklub. Freitag: Die Fürstengriffin. Sonnabend: Der Jockeyklub. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Verein Gutenberg (Water), abends 7 1/2 Uhr: Ein Herbstmännchen.

Battenberg-Theater. Dienstag: Wo die Liebe hinfällt. Mittwoch, nachmittags 1/4 Uhr: Prinzessin Edeltraut, abends 7 1/2 Uhr: Heimfunden, Wiener Weihnachtskomödie von Ludwig Angenraber. Donnerstag: Puffarenheber. Freitag: Heimfunden. Sonnabend, Sonntag, nachmittags 1/4 Uhr: Prinzessin Edeltraut, abends 7 1/2 Uhr: Ultimo.

Notizen.

Photographie unter dem Meere. Die Anwendung der Photographie hat in den letzten Jahren zugunsten der Tier-kunde ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Diese beziehen sich nicht nur auf die technische Vervollkommenung der ausgenommenen Bilder, sondern auch auf die Art ihrer Beschaffung. Man läßt eine Kamera jetzt vielfach selbstständig arbeiten, zum Bei-spiel in der Nähe eines Gabelnetzes, dessen Fingern sich durch diese scheinbar leblose Nachbarschaft natürlich nicht stören lassen und sich der photographischen Platte daher in ihrem ganz ge-wöhnlichen Gebaren zeigen, während sie sich vor der Nähe eines Menschen verziehen würden. Noch eigenartiger sind die Er-folge, die Dr. Ward mit der Photographie von Meerestieren erzielt und der Photographischen Gesellschaft in London vor-getragen hat. Die Photographie unter Wasser ist begreiflicher-weise ein Unternehmen, das besondere Vorrichtungen erfordert. Noch größer aber werden die Schwierigkeiten, wenn es sich um die Aufnahme mikroskopischer Lebewesen im Meerwasser han-delt. Diese Aufgabe hat Dr. Ward gelöst, indem er dem photo-graphischen Apparat ein Mikroskop mitgegeben hat. Durch hin-reichende Einrichtung ist es möglich gewesen, Aufnahmen in sehr kurzer Zeit hervorzubringen, und zwar in Vergrößerungen bis zum 2000fachen des Durchmessers. Die Versuche wurden zu-nächst in großen Aquarien ausgeführt. Auf diesem Wege wer-den, wie die bereits gelungenen Beispiele erhellen lassen, manche neue Aufklärungen für die Zoologie sich ergeben. U. a. hat Dr. Ward junge Kutternbrut, die im Gegenfall zur ausgewachse-nen Kutler noch frei im Wasser herumswimmt, durch Anwen-dung einer solchen Vergrößerung in ihren Bewegungen studieren können. Die Aufnahmegelt betrug nur eine Zehntel-sekunde. Auch farbige Photographien sind auf diesem Wege be-reits erzielt worden.

Aus der Welt der Elektrizität hat der Vorsitzende der Royal Society in einem Vortrag eine hübsche Anekdote berichtet. Als die berühmte Leidner Flasche um die Mitte des 18. Jahrhunderts erfunden war, wurde sie begreiflicherweise bald zum Spielzeug der ganzen Welt. Die einfache Herstellungsart und die für da-malige Zeiten völlig neuartige und verblüffende Wirkung schen-ten ihr ein ungeheures Aufsehen. Auch in den Klöstern gab man sich damit ab, und Mollat, der Abt eines französischen Klosters, machte sich das Vergnügen, einen ganzen Karthäuserkonvent, der Hand in Hand vor ihm stand, buchstäblich einen Aufsprung machen zu lassen, als er die geheimnisvolle Flasche mit seiner Hand berührte. Man kann sich denken, wie sich die Leute damals den Kopf zerbrachen, wie das Wunder des elektrischen Schlags zustande kommen könnte. Im allgemeinen suchte man es damit zu erklären, daß aus der Hand Feuer auströme und durch das Glas der Flasche in ihr Inneres gelangte, also gerade umgekehrt, wie es allenfalls wirklich anzunehmen wäre. Da es mit dieser Deutung nicht weit her war und ihre Unzulänglichkeit nicht lange verborgen bleiben konnte, versiel man auf andre abenteuerliche Ideen. So wurden lange und fortgesetzt Anstrengungen gemacht, die elektrischen Erscheinungen in irgendeine Beziehung zur Farbe zu sehen. So steht in den Berichten die sonderbare und schwer verständliche Uebertreibung zu lesen, daß man Kinder an farbigen Seidenschürzen ansetzte und elektrisierte und bei diesem Experiment — hoffentlich ist das Auffhängen dabei allzu ernst zu verstehen — wenigstens festgestellt zu haben glaubte, daß die Elektrisierung der Kinder länger vorhielt, wenn die Seiden-schürze blau als wenn sie rot gefärbt waren. Glücklicherweise befreite Benjamin Franklin durch seine großartigen und plan-mäßigen Studien wenigstens einen Teil der Menschheit bald aus diesem Wirrwarr und führte die Aufschauungen über die Elektrizität in vernünftigeren Bahnen.